

**DIE GRÜNE  
BILDUNGSWERKSTATT  
OBERÖSTERREICH**

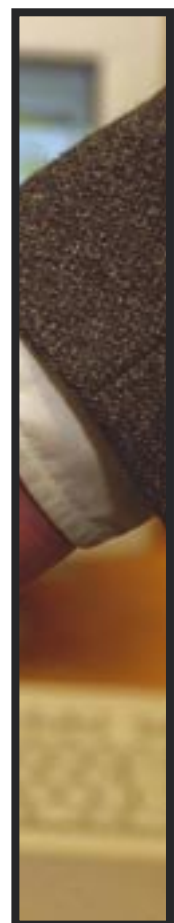


**Grüne Kommunalpolitik**

**Elisabeth KLATZER / Michaela NEUMAYR**

# **Das geschlechtergerechte Gemeindebudget**

**Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting  
auf kommunaler Ebene**



**edition zuDritt**





Alle Rechte vorbehalten  
© Edition zuDritt  
Verlag der Grünen Bildungswerkstatt OÖ  
Römerstraße 48, A-4800 Attnang-Puchheim

Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme  
Elisabeth KLATZER / Michaela NEUMAYR  
Das geschlechtergerechte Gemeindebudget  
1. Auflage 2006  
ISBN: 3-902009-26-8

Bildmaterial: bilderbox.at  
Satz & Gestaltung: cxgratzer  
Printed in Austria



Elisabeth KLATZER / Michaela NEUMAYR

# Das geschlechtergerechte Gemeindebudget

Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting  
auf kommunaler Ebene

## **Inhaltsverzeichnis**

<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>V</b>	<b>Vorwort</b> von Ruperta Lichtenecker	<b>5</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>A</b>	<b>Einführung</b>	<b>7</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>B</b>	<b>Klärung der Rahmenbedingungen und Anknüpfungspunkte</b>	<b>11</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C</b>	<b>Wesentliche Schritte geschlechtergerechter Budgetgestaltung</b>	<b>15</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 1</b>	Klärung der Ausgangssituation	16
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 2</b>	Definition der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen im ausgewählten Bereich	17
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 3</b>	Durchführung der Analyse	18
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 3 1</b>	Erfassung der BezieherInnen einer durch die Gemeinde (mit-)finanzierten Leistung	18
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 3 2</b>	Ermittlung der Beschäftigungswirkungen von Gemeindeausgaben	19
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 3 3</b>	Aufzeigen der unbezahlten Arbeit, die mit Gemeindeausgaben in Verbindung steht	20
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 3 4</b>	Analyse der Entscheidungsprozesse	20
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 4</b>	Einbeziehung der Bevölkerung – Kommunikation und Information	21
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 5</b>	Geschlechtergerechte Gestaltung des Budgets	21
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>C 6</b>	Überprüfung der Fortschritte	22
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D</b>	<b>Beispiele für lokale Gender Budgeting-Initiativen</b>	<b>23</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D 1</b>	Analyse von Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene	24
	<i>Beispiel Tulln I: Teilhabe an Entscheidungsprozessen</i>	24
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D 2</b>	Erfassung der BezieherInnen öffentlich (mit-)finanzierter Leistungen	26
	<i>Beispiel Köln I: Inanspruchnahme von öffentlichen Bibliotheken</i>	26
	<i>Beispiel Köln II: Inanspruchnahme von Volkshochschulen</i>	29
	<i>Beispiel Berlin: NutzerInnen von Sportstätten</i>	31
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D 3</b>	Untersuchung geschlechtsspezifischer Zusammenhänge in einzelnen Politikbereichen	34
	<i>Beispiel Münster: Analyse der Förderung von frauenpolitischen Aktivitäten</i>	34
	<i>Beispiel Tulln II: Verkehr, Sport und Subventionen</i>	36
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D 4</b>	Erfassung von Beschäftigungswirkungen	40
	<i>Beispiel Biel I: Beschäftigungswirkungen im öffentlichen Dienst</i>	40
	<i>Beispiel Biel II: Indirekte Beschäftigungswirkungen der öffentlichen Hand</i>	42
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>D 5</b>	Unbezahlte Arbeit ins Blickfeld rücken	45
	<i>Beispiel Basel-Stadt I: Das Volumen der Unbezahlten Arbeit sichtbar machen</i>	45
	<i>Beispiel Basel-Stadt II: Auswirkung von Budgetkürzungen auf unbezahlte Arbeit</i>	49
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>E</b>	<b>Integration von Gender Budgeting in der Gemeindepolitik (Beschlüsse im Gemeinderat)</b>	<b>55</b>
	<i>Beispiel Wien: (Beschluss-)Antrag im Wiener Gemeinderat durch die Grünen</i>	58
	<i>Beispiel Meidling: Antrag im Bezirksrat des 12. Wr. Gemeindebezirkes</i>	59
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>F</b>	<b>Möglichkeiten und Grenzen von Gender Budgeting</b>	<b>61</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>G</b>	<b>Argumentationshilfen für Gender Budgeting</b>	<b>65</b>
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <b>H</b>	<b>Weiterführende Materialien</b>	<b>73</b>





□ □ **V** **Vorwort**

Öffentliche Haushalte, Steuersysteme und wirtschaftspolitische Maßnahmen spiegeln die Werthaltungen, Prioritäten und letztendlich die Verteilungsstruktur in einer Gesellschaft. Budgets - deren Einnahmen und Ausgabenstrukturen - sind in Zahlen gegossene Politik mit direkten Auswirkungen auf die Gesellschaft und auf die Wirtschaft. Studie um Studie belegen seit Jahrzehnten die Tatsache, dass die Disparitäten zwischen Männern und Frauen in vielfältiger Hinsicht gegeben sind - so im Bereich der Einkommensverteilung, der Vermögensverteilung oder auch der Karrierechancen. Das Ziel, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Wirklichkeit werden zu lassen beinhaltet, dass man in unterschiedlichen Bereichen durch Maßnahmen regulierend eingreift. Die Basis dazu bilden intensive Analysen, die Teil des Planungs- und Controllinginstrumentariums Gender Budget Analyse sind. Im Rahmen einer Gender Budget Analyse werden die Ausgaben- und Einnahmenstrukturen der öffentlichen Haushalte in einem ersten Schritt überprüft und in einem zweiten modifiziert, dass sie sich auf Frauen und Männer gleichermaßen auswirken. Die Umsetzung dieses Gender Budgeting bedeutet letztendlich die Anwendung des Prinzips des Gender Mainstreaming auf finanzpolitischer Ebene. Das Meta-Ziel einer Gender Budget Analyse ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

Gender Budget Analysen sind eine Herausforderung an die Politik. Es ist ein ambitionierter und interdisziplinärer Ansatz der mit einer Methodenvielfalt arbeiten muss - wie der vorliegende Leitfaden zeigt - um entsprechende Aussagen treffen zu können und qualifizierte Ergebnisse zu erhalten. Die Politik ist angesichts einer Gender Budget Analyse gefordert, da die Ergebnisse der Analyse entsprechende Konsequenzen und Maßnahmen implizieren. Das Instrument der Gender Budget Analyse hat das Potenzial die politische Diskussion um Gleichstellungsmaßnahmen zu vertiefen und die Implementierung konkreter Maßnahmen zur Verringerung der Genderdisparitäten voranzutreiben. Die Basis dafür ist, dass Gender Budget Analysen für Entscheidungsgrundlagen herangezogen werden und als kontinuierliches Controllinginstrument für die Gleichstellung der Frauen eingesetzt werden.

Gender Budget Ansätze gibt es bisher u.a. in Kanada, in der Schweiz, in Australien und Großbritannien. Internationale Organisationen wie UNO, OECD, International Monetary Fund und Weltbank arbeiten zunehmend mit dem Ansatz des Gender Budgeting. Auf kommunaler Ebene gibt es z.B. in Basel, München, Berlin derzeit Konzepte in der Umsetzungsphase bzw., die bereits verwirklicht wurden. In Österreich beschloss Oberösterreich als erstes Land auf Bundesländerebene, basierend auf einem Arbeitsübereinkommen zwischen den Grünen und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), eine Gender Budget Analyse zu verwirklichen.

Die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen, Männern und Kindern werden in einer sehr direkten Art und Weise durch die Politik und die Entscheidungen in ihrer eigenen Gemeinde, in ihrer eigenen Stadt geprägt. Daher ist es für die Kommunen von besonderer Bedeutung wie die verfügbaren finanziellen Ressourcen eingesetzt werden.

Mit der vorliegenden Arbeit von Elisabeth Klatzer und Michaela Neumayr stellt die Grüne Bildungswerkstatt Oberösterreich allen GemeinderätInnen einen nützlichen Leitfaden für eine geschlechtergerechte Politik in ihrer eigenen Gemeinde - in ihrer eigenen Stadt - zur Verfügung.

Diese Initiative ist ein Teil unserer politischen Arbeit die Rahmenbedingungen für eine Gesellschaft zu schaffen, die allen Frauen und Männern ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen.

Kämpfen wir für eine Gesellschaft in der die Gerechtigkeit das oberste Prinzip ist!!

**Dr<sup>in</sup>. Ruperta Lichtenecker**

*Ökonomin, Bundesrätin*

*Sprecherin für Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Forschung, Grüne OÖ*



**A** **Einführung**

Ausgaben für die Sanierung des Gemeindeamtes, Ausgaben für die Instandhaltung des Sportplatzes, für den Betrieb des Hortes oder für die Errichtung eines Buswartehäuschens – auf Gemeindeebene sind viele Entscheidungen zu treffen, für die zur Verfügung stehende Budgetmittel verwendet werden sollen. Und es sind auch Prioritäten zu setzen, welche Projekte bei der Vergabe von Budgetmitteln bevorzugt behandelt werden, da meist nicht alle Anliegen der Bevölkerung erfüllt werden können. Wie aber wirken sich diese Entscheidungen auf die Lebenssituation und Möglichkeiten von Frauen und Männern in der Gemeinde aus? Haben Frauen überhaupt die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse und Interessen gleichermaßen wie Männer im Gemeinderat zu artikulieren?

Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt für den vorliegenden Leitfaden, der eine Hilfestellung auf dem Weg zur geschlechtergerechten Gestaltung von Budgets auf Gemeindeebene darstellt. Der Leitfaden soll dazu beitragen, die oft nur Mitgliedern des Finanzausschusses und einigen weiteren Budgetkundigen zugänglichen Budgets zu entschlüsseln und als politisches Instrument einzusetzen.

### **Was ist Geschlechtergerechte Budgetgestaltung bzw. Gender Budgeting?**

Geschlechtergerechte Budgetgestaltung bedeutet die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in Budgets und Budgetprozessen. Das heißt, der Blickwinkel auf unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen und Männern ist in budgetpolitische Entscheidungen zu integrieren. Grundlegendes Ziel dabei ist es, die öffentlichen Gelder im Sinne einer Förderung der Gleichstellung einzusetzen. Basis ist die Analyse der Wirkungen der aktuellen Budgetverteilung auf Mädchen/Frauen und Buben/Männer sowie die Analyse der Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse. Aufbauend darauf soll es zu einer Umgestaltung von Einnahmen und Ausgaben kommen, um die Gleichstellungsziele und die Geschlechterdemokratie bestmöglich zu fördern.

Alle Stadien des Budgetprozesses, die Budgeterstellung, die Beschlussfassung, der Budgetvollzug und die Budgetkontrolle sind mögliche Anknüpfungspunkte für Gender Budgeting-Aktivitäten. Geschlechtergerechte Budgetgestaltung bezieht sich einerseits auf die **Inhalte der Budgetpolitiken**, andererseits aber auch auf die **Budgetprozesse**, das heißt, auf das Zustandekommen von budgetpolitischen Entscheidungen.

Der Begriff „Geschlechtergerechte Budgetgestaltung“ lässt sich von der englischen Bezeichnung „Gender Budgeting“ ableiten. Budgeting bedeutet dabei gleichzeitig Budget und Budgetierung. **Gender** verweist darauf, dass Mann- und Frausein nicht nur auf dem biologischen Geschlecht beruht, sondern von den gesellschaftlichen Gegebenheiten geprägt wird. Das wirkt sich vielfältig aus: Beispielsweise in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen, Normen, Aufgaben und Erwartungen, aber auch in Bezug auf die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Stellung von Männern und Frauen. Die Einbeziehung von Gender-Aspekten in die Analyse und Gestaltung bedeutet nun, diese gesellschaftlich geprägten Unterschiede sichtbar zu machen und Budgets für ihre Veränderung einzusetzen. Aufgrund der unterschiedlichen Positionen von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft ist davon auszugehen, dass auch budgetpolitische Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer nicht neutral sind.

### **Grundsätzliche Fragestellungen im Rahmen von Gender Budgeting:**

- Wie wirken Einnahmen- und Ausgabenpolitik auf Mädchen/Frauen und Buben/Männer angesichts ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Rollen, Positionen und Aufgaben?
- Werden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern durch budgetpolitische Maßnahmen abgebaut, verstärkt oder bleiben sie unverändert?
- Wie können die budgetpolitischen Maßnahmen gezielter zur Erreichung einer tatsächlichen Gleichstellung gestaltet und eingesetzt werden?



## Was kann Gender Budgeting leisten?

Gender Budgeting kann dazu beitragen, **für frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen auf Gemeindeebene zu sensibilisieren**. Dadurch wird verstärkt sichtbar, wo politische Maßnahmen und Budgetmittel Mädchen/Frauen und Buben/Männern nicht gleichermaßen zugute kommen. Damit werden auch erweiterte **Entscheidungsgrundlagen für GemeindepolitikerInnen** geschaffen. Gerade in einem traditionellen Umfeld, in dem Frauenanliegen und Gleichberechtigung wenig Widerhall finden, können objektive Informationen über die ungleiche Verteilung von Budgetmitteln bzw. Ungleichgewichte in der Nutzung öffentlicher Leistungen ein Ansatzpunkt sein, um hitzige, wertgeladene Debatten zu entschärfen und auf eine sachliche Ebene zu lenken.

Eine konsequente und kontinuierliche Umsetzung von Gender Budgeting eröffnet **politische Gestaltungsspielräume** zur Verbesserung der Stellung von Frauen und den Abbau von Benachteiligungen. Durch eine Integration von Gender Budgeting in die laufende Gemeindepolitik können längerfristige Entwicklungen im Hinblick auf die Veränderungen der Situation von Frauen und Männern im Auge behalten werden.

Gender Budgeting ist kein mechanisches Verfahren, das gleich einer Maschine nur gemäß einer Gebrauchsanweisung bedient werden muss, um am Ende ein geschlechtergerechtes Ergebnis zu erhalten. **Gender Budgeting ist eine politische Strategie**. Wie diese Strategie im Einzelnen angewandt wird und welche gleichstellungspolitischen Veränderungen verfolgt werden, hängt von den politischen Zielen der AkteurInnen sowie von deren Gleichstellungsvorstellungen ab. Die Erfahrung zeigt, dass das gesamte Unterfangen leicht ins Stocken kommt, wenn nicht von Beginn an klar ist, was mit Gender Budgeting politisch erreicht werden soll.

Auch wenn der finanzpolitische Spielraum der Gemeinden in den letzten Jahren immer enger wurde, sollte das nicht davon abhalten, Geschlechtergerechte Budgetgestaltung zu praktizieren. Denn Gender Budgeting zielt auf eine Änderung in der Verteilung der vorhandenen Budgetmittel ab und nicht auf eine Steigerung der Ausgaben.

Zudem eröffnet die Umsetzung von Gender Budgeting auch Möglichkeiten für eine **verstärkte Beteiligung von BürgerInnen** an budgetpolitischen Entscheidungen. Insbesondere die Einbeziehung von bislang in der Budgetpolitik unterrepräsentierten Interessen stellt ein wesentliches Anliegen geschlechtergerechter Budgetgestaltung dar.

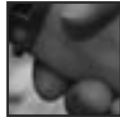
## Zielgruppe und Zielsetzung des Leitfadens

Der vorliegende Leitfaden richtet sich an GemeinderätInnen und interessierte BürgerInnen, die in ihrer Gemeinde Strukturen und Politiken, die der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen stehen, aufzeigen und verändern wollen. Er bietet Orientierung und Informationen, wie das Instrument des Gender Budgeting auf Gemeindeebene eingesetzt werden kann, um etwas in Richtung Gleichstellung und BürgerInnenbeteiligung zu bewegen.

Der Leitfaden ist grundsätzlich so konzipiert, dass sowohl für kleine als auch für größere Gemeinden bzw. Städte Anregungen enthalten sind. Die angeführten Beispiele<sup>2</sup> sind vielfach jedoch aus Städten. Das hängt damit zusammen, dass bisher vor allem in Städten mit der Umsetzung begonnen wurde. Die Beispiele zeigen jedoch Ansätze auf, die auch in kleineren Gemeinden – wenn auch oft in reduzierter Form – zur Anwendung kommen können.

In gewisser Weise baut der vorliegende Leitfaden auf der Veröffentlichung „Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung“<sup>3</sup> auf. Im Handbuch sind Ergänzungen und Vertiefungen zum Thema sowie weitere Anregungen für die praktische politische Arbeit nachzulesen. Der Leitfaden kann aber problemlos auch ohne Rückgriff auf diese Publikation verwendet werden.





**B** **Klärung der Rahmenbedingungen  
und Anknüpfungspunkte**

## □□ **B** Klärung der Rahmenbedingungen und Anknüpfungspunkte

In diesem Kapitel werden einige Fragestellungen diskutiert, die bei der Konzeption einer geplanten Initiative hilfreich sein könnten und Aufmerksamkeit auf wesentliche Punkte lenken, die in der Vorbereitung berücksichtigt werden sollten.

### **Wer sind wir – Welche Position innerhalb der Gemeinde haben wir?**

Zunächst sollte Klarheit über die AkteurInnen einer Initiative zu geschlechtergerechter Budgetgestaltung geschaffen werden: Sind wir eine Einzelperson oder eine Gruppe? Eine Frauengruppe oder eine gemischte Gruppe? Wie bekannt sind wir innerhalb der Gemeinde bzw. wie kann die Bekanntheit gesteigert werden? Welchen Einfluss können wir auf die Gemeindepolitik ausüben? Wie? Soll es ein Oppositionsprojekt sein? Wie sind die Verbindungen zum Gemeinderat? Wie könnte, falls gewünscht, im Gemeinderat die Mehrheit für eine solche Initiative gewonnen werden? Diese Ausgangsbedingungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Zugang zu Informationen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Geld, Zeit und Wissen). Und all das beeinflusst, was realistisch machbar und – bis zum Ende – durchführbar ist.

### **Was wollen wir erreichen – Was werden wir machen?**

Handlungsleitend für eine Gender-Budgeting-Initiative sollte immer die Zielsetzung sein: Was ist das Motiv für unser Vorhaben und was wollen wir damit erreichen? Die Zielsetzung ist dabei entscheidend dafür, was konkret gemacht wird. Anknüpfungspunkte bieten sowohl der Prozess der Erstellung des Budgets als auch die inhaltliche Gestaltung. Auf **inhaltlicher Ebene** kann beispielsweise eines der folgenden Ziele verfolgt werden:

- Aufzeigen, wem bestimmte Ausgaben zugute kommen und welche Anteile des Budgets für wessen Interessen und Bedürfnisse eingesetzt werden;
- Überprüfen von Annahmen, dass gewisse Budgetmittel zuungunsten von Frauen ungleich verteilt werden;
- Änderungen bei der Vergabe von Subventionen erreichen, evt. Erstellen von Vergabekriterien, die u.a. frauenspezifische Aspekte berücksichtigen;
- Stärkere Einflussnahme auf die Planung von bestimmten Großprojekten;
- Die Wirkungen der Budgetverteilung auf die Verteilung von Ressourcen (Zeit und Geld) zwischen Frauen und Männern aufzeigen;
- Langfristige Wirkungen der Budgetverteilung auf die gesellschaftlichen Rollen und Normen von Frauen und Männern darstellen;
- Die Auswirkungen des Budgetmitteleinsatzes auf die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit (Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Ehrenamt) zwischen Frauen und Männern innerhalb der Gemeinde aufzeigen;
- Budgetpolitische Maßnahmen setzen, die den Zeitaufwand für – überwiegend von Frauen – unbezahlt geleistete Arbeit verringern (z.B. Maßnahmen im Bereich Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen, öffentlicher Verkehr etc.);
- Die Verwendung der Budgetmittel transparent und der Bevölkerung zugänglich machen.

Auf der **Ebene des Budgeterstellungsprozesses** können z.B. folgende Ziele angestrebt werden:

- Die Rollen von Frauen und Männern im jährlichen Budgeterstellungsprozess – vor allem deren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten – sichtbar machen;
- Den Einfluss von Frauen in budgetpolitischen Entscheidungen erhöhen;
- Den Prozess der Budgeterstellung transparent machen – und eventuell Möglichkeiten einer demokratischeren Gestaltung aufzeigen;
- BürgerInnen der Gemeinde am Prozess der Budgeterstellung durch partizipative Elemente teilhaben lassen;
- Gender Budgeting dauerhaft in den Prozess der Budgetgestaltung auf Gemeindeebene integrieren, sodass es zu einem Bestandteil des regelmäßigen Verwaltungshandelns der Gemeinde wird.

Eine Initiative auf Gemeindeebene wird, je nach Umfang des geplanten Projektes und der vorhandenen Ressourcen, auf nur ein Ziel oder einige wenige Ziele ausgerichtet sein. Dieses muss aber vor Beginn klar festgelegt werden, weil ansonsten leicht der rote Faden verloren geht. Auch sollte anfangs geklärt werden, wie die Ergebnisse der Gender Budget Analyse weiterverwendet werden.

### **Mit wem starten wir die Gender Budgeting-Initiative?**

Welche BündnispartnerInnen innerhalb und ausserhalb des Gemeinderates könnten gewonnen werden (z.B. frauenpolitisch tätige Gruppen und Netzwerke, Frauen aus anderen Parteien, Gleichstellungsbeauftragte, Budget- bzw. Gender-ExpertInnen)? Die Frage, mit wem eine Initiative auf Gemeindeebene umgesetzt werden soll, stellt nicht nur eine strategische Frage dar, bei der es um Mehrheiten und damit eventuell auch um die Finanzierung des Vorhabens geht, sondern ist auch eine inhaltliche Fragestellung. Denn Ziele für das Vorhaben können durch die Aushandlung von Kompromissen leiden, wenn Gender Budgeting fraktionsübergreifend umgesetzt wird. Andererseits bieten breitere Koalitionen größere Chancen auf Umsetzung.

### **Welche Ressourcen stehen uns zur Verfügung?**

Die Konzeption eines Gender Budgeting-Vorhabens muss auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Ressourcen erfolgen. Zunächst ist zu klären, wie viel Arbeitszeit und welches Budget dafür zur Verfügung stehen. Es ist aber auch zu klären, ob ausreichend Wissen zur Verfügung steht, um das Projekt umzusetzen bzw. wie das nötige Know-How beschafft werden kann. Kann das nötige Wissen selbst erarbeitet werden oder gibt es andere Initiativen, mit denen Erfahrungen ausgetauscht werden können? Eine weitere Möglichkeit ist, Wissen durch Beiziehung von ExpertInnen zu erlangen. Sinnvoll ist es sicherlich, den Prozess durch eine Person, die Erfahrung mit der Umsetzung von Initiativen zu geschlechtergerechter Budgetgestaltung hat, begleiten zu lassen. Ganz besonders wichtig ist es dabei auch, einen Zeitplan festzulegen bis wann welche Ergebnisse vorliegen sollen.

### **Welche Faktoren könnten unsere Arbeit hemmen?**

Einen wesentlichen Punkt der Projektkonzeption stellt das Abschätzen von möglichen Widerständen von Seiten der Verwaltung und der Politik in der Gemeinde oder aber auch von Vereinen und anderen Interessensgruppen dar. Das könnte beispielsweise die Informationsweitergabe betreffen, wenn Prestigeprojekte der Gemeinde nicht hinterfragt und nicht zur Diskussion gestellt werden „dürfen“. Aber auch das Offenlegen des Budgetgestaltungsprozesses stößt nicht immer auf Gegenliebe. Bei der Konzeption der Initiative wäre also zu überlegen, wie mit vermuteten Widerständen umgegangen werden kann.





**G** **Wesentliche Schritte  
geschlechtergerechter  
Budgetgestaltung**

## **G Wesentliche Schritte geschlechtergerechter Budgetgestaltung**

Sind die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung der Gender Budget-Initiative geklärt und alle Vorbereitungen getroffen, kann mit der Durchführung des Projektes begonnen werden. In der Praxis hat sich eine bestimmte Vorgehensweise bewährt. Diese wird hier in sechs Schritten dargestellt:

- 1. Klärung der Ausgangssituation**
- 2. Definition der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen**
- 3. Durchführung der Analyse**
- 4. Einbeziehung der Bevölkerung**
- 5. Geschlechtergerechte Gestaltung des Gemeindebudgets**
- 6. Überprüfung der Fortschritte**

Eine Initiative zur geschlechtergerechten Budgetgestaltung auf Gemeindeebene oder in Stadtgemeinden muss nicht notwendigerweise all diese Schritte in gleicher Tiefe umfassen. So ist beispielsweise eine Gender Budgeting Initiative auch sinnvoll, wenn die Bevölkerung vorerst nur durch den Austausch von Informationen über die Ergebnisse - und nicht gleich in Form von tiefergehenden Partizipationsprozessen - einbezogen wird. Folgend werden die einzelnen Schritte im Detail erläutert.

### **G1 Klärung der Ausgangssituation**

In diesem ersten Schritt geht es zunächst darum, sich einen Bereich, auf den sich die Gender-Budget-Untersuchung beziehen soll, auszuwählen. Für diesen Bereich ist zu klären, welche Zuständigkeiten bei der Gemeinde liegen und welche finanziellen Mittel im Budget dafür vorgesehen sind.

#### **Auswahl eines spezifischen Untersuchungsbereiches**

Die erste Entscheidung betrifft die Frage, was im Rahmen der Gender Budget Initiative unter die Lupe genommen werden soll. Das kann sowohl die Auswahl eines oder mehrerer Bereiche sein (z.B. Verkehr, Wohnbau, Sport, Kinderbetreuung, Kultur...) oder bestimmter Ausgaben (wie Vereinssubventionen) als auch - eher in Ausnahmefällen - das gesamte Budget und Entwicklungen über mehrere Jahre hinweg. Sinnvoll kann es auch sein, zu vergleichen, wie sich die Ausgaben für einen bestimmten Bereich über mehrere Jahre hinweg entwickelt haben. Diese Entscheidung wird in vielen Fällen von den jeweiligen Zielsetzungen abhängen, insbesondere wenn beispielsweise ein bestimmter Anlass (z.B. Umfahrungsstraße) ausschlaggebend für die Durchführung der Initiative ist.

Wesentlich dabei ist, dass die Gemeinde im ausgewählten Bereich auch finanzielle und gestalterische Einflussmöglichkeiten besitzt. Welche Bereiche in welchem Ausmaß von der Gemeinde finanziert werden, lässt sich aus dem Budget ersehen. Auch wenn Budgets meist sehr schwierig zu lesen sind kann es lohnend sein, sich mit der Systematik des Budgets auseinander zu setzen<sup>4</sup>. Neben dem Budgetvoranschlag und dem Rechnungsabschluss können aber auch andere Materialien als Grundlage für die Analyse herangezogen werden, etwa Subventionsberichte, in denen die Vergabe von Subventionen eigens - und meist übersichtlicher als im Budget selbst - dargelegt ist. Auch Gemeinderatsprotokolle können Informationen über die Vergabe von Mitteln enthalten.

#### **Für welche Aufgaben ist die Gemeinde im ausgewählten Bereich zuständig?**

Für den ausgewählten Bereich sollte zunächst herausgearbeitet werden, welche Kompetenzen die Gemeinde auf diesem Gebiet hat und wofür sie im Detail verantwortlich ist bzw. welche Aufgaben in den Verantwortungsbereich des Landes oder des Bundes fallen.



## **Welche Unterschiede in den Lebensbedingungen von Frauen und Männern bestehen in der Gemeinde im ausgewählten Bereich?**

Eine wichtige Grundlage für die Formulierung von gleichstellungspolitischen Zielsetzungen, die im 2. Schritt erfolgen soll, stellt die Identifizierung spezifischer Problemlagen und geschlechtsspezifischer Unterschiede im ausgewählten Bereich dar. Dabei kann es sich um Differenzen in der Lebenssituation von Frauen und Männern (Anzahl der auf Heimhilfe angewiesenen Frauen und Männer) oder auch um spezielle Probleme der Gemeinde im Vergleich zu anderen Gemeinden (z.B. hohe Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern, Abwanderung junger Familien, kein Kindergarten in der Gemeinde) handeln. Auch allgemeine Daten über die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Erwerbsbeteiligung nach Alter und Geschlecht oder die Wohnsituation können von Interesse sein – sofern ein Zusammenhang mit dem untersuchten Bereich und der Budgetverteilung hergestellt werden kann.

## **□□G2 Definition der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen im ausgewählten Bereich**

Es ist vielfach von gleichstellungspolitischen Zielsetzungen die Rede. Eine Konkretisierung dessen ist nötig. Auf übergeordneter Ebene lässt sich ein Bündel von allgemeinen Gleichstellungszielen identifizieren:

- Ökonomische Unabhängigkeit für Frauen und Männer;
- Eigenständige soziale Absicherung in allen Lebensphasen (Bildung, Arbeitslosigkeit, Pflege, Krankheit, Elternschaft, Kinderbetreuung und -erziehung, Alter) für Frauen und Männer;
- Autonomie über die eigene Zeitverwendung für Frauen und Männer;
- Selbstbestimmte Lebensgestaltung für Frauen und Männer;
- Gleiche Möglichkeiten für Frauen und Männer zur Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten und Potenziale;
- Gleiche ökonomische, gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten für Frauen und Männer;
- Gleiche Verteilung von Macht und Einfluss zwischen Frauen und Männern hinsichtlich politischer und ökonomischer Entscheidungen und Prozesse;
- Leben frei von jeder Form von Gewalt für Frauen und Männer;
- Gleicher Zugang zu öffentlichen Leistungen für Frauen und Männer.
- ...

Aus den oben genannten allgemeinen Gleichstellungszielen können in weiten Bereichen die jeweiligen bereichsspezifischen Ziele abgeleitet werden. Dabei können die allgemeinen Ziele jeweils ein Gedankenanstoß für die spezielle Zielfindung sein. Zur Illustration seien hier einige Überlegungen zu Gleichstellungszielen im Sportbereich angeführt:

Ausgehend von der Situation, dass im Sport große Unterschiede zwischen Männern und Frauen existieren, sowohl in der Wahl der Sportarten, als auch hinsichtlich der Ausübung von Tätigkeiten als TrainerIn und der (ehrenamtlichen) Arbeit in Sportorganisationen, -verbänden und -vereinen, ergeben sich mehrere Ansatzpunkte für gleichstellungspolitische Zielfestlegungen.

Hinsichtlich der Ausübung von Sportarten sei hier exemplarisch einiges angeführt:

- Überwindung von unsichtbaren Barrieren durch gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen (z.B. Fußball ist ein Männersport) sowie Überwindung des Beitrages von Sport zur Verfestigung von traditionellen Rollen und Geschlechterverhältnissen (z.B. Männersportvereine mit männerbündischen Zügen, Höherbewertung von männlichen Sportlern).
- Gleiche Möglichkeiten der Ausübung von allen Sportarten durch Mädchen/Frauen und Buben/Männern.
- Gleiche Möglichkeiten für alle, Sportarten kennen zu lernen und auszuprobieren.

Ebenso wären Ziele hinsichtlich der Beteiligung an Sportorganisationen und -vereinen etc. zu definieren:

- Gleiche Beteiligung von und tatsächliche Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen und Männern an sportbezogenen Entscheidungen, sowohl auf Ebene der Politik als auch in Verbänden und Vereinen.
- Gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Männer im Sport (z.B. als TrainerInnen, BerufssportlerInnen, Angestellte in Sportorganisationen etc.).
- Gleiche Verteilung der unbezahlten ehrenamtlichen Arbeit im Sport auf Männer und Frauen.

Nicht alle Ziele dieser – unvollständigen – Liste werden unmittelbar auf Gemeindeebene umsetzbar sein, aber es kann durchaus hilfreich sein, zunächst unabhängig von den Kompetenzen Gleichstellungsziele für einen Bereich zu definieren, um sich in weiterer Folge auf direkt beeinflussbare Ziele zu konzentrieren.

### **C3** Durchführung der Analyse

Die Analyse der gegenwärtigen Situation stellt den Kern einer Gender Budget Initiative dar. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob der Budgetmitteleinsatz Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verringert, verstärkt oder unberührt lässt.

Im Folgenden werden drei Zugänge zur Analyse öffentlicher Ausgaben vorgestellt, die jeweils einen anderen Aspekt ins Visier nehmen:

- die Erfassung der BezieherInnen bzw. der NutzerInnen einer öffentlich (mit)finanzierten Leistung;
- die Ermittlung der Beschäftigungswirkungen, die durch eine bestimmte Gemeindeausgabe entstehen;
- das Aufzeigen der unbezahlten Arbeit, die in Zusammenhang mit bestimmten öffentlichen Ausgaben steht.

Einen weiteren Anknüpfungspunkt stellt die Analyse von Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene dar, da es für die Verteilung der Budgetmittel auf Gemeindeebene auch ausschlaggebend ist, zu welchen Anteilen Frauen und Männer vertreten sind, wenn über die Vergabe von Mitteln abgestimmt wird (siehe Beispiel Tulln I). Darüber hinaus wird anhand von zwei Beispielen deutlich gemacht, wie einzelne Budgetkapitel überblicksmäßig betrachtet werden können, um einen ersten Einblick in geschlechtsspezifische Zusammenhänge zu erhalten (siehe Beispiele Münster und Tulln II).

### **C31** Erfassung der BezieherInnen einer durch die Gemeinde (mit)finanzierten Leistung

**Kernfrage: Wer sind die direkten LeistungsbezieherInnen und NutzerInnen einer öffentlichen (mit-) finanzierten Leistung, wem kommt die Leistung primär zugute?**

Über diesen Analysezugang wird ermittelt, wem eine durch öffentliche Mittel erstellte Leistung direkt zugute kommt, wer sie also in Anspruch nimmt. Es kann sich dabei um eine Sachleistung (z.B. Kindergartenplatz), eine Geldleistung (z.B. Subventionen) oder um eine Beratungsleistung (z.B. Mütterberatung) handeln. Dadurch wird transparent, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Ausmaß von einer bestimmten Gemeindeausgabe (beispielsweise den Subventionen für den City-Bus oder den Sportplatz) direkt profitieren.

Voraussetzungen für diese Analyse sind nach Geschlecht aufgeschlüsselte Informationen über die Nutzung eines Leistungsangebotes (z.B. Mitglieder in Jugendclubs, in Sportvereinen, EntleiherInnen in Bibliotheken, BesucherInnen der Freibäder, NutzerInnen des Sammeltaxis, des Buswartehäuschens etc.). Wenn solche Angaben fehlen, kann eventuell auch auf Daten aus anderen Gemeinden oder auf Landesebene zurückgegriffen werden oder es werden in der Gemeinde selbst repräsentative Erhebungen durchgeführt. Ebenso erforderlich sind Daten über die

Höhe der Ausgaben, die die Gemeinde für diesen Bereich (z.B. Schwimmbad) aufwendet, was aus den Rechnungsabschlüssen ersichtlich ist. Die Aussagekraft erhöht sich, wenn bekannt ist, welchen Anteil der Gesamtkosten (z.B. des Schwimmbades) die Gemeinde trägt und zu welchen Teilen die Kosten von anderen Trägern (Land, Eintrittsgelder etc.) gedeckt werden.

Über diesen Analysezugang kann zunächst nur etwas über die Verteilung der Mittel ausgesagt werden. Aussagen darüber, inwiefern die Ausgaben den Bedürfnissen von Frauen und Männern entsprechend eingesetzt werden, sind nur möglich, wenn zusätzliche Informationen zu den Interessen, Prioritäten und eben den Bedürfnissen von Frauen und Männern vorhanden sind.

## **C32 Ermittlung der Beschäftigungswirkungen von Gemeindeausgaben**

### **Kernfrage: In welchem Ausmaß werden durch eine bestimmte Gemeindeausgabe Arbeitsplätze für Frauen und für Männer geschaffen?**

Ausgaben öffentlicher Gebietskörperschaften tragen in einem großen Ausmaß zur allgemeinen Beschäftigungs- und Einkommenssituation bei. Sie können daher auch dazu beitragen, geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Erwerbsleben zu verstärken bzw. zu verringern. Mittels der Analyse geschlechtsspezifischer Beschäftigungseffekte soll herausgefunden werden, welchen Einfluss die gegenwärtigen Budgetausgaben auf die Beschäftigung von Frauen und Männer haben. Ziel dieser Analyse ist es, allfällige geschlechtsspezifische Ungleichheiten in den Einkommens-, Aufstiegs- und Berufschancen aufzuzeigen, um dann geeignete Maßnahmen zu deren Verringerung bzw. Beseitigung entwickeln und einsetzen zu können. Eine solche Analyse ermöglicht auch Vorhersagen, wie viele Stellen für Frauen und Männer geschaffen/abgebaut werden würden, würde eine Ausgabe zukünftig erhöht/gekürzt werden.

Am sichtbarsten sind die durch Personalausgaben der Gemeinde geschaffenen Arbeitsplätze, die im Budget auch als Personalausgaben angeführt sind (z.B. für Verwaltungspersonal im Gemeindeamt). Bei diesen Wirkungen handelt es sich um so genannte direkte Beschäftigungseffekte. Die Analyse stellt darauf ab, in welchem Ausmaß die Gemeinde Arbeitsplätze für Frauen und Männer schafft, in welchen Bereichen diese geschaffen werden, welche Qualität (z.B. hinsichtlich Aufstiegschancen, Beschäftigungsstabilität) diese haben und ob dabei geschlechtsspezifische Ungleichgewichte bestehen. In kleineren Gemeinden, in denen nur sehr wenige Personen beschäftigt sind, wird dieser Analysezugang allerdings wenig Bedeutung haben.

Voraussetzung für diese Untersuchung sind neben dem Gemeindebudget Angaben über die direkt bei der Gemeinde in den einzelnen Bereichen beschäftigten Personen (Gemeindebedienstete) nach Geschlecht, vor allem die Anzahl der beschäftigten Personen, deren Beschäftigungsausmaß sowie deren Einkommen (bzw. Gehaltseinstufung). Die Analyse kann auch um qualitative Kriterien (Aufstiegschancen, Möglichkeit der Teilzeit, Stundenlöhne, Unterteilung nach Altersgruppen) erweitert werden.

Neben diesen „direkten“ Beschäftigungseffekten können auch so genannte „indirekte“ Beschäftigungswirkungen ermittelt werden, d.h. die Schaffung von Beschäftigung durch Sachausgaben der Gemeinde.

### **Kernfrage: In welchem Ausmaß entstehen beispielsweise durch Ausgaben für die Möbelausstattung in der Volksschule, für den Zubau zum Feuerwehrhaus oder für Subventionen an die Krabbelstube Arbeitsplätze für Frauen und Männer?**

Die Erfassung der indirekten Beschäftigungseffekte zeigt das Ausmaß der Frauen- und Männerarbeitsplätze auf, das durch eine bestimmte öffentliche Ausgabe für Investitionen, für an Unternehmen vergebene Aufträge (Winterdienst, Bauhof) oder durch Subventionen an Einrichtungen (Horte, Kinderkrippen) geschaffen oder gefördert werden. Dabei kann analysiert werden, welche Branchen von den Ausgaben betroffen ist (z.B. Baubranche beim Bau des Feuerwehrhauses, EDV-Branche bei der Anschaffung von Computern für das Gemeindeamt). Allgemeine

Aussagen über die geschlechtsspezifischen Beschäftigungswirkungen sind möglich, wenn betrachtet wird, ob in den jeweiligen Branchen überwiegend Frauen bzw. überwiegend Männer beschäftigt sind oder ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern in der Branche besteht.<sup>5</sup> Wenn aber bekannt ist, welches Unternehmen mit dem Auftrag betraut wurde, kann auch die Beschäftigungssituation dieses Betriebes (Anteile der Frauen und Männer an den Beschäftigten) herangezogen werden, um die indirekten Beschäftigungseffekte abzuschätzen. Bei vergebenen Subventionen ist die Beschäftigungssituation in der geförderten Einrichtung (beispielsweise in einer Kinderkrippe) geschlechtsspezifisch zu analysieren.

Ziel dieser Analyse ist es, ein Bild darüber zu bekommen, welche Ausgaben eher Beschäftigungseffekte für Frauen und welche eher Beschäftigungseffekte für Männer hervorrufen und wie hoch diese jeweils sind.

Voraussetzung für die Erfassung der indirekten Beschäftigungseffekte ist das Gemeindebudget mit Erläuterungen zu den einzelnen Ausgabeansätzen. Um die Beschäftigungswirkungen von Subventionen an Einrichtungen oder von Aufträgen, die an eine bekannte Firma vergeben wurden, zu erfassen, sind Angaben über die Beschäftigungssituation in diesen Betrieben erforderlich (Anzahl, Ausmaß und – sofern möglich – durchschnittliches Bruttojahreseinkommen der Beschäftigten nach Geschlecht).

### **G33** **Aufzeigen der unbezahlten Arbeit, die mit Gemeindeausgaben in Verbindung steht**

**Kernfrage: Welche öffentlichen Gemeindeleistungen tragen dazu bei, dass die unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit in den Privathaushalten, die vor allem von Frauen geleistet werden muss, verringert wird?**

Die Darstellung der Auswirkungen der Budgetgestaltung (beispielsweise Ausgaben für Heimhilfeangebote, Essen auf Rädern, Kinderkrippen) auf das Ausmaß der unbezahlten Arbeit der Bevölkerung stellt einen der am schwierigsten zu erfassenden Teile einer Gender-Budget-Initiative dar. Sie ist jedoch enorm wichtig, da unbezahlte Arbeit, die oft nicht „gesehen“ und daher auch nicht berücksichtigt wird, zum Großteil von Frauen erledigt wird. Diese ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern ist mitverantwortlich dafür, dass wir von einer Gleichstellung der Geschlechter in vielen Lebensbereichen noch sehr weit entfernt sind.

Das Problem liegt nämlich nicht nur darin, dass Frauen mehr unbezahlte und weniger bezahlte Arbeit leisten und damit die Verfügungsgewalt über Einkommen zwischen den Geschlechtern stark ungleich verteilt ist, sondern auch darin, dass Frauen insgesamt mehr Stunden pro Tag arbeiten (siehe dazu Kapitel 7), auch wenn sie häufig in geringerem Ausmaß erwerbstätig sind als Männer. Das Aufzeigen der Größenordnungen der unbezahlten Arbeit macht deutlich, welche Arbeitsbelastung Frauen zu tragen haben und welche Bedeutung diese Tätigkeiten für das Funktionieren unserer Gesellschaft haben.

Dieser Analysezugang eignet sich besonders, wenn die Entwicklung von Ausgaben, die Auswirkungen auf die unbezahlten Tätigkeiten von Frauen und Männern haben, über einen längeren Zeitraum hinweg untersucht wird. Besonders wenn Einsparungen diskutiert werden, sollten die Effekte auf die Lebensrealitäten von Frauen und Männern unter die Lupe genommen werden. Informationen über die von Frauen und Männern verrichtete unbezahlte Arbeit können aus den Zeitverwendungserhebungen der Statistik Austria (siehe Kapitel 8) entnommen werden, die Ausgabenentwicklung ist aus den Rechnungsabschlüssen der Gemeindebudgets ablesbar.

### **G34** **Analyse der Entscheidungsprozesse**

**Kernfrage: Wer hat welchen Einfluss auf budgetpolitische Entscheidungen in der Gemeinde?**

Gemeindebudgets bilden weitgehend die Macht- und Entscheidungsstrukturen innerhalb der Gemeinde ab. Ein wesentlicher Teil einer Gender-Budget-Initiative ist daher die Durchleuchtung des Budgeterstellungprozesses.

Dabei gilt es nicht nur darzustellen, wie der offizielle Weg der Budgeterstellung abläuft, sondern auch welche informellen Wege der Beeinflussung und der Mitsprache gegeben sind. Welche Vereine, Organisationen haben besonders enge Kontakte zum/zur BürgermeisterIn, bzw. zu GemeinderätInnen oder haben FunktionärInnen direkt im Gemeinderat sitzen? Soweit möglich wäre auch nachzuspüren, welche Organisationen, Vereine und Personen in welchen Funktionen informelle Macht auf die Budgetgestaltung ausüben.

Es sollte berücksichtigt werden, dass die alleinige Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien nicht automatisch eine bessere inhaltliche Vertretung von Fraueninteressen und emanzipatorischen Anliegen mit sich bringt. Die verbesserte Repräsentation von Frauen im Gemeinderat könnte aber ein erster Schritt dahin sein.

Die Frage der Frauen- und Männeranteile im Gemeinderat hat auch Auswirkungen auf die Zugangsmöglichkeiten von Frauen und Männern zu EntscheidungsträgerInnen, wie ein Beispiel aus der Gemeinde Baumgarten im Burgenland<sup>6</sup> vermuten lässt. Im Rahmen eines EU-finanzierten EQUAL Projektes, das einen Gender Mainstreaming/Gender Budgeting Teil hatte, wurden die Kontaktaufnahmen durch BürgerInnen analysiert. Während den Bürgermeister überwiegend Männer (70% der Besuche erfolgten durch männliche Gemeindebürger) aufsuchten, ebenso wie den Gemeindegeschäftsführer, hielten sich bei der Vizebürgermeisterin (eine Frau), die Besuche von Frauen und Männern die Waage (jeweils 50%). Aus diesem Beispiel lässt sich schließen, dass mehr Frauen in Entscheidungspositionen auch neue Zugangsmöglichkeiten für Bürgerinnen schaffen, die offenbar eher mit Frauen im Gemeindeamt Kontakt aufnehmen.

Die Informationen über die Zusammensetzung des Gemeinderates und der Ausschüsse sind öffentlich zugänglich, in vielen Fällen auf der Homepage der Gemeinde zu finden, ansonsten über Mitteilungsblatt bzw. Gemeindezeitung oder direkt im Gemeindeamt zu erfahren.

## 4 **Einbeziehung der Bevölkerung – Kommunikation und Information**

**Sobald Ergebnisse der geschlechtsspezifischen Analyse vorliegen, bietet es sich an, die Bevölkerung der Gemeinde in die Initiative einzubinden.** Auch Vereine, Initiativen, Gruppen und Verbände sollten in ausgewogenem Ausmaß Mitsprachemöglichkeiten erhalten. Über Befragungen zu ihren Präferenzen über die Verwendung von Budgetmitteln oder aber über Diskussionsveranstaltungen könnte die Meinung der Gemeindebürgerinnen und -bürger in den Entscheidungsprozess einfließen.

Es ist allerdings immer besonders darauf zu achten, dass traditionelle Mitsprachemuster, nämlich dass Männer den Diskurs dominieren, nicht wiederholt werden. So ist speziell darauf zu achten, dass Frauen, Frauengruppen und -interessen ausreichend Platz bekommen. Auch „Kleinigkeiten“, wie die Redezeiten von Männern und Frauen, der Zeitpunkt für öffentliche Veranstaltungen sowie das Angebot an Kinderbetreuung, können die Teilhabemöglichkeiten von Männern und Frauen beeinflussen.

In der Gemeinde Baumgarten im Burgenland wurden im Rahmen des Gender Mainstreaming/Gender Budgeting Pilotprojektes die Bedürfnisse der Bevölkerung durch Interviews und Fragebögen erhoben. Dabei wurden folgende Prioritäten ermittelt: Ausbau der Kranken- und Altenbetreuung durch Tagesheimstätte und Hauskrankenpflege, gendergerechter Spielplatz sowie die Förderung von Mädchenfußball durch den Aufbau eines Mädchenfußballteams.

Es sollte berücksichtigt werden, dass die Präferenzen und Interessen von Mädchen/Frauen durchaus auch traditionelle Geschlechterverhältnisse und Arbeitsteilung verfestigen können. Partizipation ist unverzichtbar, aber alleine keine Garantie für emanzipatorische Politik. Die Überwindung herkömmlicher Muster und Rollen bedarf kontinuierlicher Arbeit und Überzeugung. So kann beispielsweise die Schaffung alternativer Angebote Veränderungen bei Präferenzen und Interessen nach sich ziehen.

## **C5 Geschlechtergerechte Gestaltung des Budgets**

Erfahrungen mit Gender Budgeting Arbeiten zeigen, dass der Prozess oft bei der Analyse stecken bleibt. Es kann daher nicht oft genug betont werden, wie wichtig es ist, bereits von Beginn an mitzudenken, wie politische Zielsetzungen und Ergebnisse der Analyse auch in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können.

In diesem Schritt sind daher konkrete Maßnahmen zu formulieren, wie die in der Analyse festgestellten geschlechtsspezifischen Ungleichgewichte schrittweise verringert werden können. Beispielsweise bezogen auf die Veränderung von Entscheidungsprozessen mit dem Ziel, die Repräsentation von Frauen und Männern im Gemeinderat und in Ausschüssen ausgewogen zu gestalten. Dabei ist zu unterscheiden, welche Maßnahmen u.U. sofort umzusetzen sind und welche nur bedingt im Einflussbereich liegen. Im vorliegenden Beispiel ist die Zusammensetzung von Ausschüssen – unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Parteien kooperieren – relativ rasch dahingehend änderbar, dass der Frauenanteil in allen Ausschüssen ebenso hoch ist wie im Gemeinderat. Die Zusammensetzung des Gemeinderates hingegen hängt von den KandidatInnenlisten der einzelnen Parteien ab und ist damit auch nicht direkt beeinflussbar. Es könnten aber Maßnahmen mit Anreizwirkung überlegt werden, wie beispielsweise die Zuerkennung von besonderen Parteienförderungen für jene, deren Listen je zur Hälfte aus Frauen und Männern – an wählbarer Stelle – zusammengesetzt sind.

## **C6 Überprüfung der Fortschritte**

Wenn Gender Budgeting als kontinuierliche Strategie in die Gemeinde- bzw. Oppositionspolitik integriert wird, ist besonders darauf zu achten, dass periodisch überprüft wird, welche Fortschritte tatsächlich erreicht wurden. Regelmäßige Berichte über Maßnahmen und Veränderungen, die Frauen bzw. Männer und die Geschlechterverhältnisse betreffen, sollten erstellt und öffentlich diskutiert werden.

Es ist aber besonders die Aufgabe von nicht an der „Regierung“ in der Gemeinde beteiligten Gruppen, dies aufmerksam zu beobachten und die Fortschritte kritisch zu prüfen. Gibt es eine Gruppe außerhalb des Gemeinderates, die sich am Prozess beteiligt, Forderungen einbringt und deren Umsetzung überwacht, wird es einfacher sein, die Dynamik aufrechtzuerhalten.

Grundlage für diese Arbeit sind Maßstäbe, an denen die Fortschritte gemessen werden können. Anhand der jeweiligen Zielsetzungen können beispielsweise konkrete Maßzahlen (Indikatoren) entwickelt werden, die als Maßstab dienen können. Ein möglicher Indikator beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung wäre der Anteil aller Kinder der Gemeinde im Alter von 3 bis 5 Jahren, für die ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Daraus ergibt sich, für wie viele Kinder im betreffenden Alter die Möglichkeit besteht, einen Kindergarten zu besuchen. Wenn nun politische Maßnahmen gesetzt wurden, um die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu verbessern, kann anhand dieser Maßzahl – der Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen – gemessen werden, ob Erfolge und Fortschritte erzielt wurden. (Zum Beispiel: Konnte das Ziel, die Versorgungsquote von 60% auf 70% zu erhöhen, erreicht werden?) Da aber besonders in der Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter 3 und über 5 Jahren große Versorgungslücken bestehen, kann diese Maßzahl auch für die Anzahl der Kinderkrippenplätze (Vergleich mit allen 0- bis 2-jährigen Kindern der Gemeinde) und die Anzahl der Hortplätze (Vergleich mit allen 6- bis 10-jährigen Kindern) berechnet werden.<sup>7</sup>

Auch in diesem Zusammenhang ist das Vorhandensein von aussagekräftigen geschlechtsspezifischen Statistiken in allen Bereichen von Bedeutung.



**D** **Beispiele für lokale  
Gender Budgeting-Initiativen**



## □□D Beispiele für lokale Gender Budgeting-Initiativen

In diesem Kapitel finden sich Beispiele zur Analyse von Entscheidungsstrukturen, zur Analyse der BezieherInnen öffentlicher Leistungen, zur Untersuchung geschlechtsspezifischer Zusammenhänge in einzelnen Politikbereichen, zur Ermittlung geschlechtsspezifischer Beschäftigungseffekte von Ausgaben sowie zur Erfassung der unbezahlten Arbeit. Im Anschluss an die Beispielblöcke sind Anregungen für die Anwendung der Analyseansätze auf Gemeindeebene gegeben.

### □□D1 Analyse von Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene

#### Beispiel Tulln I: Teilhabe an Entscheidungsprozessen

**Kernfrage: Wer hat welchen Einfluss auf budgetpolitische Entscheidungen in der Gemeinde?**

##### Hintergrund der Gender Budget - Initiative

In der niederösterreichischen Stadtgemeinde Tulln (ca. 12.000 EinwohnerInnen) hat die Grüne Gemeinderätin Liane Marecsek im Jahr 2001 eine Gender Budget Untersuchung angestellt. Sie hat aus Eigeninitiative Gemeindebudget und -politik aus Frauen- und Geschlechtersicht beleuchtet. Unterstützung bekam sie dabei von einem Budgetkundigen der Gemeinde.

##### Was wurde gemacht

Liane Marecsek hat zunächst analysiert<sup>8</sup>, wie viele Frauen und Männer im Gemeinderat sowie in den einzelnen Ausschüssen sitzen. Diese Analyse legt offen, in welchem Ausmaß Männer und Frauen formell Einfluss auf Entscheidungen haben. Auch die Besetzung der Leitungsfunktionen im Gemeindeamt ist in diesem Zusammenhang von Interesse, da leitende Gemeindebedienstete eine wichtige Funktion in der Vorbereitung und Unterstützung der Entscheidungen des Gemeinderates bzw. des/der BürgermeisterIn haben.

##### Vorgangsweise

Für die Analyse der formellen Entscheidungsprozesse wurden Gemeinderat und Ausschüsse nach ihrer Zusammensetzung nach Geschlecht untersucht sowie teilweise der Frauenanteil errechnet. Der Stadtrat bzw. Gemeindevorstand ist insofern von Interesse, da hier besondere Entscheidungsbefugnisse liegen. Die folgenden Darstellungen sind aus den Unterlagen von Liane Marecsek entnommen.

##### Ergebnisse und deren Darstellung

###### Gemeinderat und Gremien

- 8 Frauen von insgesamt 37 Sitzen = 21 %
- BürgermeisterIn ist männlich
- Zusammensetzung der Parteien:
  - 21 ÖVP, 4 Frauen
  - 9 SPÖ, 1 Frau
  - 4 FPÖ, 1 Frau
  - 3 Grüne, 2 Frauen
- Stadtrat: 10 Männer, 2 Frauen

Die Frauen- und Männeranteile im Gemeinderat sind den Anteilen in der Bevölkerung insgesamt gegenüberzustellen. In Tulln sind 52% der Bevölkerung weiblich und 48% männlich.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Ausschüsse wurde ebenfalls die Zusammensetzung nach Männern und Frauen erhoben. In der Darstellung wurde besonders herausgearbeitet, in welchen Ausschüssen nur oder vorwiegend Männer sitzen. In der Regel sind



dies Ausschüsse, wo wesentliche (Vor-) Entscheidungen über viel Geld, „wichtige“ Weichenstellungen und Großprojekte fallen:

### **Ausschüsse in denen vorwiegend Männer sitzen**

- Prüfungsausschuss: 9 Männer
- Bau-, Planungs- und Siedlungsausschuss: 9 Männer, 1 Frau
- Finanz- und Personalausschuss: 9 Männer, 1 Frau
- Kanal- und Wasserleitungsausschuss: 9 Männer, 1 Frau
- Sportausschuss: 9 Männer, 1 Frau
- Öffentliche Einrichtungen: 9 Männer, 1 Frau

Im Kontrast dazu liefert die Frage, in welchen Ausschüssen relativ viele Frauen zu finden sind interessante Aufschlüsse. Hier können Querverbindungen zu traditionellen Rollenbildern (Frau ist zuständig für Familie, Versorgung etc.) und geschlechtsspezifischen Berufsmustern hergestellt werden. Tendenziell wird in diesen Ausschüssen auch über ein geringeres Budgetvolumen entschieden.

### **Wo sind die Frauen?**

- Ordnung und Sicherheit: 8 Männer, 2 Frauen
- Umwelt-, Gesundheits- und Agrarausschuss: 8 Männer, 2 Frauen
- Fremdenverkehrsausschuss: 7 Männer, 3 Frauen
- Familien- und Erholungsausschuss: 5 Männer, 5 Frauen
- Wohnungs- und Sozialausschuss: 5 Männer, 5 Frauen
- Schul-, Jugend- und Kulturausschuss: 5 Männer, 5 Frauen

Die Analyse der Leitungsfunktionen im Gemeindeamt stellt eine gute Ergänzung der Darstellung der Entscheidungsprozesse dar. Denn abgesehen davon, dass leitende Bedienstete hohe Einkommen erzielen, haben sie beträchtlichen Einfluss auf die Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen für den Gemeinderat.

### **Leitungsfunktionen im Gemeindeamt**

- StadtamtsdirektorIn – männlich, VB, 10<sup>9</sup>,
- BauamtsleiterIn – männlich, VB, 9
- LeiterIn Öff. Einrichtungen – männlich, VB, 8
- KammeramtsleiterIn – männlich, VB, 7
- Kassenverwaltung – männlich, VB, 7

### **Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen und Veränderungen**

Diese Arbeit zeigt deutlich, dass die Beteiligung an politischen Entscheidungen nicht ausgewogen ist. Männer dominieren tendenziell in „wichtigeren“ und einflussreicheren Bereichen. Die Besetzung der Ausschüsse spiegelt traditionelle Rollenmuster wider. Die Offenlegung dieser Verhältnisse könnte ein bewusstes Wahrnehmen der gegenwärtigen Situation fördern und damit einen Grundstein für Veränderungen legen.

Insbesondere die Besetzung der Ausschüsse könnte verstärkt thematisiert werden. Denkbar wäre eine Initiative, dass der Gemeinderat beschließt, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse dem Geschlechterverhältnis im Gemeinderat zu entsprechen hat und nur in einem geringen Ausmaß abweichen darf (z.B. 5-10%).

In Tulln konkret hatten die Arbeiten zunächst nur die Auswirkung, dass Liane Marecsek in bislang männerdominierte Ausschüsse nominiert wurde<sup>10</sup>.

<b>Kritik und eigene weiterführende Interpretationen</b>	Diese Zählung von Männern und Frauen in Entscheidungspositionen ist ein erster Schritt, um die Beteiligung an Entscheidungsprozessen sichtbar zu machen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass neben den formellen Prozessen unterschiedliche Möglichkeiten der informellen Einflussnahme bestehen. Diese sind schwieriger zu erfassen und zu thematisieren. Es wäre im Einzelfall aufzudecken und darzustellen, welche Interessen, Personen und Gruppierungen (bestimmte Organisationen, Unternehmen und Vereine mit guten Kontakten zu einzelnen GemeindefunktionärInnen etc.) besondere Beachtung finden.
<b>Kontakte zur GB-Initiative</b>	Kontaktadresse von Liane Marecsek: <i>liane.marecsek@gruene.at</i>
<b>Verwendete Literatur</b>	Liane Marecsek (2005), Gender Budgeting, Foliensatz zur Präsentation der Ergebnisse der Analyse des Tullner Gemeindebudgets.

## □□D2 Erfassung der BezieherInnen öffentlich (mit-)finanzierter Leistungen

### Beispiel Köln I: Inanspruchnahme von öffentlichen Bibliotheken

**Kernfrage: Gibt es geschlechtsspezifische Auswirkungen budgetpolitischer Entscheidungen im Bereich der öffentlich (mit-)finanzierten Bibliotheken?**

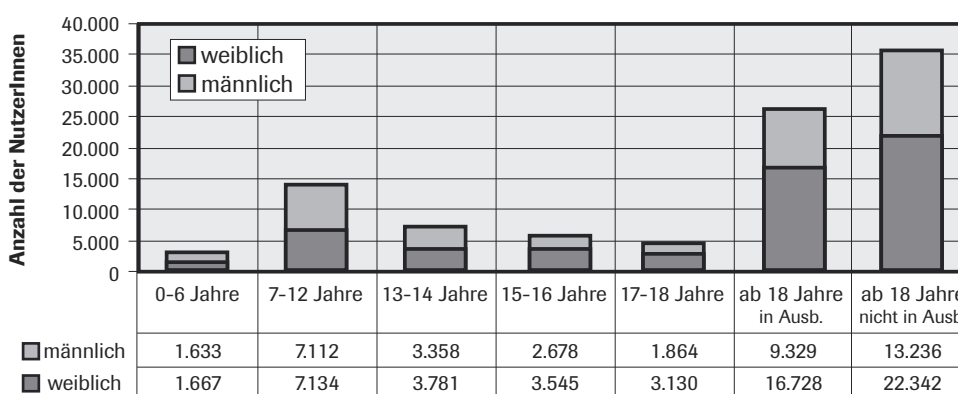
<b>Hintergrund der Gender Budget-Initiative</b>	In der Stadt Köln in Nordrhein-Westfalen gründeten Frauen aus verschiedenen Frauenvereinen 1998 das so genannte <i>FrauenForum</i> , das zum Ziel hatte, die Anliegen von Frauen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Köln zu vertreten. Die Erstellung der Leitlinien des FrauenForums im Jahr 1999 regte dazu an, der Frage: "Gibt es geschlechtsspezifische Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen in Köln?" nachzugehen. Vor dem Hintergrund einer geplanten Haushaltskonsolidierung führte das Forum eine Untersuchung durch um abschätzen zu können, welche Bevölkerungsgruppen von den Einsparungen betroffen wären. Unterstützt wurde die Untersuchung - v.a. durch Mitarbeit bei der Auswertung der Daten - durch Kämmerei, Stadtbibliothek und Volkshochschule der Stadt Köln.
<b>Was wurde gemacht</b>	Die Untersuchung bezog sich auf zwei ausgewählte Bereiche – auf die Stadtbibliotheken und die Volkshochschulen. Folgend werden die Ergebnisse aus dem Bereich der Stadtbibliotheken dargestellt, jene aus dem Bereich der Volkshochschulen (VHS) finden sich in Beispiel Köln II. Für die Analyse wurden die BenutzerInnen der Bibliotheken nach Geschlecht und Alter getrennt ausgewertet. Dazu wurde ermittelt, wer welches Angebot vorwiegend in Anspruch nimmt und daher von Einsparungen speziell betroffen wäre. Darüber hinaus wurde interpretiert, warum bestimmte Gruppen bestimmte Angebote verstärkt nutzen und wie hier lenkend eingegriffen werden könnte.
<b>Welche Daten standen zur Verfügung</b>	Zur Verfügung stand die Nutzungsstatistik der Bibliothek aus dem Jahr 2003. Von den jährlich rund 2 Mio. BesucherInnen waren aber nur jene statistisch nach Geschlecht getrennt erfasst, die über einen gültigen Bibliotheksausweis (97.500 Personen) verfügten. Für die Untersuchung wurde daher ausschließlich diese Gruppe herangezogen. TagesbesucherInnen, die über keinen Ausweis verfügen, wurden nicht erfasst.

## Vorgangsweise, Ergebnisse und deren Darstellung

In einem ersten Schritt wurden die **NutzerInnen der Bibliotheken** in als sinnvoll erachtete Altersgruppen untergliedert (siehe Übersicht 1). Dabei wurden für Kinder und Jugendliche fünf Altersgruppen erstellt. Die Erwachsenen ab 18 Jahren wurden unterteilt in solche, die noch in Ausbildung stehen und solche, die dies nicht mehr tun. Die Daten der Bibliotheksnutzung wurden weiters nach Geschlechtern getrennt.

Die Daten zeigen, dass bis zu einem Alter von 12 Jahren das Leseverhalten der Mädchen und Buben noch nahezu ausgeglichen ist (Nutzung fast 50:50), danach aber der Anteil der Burschen sinkt und sich ab etwa 18 Jahren – also bei allen Erwachsenen – ein relativ stabiles Verhältnis von 1/3 männlichen und 2/3 weiblichen NutzerInnen einpendelt. Frauen greifen auf das öffentliche Leseangebot also weitaus häufiger zurück. Die absolut hohe Anzahl an jugendlichen LeserInnen zeigt auch die wichtige Funktion der Bibliotheken im Bildungsbereich.

Übersicht 1: Bibliotheksnutzung 2003 nach Alter und Geschlecht, absolut



Quelle: KölnAgenda-FrauenForum 2004, 9.

In einem nächsten Schritt wurde die **Nutzung der verschiedenen Bibliotheksformen** (Zentralbibliothek, Stadtteil-Bibliotheken sowie Bibliotheksbusse) nach Alter sowie nach Geschlecht ausgewertet. Dabei wurde sichtbar, dass Bibliotheksbusse besonders stark von Kindern und Jugendlichen genutzt werden, Frauen die Stadtteilbibliotheken bevorzugen und Männer eher die Zentralbibliothek aufsuchen. Diese Favorisierung lässt sich damit erklären, dass das ortsnahe Buchangebot keine langen Anfahrtswege erfordert und somit zeit- und kostengünstiger wahrzunehmen ist. Auch die Mobilitätsmöglichkeiten von Frauen, Männern und Kindern spiegeln sich darin wider.

In einem letzten Schritt wurde noch unterschieden, **welche Medienarten** (Bücher, Tonträger, Multimedia) **von Frauen und Männern genutzt wurden**. Dabei war besonders hinsichtlich der Nutzung der elektronischen Medien (Medienbibliothek) ein geschlechtsspezifischer Unterschied festzustellen: Nur 30-40% der unter 18-jährigen NutzerInnen waren weiblich, bei den über 18-jährigen steigt der Frauenanteil dann aber auf 46% an. Nur bei den Erwachsenen in Ausbildung herrscht eine geschlechtlich ausgewogene Nutzung der Medienbibliothek vor. Hier wäre zu überlegen, wie für Mädchen der Umgang mit Medien und andererseits für Burschen das Lesen von Büchern attraktiver gemacht werden kann, um einen Ausgleich zu schaffen.

### Anregungen für politische Maßnahmen und Veränderungen

Wie die Ergebnisse zeigen, sind besonders Kinder und Jugendliche sowie Frauen auf die Stadtteilbibliotheken und die Bibliotheksbusse angewiesen. Die **beschlossene Schließung von Zweigstellen, die bereits erfolgte Abschaffung der Bibliotheksbusse** sowie die Einschränkung der Öffnungszeiten gehen daher v.a. zu deren Lasten. Diese Bevölkerungsgruppen werden auch kaum auf das Angebot der Zentralbibliothek ausweichen, da Frauen meist nicht über die erforderliche Zeit- und Mobilität verfügen, um diese zu erreichen, und Kinder die weitere Strecke in die Innenstadt nicht alleine zurücklegen können - und dazu eine Begleitperson (die meist die Mutter wäre) benötigen würden. Die auf den ersten Blick neutral wirkenden budgetpolitischen Maßnahmen haben - wie sich in diesem Beispiel deutlich zeigt - starke geschlechtsspezifische Implikationen. Ebenfalls negativ auf die Inanspruchnahme wirken sich die Gebühren für Benutzung, Verleih und Internetnutzung aus, die die Bibliothek aufgrund der sinkenden Zuschüsse der Träger einheben muss, um den hohen Standard aufrecht halten zu können. Insgesamt haben die Einsparungen einen deutlich negativen Effekt auf das Lese-, Informations- und Ausleihverhalten von Kindern, Jugendlichen und Frauen. Und sie wirken sich - in Anbetracht einer notwendigen Leseförderung von Kindern - **äußerst kontraproduktiv** aus: Lesen gehört als Basisqualifikation zur Allgemeinbildung und ist eine Grundvoraussetzung für den schulischen Erfolg und für gesellschaftliche Teilhabe. Vor allem wohnortnahe Bibliotheken könnten durch attraktive Angebote dazu beitragen, das Lesen als Alternative zum Medienkonsum für Kinder und Jugendliche schmackhaft zu machen. Auch in der Funktion als Ort der Kommunikation, der Zugang zu allen Informationen bietet, gehen Bibliotheken durch die Sparmaßnahmen zunehmend verloren. Es bedarf also eines Umdenkprozesses und einer Umstrukturierung des Budgets, um mit attraktiven Angeboten die Funktion von Bibliotheken und vor allem der Bibliotheksbusse zu stärken, anstatt hier zulasten der Bildung von Kindern und Jugendlichen zu sparen und Frauen vom Zugang zu Weiterbildung und Information auszuschließen - ohne die langfristigen Folgen dessen zu berücksichtigen.

### Kritik und eigene weiterführende Interpretation

Diese Untersuchung gibt ein Beispiel dafür, dass mit relativ wenigen Daten sehr wohl viel über die Wirkungen budgetpolitischer Maßnahmen gesagt werden kann. Dazu muss auch erwähnt werden, dass - obwohl die Daten für die Stadtbibliothek sehr viele Lücken aufwiesen (beispielsweise war eine Zuordnung der Kosten und Erlöse nach Geschlecht nicht möglich) - die Auswertungen dennoch sehr aufschlussreichen Fakten ans Licht brachten.

### Kontakte zur GB-Initiative

Maria Grote ([maria.grote@t-online.de](mailto:maria.grote@t-online.de)); Elisabeth Stiefel ([Stiefel@netcologne.de](mailto:Stiefel@netcologne.de))  
Infos zum FrauenForum: <http://www.koelnagenda.de>

### Verwendete und Weiter führende Literatur

KölnAgenda - FrauenForum (2004): Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse des Pilotprojekts zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidung auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner. Köln, <http://www.koelnagenda.de/docs/genderbudget.pdf>

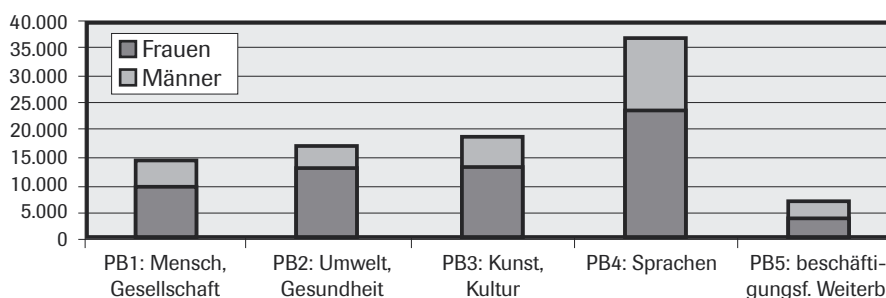
## Beispiel Köln II: Inanspruchnahme von Volkshochschulen

**Fragestellung: Gibt es geschlechtsspezifische Auswirkungen budgetpolitischer Entscheidungen im Bereich der öffentlich (mit-)finanzierten Volkshochschulen?**

<b>Hintergrund der Gender Budget Initiative</b>	Die Gender Budget-Initiative in Köln bezog sich auf die Inanspruchnahme der Stadtbibliotheken sowie der Volkshochschulen. In diesem Beispiel wird nur noch auf die inhaltlichen Aspekte der Untersuchung der Volkshochschulen eingegangen – die allgemeinen Aspekte (Hintergrund der Initiative usw.) sind im obigen Beispiel (Köln I) bereits angeführt.
<b>Was wurde gemacht</b>	Analysiert wurde für den Bereich der Volkshochschulen (VHS) die Nutzung der Kurse nach Fachbereichen (z. B. Sprachen, Kunst) nach Frauen und Männern. Die Ergebnisse in den einzelnen Fachbereichen wurden der Finanzierung dieser Bereiche sowie den Einsparplänen gegenübergestellt. Daraus konnte abgeleitet werden, zu Lasten wessen Interessen die Einsparungen erfolgen würden. <sup>11</sup>
<b>Welche Daten standen zur Verfügung</b>	Verwendet wurden teilweise unveröffentlichte Datensammlungen der VHS Köln bezüglich der Kursteilnahme und der Finanzierung. Darüber hinaus wurden die Informationen des Kölner Produkthaushaltes <sup>12</sup> 2004 – Jahresbericht 2002 herangezogen.
<b>Vorgangsweise sowie Ergebnisse und deren Darstellung</b>	<p>Untersucht wurde die Inanspruchnahme der Kursangebote der VHS, für die auch eine geschlechtsspezifische NutzerInnenstatistik vorlag. Alle anderen Angebote der VHS (Exkursionen, Ausstellungen, Firmenschulungen) konnten wegen fehlender Daten zur Inanspruchnahme nicht in die Analyse miteinbezogen werden.</p> <p>Die angebotenen Kurse der VHS wurden in fünf verschiedene Kategorien (Produktbereiche) untergliedert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- PB1: Mensch, Gesellschaft, Politik</li> <li>- PB2: Umwelt, Gesundheit, Technik, Informations- und Kommunikationstechnologie</li> <li>- PB3: Kunst, Kultur, Medien</li> <li>- PB4: Sprachen</li> <li>- PB5: Beschäftigungsfördernde Weiterbildung</li> </ul>

Die **Auswertung der geschlechtsspezifischen Nutzung der Kurse** (nach Personen) ergab, dass die Angebote insgesamt zu rund 2/3 von Frauen (66.000) und zu 1/3 von Männern (31.000) genutzt wurden. Nach Produktbereichen zeigte sich, dass am häufigsten – und zwar von beiden Geschlechtern – Sprachkurse besucht wurden. Für alle fünf Kategorien galt, dass die Anzahl der weiblichen Kursteilnehmerinnen jeweils überwog.

*Übersicht 2: Nutzung der Volkshochschulkurse nach Geschlecht, 2003*

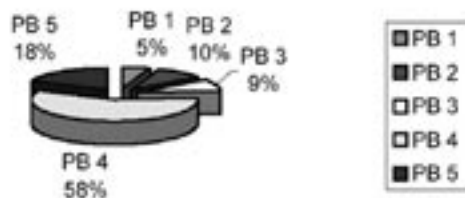


Quelle: KölnAgenda-FrauenForum 2004, eigene Darstellung

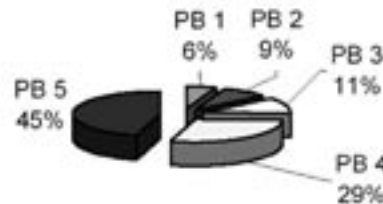
Der höchste Frauenanteil (75%) war im Bereich „Gesundheit“ vertreten, als Bereich mit dem höchsten Anteil an männlichen Kursteilnehmern (40%) stellten sich die „Beschäftigungsfördernden Weiterbildungen“ heraus.

In einem weiteren Schritt wurden die fünf **Produktbereiche nach verschiedenen Auswertungsgesichtspunkten** miteinander **verglichen**.

Übersicht 3: Produktbereiche  
in % aller Belegunterrichtsstunden



Übersicht 4: Produktbereiche  
in % der Zuschüsse



Quelle: KölnAgenda-FrauenForum 2004:20.

Quelle: KölnAgenda-FrauenForum 2004:20.

Bei einer Auswertung nach der Höhe nach öffentlichen Zuschüssen pro Kurs zeigt sich, dass der Bereich „Sprachen“ zwar 58% der belegten Unterrichtsstunden ausmachte, aber nur 29% der öffentlichen Zuschüsse erhielt. Hingegen erhielt der Bereich „Beschäftigungsfördernde Weiterbildung“ mit einem Anteil von 18% der belegten Unterrichtsstunden 45% der öffentlichen Zuschüsse. Der am stärksten von Männern genutzte Bereich wurde am meisten gefördert.

In einem letzten Schritt wurde die **Verteilung der Geschlechter unter den TeilnehmerInnen der einzelnen VHS-Außenstellen** ausgewertet – da die VHS Köln neben einem Standort in der Innenstadt auch noch über neun Außenstellen in den Bezirken verfügt. Dabei zeigte sich eindeutig, dass in den wohnortnäheren Volkshochschulstandorten eine höhere Frauenbeteiligung verzeichnet wurde. So beträgt der Frauenanteil in den Außenbezirken 77%–79%, während er in der Innenstadt-VHS bei 66% lag. Allerdings ist das Angebot in den Außenstellen auch verstärkt auf die Bereiche „Mensch und Gesellschaft“, „Gesundheit“ sowie „Kultur und Medien“ ausgerichtet, die generell eine höhere Inanspruchnahme durch Frauen aufweisen.

### Anregungen für politische Maßnahmen und Veränderungen

Die Sparmaßnahmen in Köln beziehen sich fast nur auf die beiden Bereiche „Gesundheit“ und „Kultur/Medien“. Von den Sparplänen nicht betroffen sind alle arbeitsmarkt-orientierten und in einer Erwerbstätigkeit „verwertbaren“ Qualifikationen. Diese rangieren weit vor jenen Fähigkeiten, die zur Alltagsbewältigung oder zur Erhöhung der Lebensqualität im Stadtteil beitragen und vor allem für Frauen, die oftmals im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf stehen, ein wichtiges Angebot darstellen würden. Dass die Einsparungen v.a. in den Volkshochschulen in den Stadtteilen erfolgen sollen (einige sollen geschlossen werden), wirkt sich ebenfalls v.a. für Frauen mit Familienaufgaben nachteilig aus, da sie nur schwer lange Wegzeiten in Kauf nehmen können.

Die Entwicklung in anderen Städten lässt darauf schließen, dass langfristig der Männeranteil an VHS steigen wird, weil Frauen ihre Interessen im Kursangebot nicht mehr vertreten finden und sich das breite und vielfältige Angebot auf ein engeres, arbeitsmarktzentriertes Kursangebot verändern wird.



**Fazit:** Die Ergebnisse aus dem Bereich der VHS sind ähnlich jenen der Stadtbibliotheken. In beiden Bereichen erfolgen die Einsparungen keineswegs „geschlechtsneutral“, sondern sie treffen besonders Frauen, da diese von Männern verschiedene soziale und wirtschaftliche Position inne haben. Für sie bedeuten die Einsparungen, dass ihnen die Teilnahme am öffentlichen Angebot erschwert wird.

#### Verwendete und Weiterführende Literatur

KölnAgenda – FrauenForum (2004): Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse des Pilotprojekts zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidung auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner. Köln, <http://www.koelnagenda.de/docs/genderbudget.pdf>

## Beispiel Berlin: NutzerInnen von Sportstätten

### Fragestellung: Wer sind die NutzerInnen der Sportstätten in Berlin Lichtenberg?

#### Hintergrund der Gender Budget Initiative

Als Folge der Lobbyarbeiten der „Zivilgesellschaftlichen Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“, aktiv seit 2001, wurde Gender Budgeting (GB) in die Berliner Koalitionsvereinbarung der Legislaturperiode 2001-2006 aufgenommen. In Zusammenarbeit mit Politikerinnen aus verschiedenen Parteien wurde ein Senatsbeschluss für die Umsetzung von GB in Berlin erreicht.

Die Initiative hat als Nichtregierungsorganisation einen Sitz in der Landeskommission Gender Mainstreaming (LK), die das Steuerungsgremium für die Umsetzung von Gender Mainstreaming (GM) in der Berliner Verwaltung ist, sowie in der Arbeitsgruppe Gender Budgeting (AG). Diese setzen sich zusammen aus VertreterInnen der Verwaltung, der Politik und der Zivilgesellschaft. Die Rolle der Initiative in der LK und in der AG ist die der konstruktiven, kritischen Begleitung des Implementierungsprozesses.

In der Pilotphase wurden sowohl in einigen Bezirken als auch auf Berliner Ebene einzelne Bereiche analysiert. Das hier dargestellte Beispiel stammt aus dem Berliner Bezirk Lichtenberg.

#### Was wurde gemacht

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse wurde auf Basis der Ausgaben für einzelne Leistungen<sup>13</sup> vorgenommen. Im Rahmen des Pilotprojektes wurden in einzelnen Bezirken unterschiedliche Produkte, d.h. öffentliche Leistungen, ausgewählt. Im Bezirk Lichtenberg waren dies u.a. Bücherausleihe, Lehrveranstaltungen an den VHS und Sportanlagen. Die Analyse der Ausgaben für bestimmte Leistungen wurde als **geschlechtersensible Nutzenanalyse** bezeichnet. Kriterien für die Auswahl der Pilotbereiche waren:

- finanzielle Relevanz
- Gestaltungsspielraum auf Bezirksebene
- vorhandene Daten
- individuelle LeistungsempfängerInnen

Hier wird die Analyse anhand der Bereitstellung von Sportanlagen<sup>14</sup> dargestellt. Allgemeine Zielsetzung in diesem Bereich ist die Sicherung der bedarfsgerechten Bereitstellung der Sport- und Freizeitanlagen sowie der Serviceleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen.

**Welche Daten und Unterlagen standen zur Verfügung**

Als Datengrundlagen wurden einerseits das Budget auf Bezirksebene (Produktbudget) und andererseits Daten über die NutzerInnen der Sportanlagen für den Bezirk – aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen – herangezogen. Seit 2003/2004 werden bei den Sportvereinen geschlechtsspezifische NutzerInnendaten, differenziert nach Sportanlagen und Sportarten erfasst. Geschlechtsspezifische Daten über die Mitgliederstruktur der Lichtenberger Sportvereine liegen ebenfalls vor.

**Wie wurde es gemacht – Vorgangsweise, Ergebnisse und deren Darstellung**

Im Wesentlichen wird bei der so genannten geschlechterdifferenzierten Nutzenanalyse zunächst ermittelt, wie viele Männer und Frauen unter den NutzerInnen sind. Gemäß dieser Männer- und Frauenanteile wird das Budget dann entsprechend aufgeteilt. Die Erhebung folgte einem allgemeinen von der AG Gender Budgeting vorgegebenen Raster:

*Übersicht 5: Raster für die Erfassung der NutzerInnen von Leistungen*

<b>Produkt</b>
<b>Produktbudget</b>
<b>Anteil am Gesamtbudget des Bezirkes</b>
<b>Nutzerinnen weiblich in %</b>
<b>Nutzer männlich in %</b>

*Quelle: Berliner Geschäftsstelle Gender Mainstreaming (2004).*

Für die analysierte öffentliche Leistung, die Bereitstellung von Sportanlagen, wurde dementsprechend folgendes Gesamtergebnis ermittelt:

*Übersicht 6: Raster zur Darstellung der Budgetverteilung nach Geschlecht*

<b>Produktbezeichnung</b>	Bereitstellung von Sportanlagen
<b>Budgetwirksame Produktkosten 2003</b>	4.131.517,- Euro
<b>Budgetverteilung weiblich</b>	1.582.371,- Euro / 38,3%
<b>Budgetverteilung männlich</b>	2.548.747,- Euro / 61,7%

*Quelle: Berliner Geschäftsstelle Gender Mainstreaming (2004).*

Die Gesamtdaten der Nutzung der Sportanlagen (38,3% Frauen / 61,7% Männer) basiert auf Informationen für die einzelnen Sportarten, wobei die Frauen- und Männeranteile unter den NutzerInnen sehr stark je nach Sportart differieren. Im Übersicht 7 wird ein Auszug aus der Liste von 37 Sportarten gegeben.

*Übersicht 7: Anteil der von Männer und Frauen im Jahr 2003 genutzten Stunden auf Lichtenberger Sportanlagen differenziert nach Sportarten*

<b>Sportart</b>	<b>NutzerInnen pro Woche absolut</b>	<b>Zahl der NutzerInnen</b>	<b>Frauenanteil an den NutzerInnen</b>	<b>Produktbudget in Euro</b>	<b>Produktbudget für Frauen in Euro</b>
Aerobic	650	620	87%	60.112,-	52.309,-
Basketball	604	144	23,8%	115.599,-	27.540,-
Behindertensport	155	68	46,5%	26.588,-	12.369,-
Fußball	5965	309	3,3%	827.691,-	26.969,-
Gesundheitssport	951	579	63,1%	114.443,-	72.160,-
Gymnastik	2333	1799	80%	279.750,-	



Handball	1398	657	51,5%	212.703,-	109.643,-
Judo	960	338	34,2%	134.095,-	45.847,-
Karate	1808	664	37,1%	257.786,-	95.586,-
Kraftsport	265	30	13,4%	100.571,-	13.454,-
Leichtathletik	1067	461	44%	115.599,-	50.852,-
Senioren-sport	22	22	100%	1.156,-	1.156,-
Tanz	751	469	65,2%	183.803,-	119.804,-
Tennis	1188	509	46,6%	523.665,-	243.872,-
Tischtennis	748	263	35,8%	173.399,-	62.097,-
Turnen	159	134	83,8%	19.652,-	16.466,-
Volleyball	3386	1408	38,5%	542.160,-	208.604,-
Asiatischer Kampfsport	397	136	41,3%	72.828,-	30.111,-
Gesamt	24.735	9.402	38,3%	4.131.517,-	1.582.770,-

Quelle: Bezirksamt Lichtenberg (2004).

#### **Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen und Veränderungen**

Die Ergebnisse wurden laut Bericht der Verwaltung bereits unmittelbar für „Zwecke der geschlechterdifferenzierten Sportförderung genutzt“. So wurde bereits eine Umschichtung der Mittel von ungedeckten Sportanlagen (Sportplätzen) zu gedeckten (Sporthallen) angedacht. Allerdings fehlt in den offiziellen Berichten eine weitergehende Interpretation der Daten ebenso wie eine Kombination der quantitativen Analyse mit qualitativen Überlegungen.

#### **Kritik und eigene weiterführende Interpretation**

Die Nutzenanalyse der Produkte stellt nur einen ersten Schritt dar. Es fällt auf, dass die vorhandenen Daten nur unzureichend ausgewertet wurden. So wäre beispielsweise eine Analyse der Ausgaben einzelner Sportarten pro NutzerIn leicht kalkulierbar und könnte die Frage beantworten, ob die Ausgaben pro NutzerIn für einzelne Sportarten variieren und ob ein Zusammenhang mit dem Frauenanteil gegeben ist. Sind „Frauensportarten“ tendenziell teurer oder billiger als „Männersportarten“? Weiters sind Daten über die Zahl der bereitgestellten Stunden pro Woche vorhanden. Mit diesen Informationen könnte analysiert werden, ob die Öffnungszeiten im Verhältnis zur NutzerInnenzahl für „Frauen-“ bzw. „Männersportarten“ voneinander abweichen. In der Arbeit auf Verwaltungsebene fehlen im Wesentlichen konkrete politische Zielsetzungen und qualitative Standards. Die vorliegende Datenanalyse müsste in weiterer Folge um die Frage erweitert werden, welche Implikationen sich daraus für die Geschlechterverhältnisse ergeben.

#### **Kontakte zur GB-Initiative**

Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin;  
E-mail: [info@gender-budgets.de](mailto:info@gender-budgets.de); Web: [www.gender-budgets.de](http://www.gender-budgets.de)

#### **Verwendete und Weiterführende Literatur**

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (2004), Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Stand 30. April 2004.

Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung (Pilotphase April 2003 bis März 2004), Download von der Homepage der Berliner Geschäftsstelle Gender Mainstreaming:  
[http://www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender\\_gs/index.html](http://www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender_gs/index.html)

Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin (2005): Kommentierung des Zweiten Berichts der Berliner Senatsverwaltung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, Berlin Juni 2005. Download unter:  
[www.gender-budgets.de](http://www.gender-budgets.de)

## Beispiel Münster: Analyse der Förderung von frauenpolitischen Aktivitäten

**Fragestellung: Verteilung von Subventionen – Zeigen wie wenig Frauenorganisationen bekommen/ Stellenwert von Frauenorganisationen und Frauen im Budget sichtbar machen.**

<b>Hintergrund der Gender Budget Initiative</b>	Die Initiative in Münster, Deutschland, entstand aus dem Netzwerk des Autonomen Frauen-/Lesbenplenums Münster. Anlass gaben die Schwierigkeiten, für Projekte wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notruf, Frauenselbstverteidigung und –sport, Frauenbeschäftigungsstellen oder auch Frauen- und Familienberatungsstellen finanzielle Förderungen zu bekommen. Im Jahr 1993/94 gab es in Münster spezielle Finanzierungstöpfе für das Stadtjubiläum. Diese Gelegenheit wurde ergriffen und es wurde um Finanzierung von feministischen Arbeiten zum Haushalt und einer begleitenden Tagung angesucht. Die Initiative wurde in ihren Arbeiten anlassbezogen bei aufkommenden Fragen von ExpertInnen unterstützt.
<b>Was wurde gemacht</b>	In einer Situation der Finanzknappheit für Frauenprojekte und –initiativen war es vorrangiges Ziel, frauenspezifische Bedürfnisse in der Finanzpolitik zu thematisieren. Es sollte sichtbar gemacht werden, wie wenig für Frauenprojekte budgetiert wird. Begleitend dazu wurde eine Kampagne für mehr Transparenz im öffentlichen Haushalt und für eine Erhöhung des Anteils der Frauenfördermittel geplant.
<b>Welche Daten standen zur Verfügung</b>	Ausgangspunkt waren die öffentlich zugänglichen Unterlagen zum Stadtbudget sowie Informationen über die Subventionsvergabe. Durch eine Befragung von Frauenprojekten und gemischten Einrichtungen wurde versucht, den Bedarf an Förderungen für geschlechtergerechte Arbeit zu ermitteln. Dabei wurde sichtbar, dass es auch auf Seite der Frauenprojekte Barrieren gibt: oft werden sehr bescheidene Forderungen gestellt bzw. es fehlen das Wissen über bzw. die personellen Kapazitäten zur Antragstellung für öffentliche Förderungen. Auch entmutigen vergangene Erfahrungen im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung und die wiederholte Ablehnung von Subventionsanträgen.
<b>Vorgangsweise</b>	Kern der Arbeiten war eine Darstellung der Größenordnungen der öffentlichen Mittel für Frauenprojekte im Vergleich mit anderen Budgetposten.
<b>Ergebnisse und deren Darstellung</b>	Der Anteil des Budgettitels „Frauenprojekte“ am Gesamtbudget betrug 1994 nur 0,0138% (182.520,- DM). Eine genaue Analyse dieses Postens zeigt, dass davon 132.520,- DM der Familienberatungsstelle „Pro Familia“ zuflossen. Das heißt, de facto blieben für Frauenprojekte nur 50.000,- DM übrig, das sind 0,005% des Haushaltes 1994. Ein Vergleich über mehrere Jahre hinweg zeigte, dass während der Gesamthaushalt stieg, die Mittel für Frauenprojekte gleich blieben, d.h. ihr Anteil am Gesamthaushalt sank kontinuierlich. Es zeigt sich hier deutlich, dass sowohl die Darstellung der Absolutzahlen als auch der Prozente sowie die Einbeziehung mehrerer Jahre aufschlussreiche Informationen liefern kann.  Um die Größenordnung der Frauenprojektförderung noch deutlicher zu machen, wurden andere Budgetposten und Ausgaben als Vergleich herangezogen. Die Auswahl fiel dabei auf Bereiche, die besonders drastisch die geringe Fördersumme verdeutlichen oder die provokante, öffentlichkeitswirksame Vergleiche nahe legten. So wurde beispielsweise die

gesamte Fördersumme mit dem Gehalt eines hohen Beamten in der städtischen Verwaltung verglichen, wobei deutlich wurde, dass das jährliche Beamtengehalt sechs mal so hoch war, wie die jährlichen Subvention an alle Frauenprojekte zusammen. Der Rosenmontagsumzug wurde für einen Tag mit nahezu gleichviel Subventionen gefördert wie alle Frauenprojekte zusammen in einem Jahr. Davon ausgehend wurde ausgerechnet, wie viel Frauenprojekte gemessen an diesem „Tagsatz“ für das ganze Jahr erhalten müssten. Darüber hinaus wurden provokative Forderungen aufgestellt, wie die Privatisierung des Karnevals und die Bereitstellung der Mittel für Frauenprojekte. Dies war eine ausreichende „Skandalisierung“, um die Presse für das Projekt zu interessieren.

#### **Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen**

Aus diesen Arbeiten wurde ein Forderungskatalog entwickelt, der der Stadtregierung übergeben wurde. Bei den Wahlen Mitte der 90er Jahre gab es einen Regierungswechsel von CDU hin zu einer Mehrheit von SPD und Grünen, was auch mehr Offenheit der Stadt gegenüber den Frauenprojekten bedeutete. Die Forderungen aus den Budgetarbeiten umfassten neben frauen- und migrationspolitischen Aspekten folgende spezifische Punkte:

- Einstiegsfinanzierung für alle Frauenprojekte in der Höhe des ermittelten Bedarfes;
- Runder Tisch über Geldvergabe und Bewilligung;
- Einrichtung eines Frauenausschusses mit Querschnittskompetenz;
- Bindung des Investitionshaushaltes an Ausgaben und Raumschaffung für frauenspezifische Maßnahmen und dasselbe im Dienstleistungs-, Unternehmens- und Wohnraumplanungsbereich.

Es gelang in Münster eine bessere Verankerung von frauenpolitischen Aktivitäten zu erlangen, nicht zuletzt durch den Regierungswechsel. Das Projekt trug sicherlich auch zur geschlechterspezifischen Sensibilisierung bei und erleichterte die Thematisierung budgetpolitischer Forderungen.

Wichtig war auch die Erkenntnis, dass die Verknüpfung der außerparlamentarischen feministischen Arbeit und der Aktivitäten im Stadt- bzw. Gemeinderat dazu beiträgt, dass Forderungen auch tatsächlich realisiert werden.

Es gelang in Münster, den Anteil der Frauenfördermittel von 0,014% auf 1% des Budgets zu erhöhen.

#### **Kritik und eigene weiterführende Interpretation**

Das hier vorgestellte Beispiel zeigt einen Ansatz, der geeignet ist, bestimmte Themen in Diskussion zu bringen, eignet sich aber weniger als kontinuierliche Methode und zur Überwachung von Budgetaktivitäten.

Durch die gewählte Vorgangsweise provokanter Vergleiche konnte die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf die Anliegen gelenkt werden. Es muss allerdings bei der Wahl der Vergleiche mit Bedacht vorgegangen werden, da damit vielfältige politische Botschaften transportiert werden können.

Schwachpunkte sind das Fehlen einer detaillierten Analyse und einer institutionellen Verankerung. Das Beispiel baut ausschließlich auf Engagement von außen auf. Gerade in diesem Punkt könnten jedoch durch gezieltes Ansprechen von Personen im politischen Prozess Allianzen gebildet werden, die u.U. den Erfolg derartiger Projekte steigern.

#### **Kontakte zur GB-Initiative**

Eine der treibenden Kräfte der Initiative in Münster, Marion Böker, ist derzeit im Rahmen der „Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“ maßgeblich beteiligt. e-mail: [info@gender-budgets.de](mailto:info@gender-budgets.de)

#### **Verwendete und weiterführende Literatur**

Petra Kelly Stiftung (2002) (Hg): Gender Budget. Grundlagen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten, Petra-Kelly-Stiftung, München.

## Beispiel Tulln II: Verkehr, Sport und Subventionen

### Fragestellung: Sind im Budget Benachteiligungen von Frauen und Mädchen erkennbar?

<b>Hintergrund der Gender Budget Initiative</b>	Die Initiative wurde bereits in Beispiel Tulln I dargestellt.
<b>Was wurde gemacht</b>	Liane Marecsek hat ausgewählte Kapitel des Tullner Budgets angeschaut und mit Informationen über die Situation von Frauen und Männern verbunden. Dabei ging es ihr darum, zu zeigen, dass das Gemeindebudget aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage, Interessen und Bedürfnisse von Männern und Frauen diesen unterschiedlich zugute kommt. Hier dargestellt wird die Untersuchung der Kapitel Verkehr (1) und Sport (2).
<b>Welche Daten standen zur Verfügung</b>	Unterlagen für diese Arbeit waren der Tullner Budgetvoranschlag 2003, Informationen über die Subventionsvergabe an Vereine, allgemeine Statistiken über die Bevölkerung in Tulln (nach Männern und Frauen aufgeschlüsselt) sowie ausgewählte Studien zur Verkehrsnutzung von Männern und Frauen. Neben dem Budget <b>voranschlag</b> ist es immer wieder ganz wichtig, auch den Rechnungs <b>abschluss</b> heranzuziehen, denn daraus wird ersichtlich, was tatsächlich ausgegeben wurde.
<b>Vorgangsweise sowie Ergebnisse und deren Darstellung</b>	Ausgangspunkt waren die Daten des Budgetvoranschlages. Dabei wurden veranschlagte Ausgaben des ordentlichen (o.H.) als auch des außerordentlichen Haushalts (a.H.) berücksichtigt.

#### (1) Analyse der Verkehrsausgaben

Die Ausgaben für Verkehr und Straßenbau im Jahr 2003 stellten sich folgendermaßen dar:

<b>Straßenbau:</b>	Euro 1,104.807 o.H.
	Euro 1,320.559 a.H.
<b>Parkgaragen:</b>	Euro 348.860 o.H.
<b>Schaffung Parkraum:</b>	Euro 46.783 o.H.
	Euro 35.872 a.H.
<b>Südfumfahung:</b>	Euro 207.156 a.H.
<b>Einrichtg. N. StVO:</b>	Euro 354.025 o.H.
<b>Bushaltestellen/Wartehäuschen:</b>	Euro 112.058 o.H.
	Euro 15.586 a.H.
<b>Rad- und Wanderwege</b>	Euro 208.166 a.H.

Demgegenüber gab es nur eine sehr geringe Förderung der innerstädtischen öffentlichen Verkehrslinien:

<b>Ausgaben für öffentlichen Verkehr (inkl. Sammeltaxi):</b>	Euro 79.954,-
<b>Ausgaben für Autoverkehr:</b>	Euro 3,418.062,-

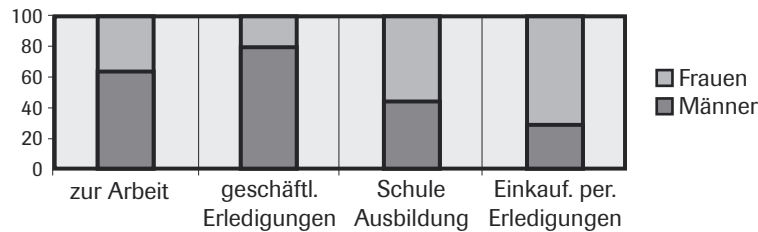
Diesen Zusammenstellungen über die grobe Strukturierung der Ausgaben werden Informationen über den Zugang zu Verkehrsmitteln und das Mobilitätsverhalten von Männern und Frauen gegenübergestellt.

#### Mobilität von Männern und Frauen:

- Der Mobilitätsbedarf von Frauen kann doppelt so hoch sein wie der von Männern.
- Legen Männer im Durchschnitt 3,5 Wege pro Tag zurück, so legt eine erwerbstätige Frau mit Kindern bis zu 7 Wege pro Tag zurück.

- Frauen verknüpfen Kinderbring- und Abholdienste mit Einkäufen und persönlichen Erledigungen und teilweise auch mit Wegen von und zur Arbeit.
- Frauen bewältigen meist längere und kompliziertere Wegeketten. Für die reibungslose Alltagsbewältigung ist es für Frauen deshalb entscheidend, wie leicht oder wie mühsam ihnen ihre Wege gemacht werden.
- Männer fahren hingegen häufig nur morgens zur Arbeit und abends wieder heim.
- Bei Frauen führt nur ¼ der Wege nach Hause.

Übersicht 8: Vergleich der täglichen Wege von Männern und Frauen



Quelle: Marecsek 2005.

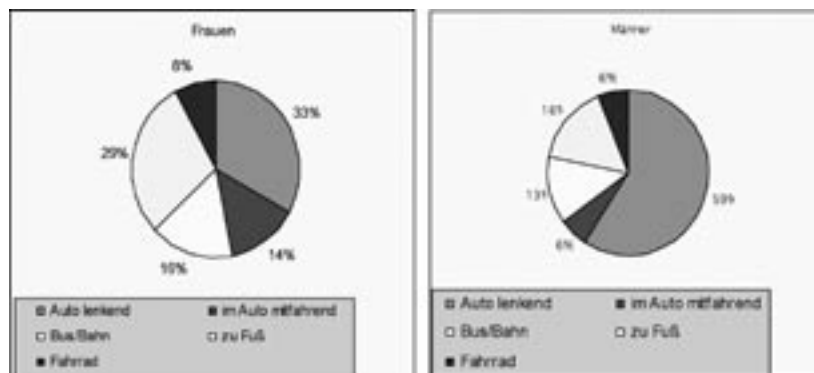
Die Mobilitätschancen hängen davon ab, welche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Wesentliche Kriterien dabei sind Führerscheinbesitz sowie Zugang zu einem Auto und die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Hinsichtlich der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind folgende Aspekte wesentlich:

- Die räumliche Erreichbarkeit einer Haltestelle
- Die Intervalle der öffentlichen Verkehrsmittel
- Der Verfügbarkeit an unterschiedlichen Wochentagen

Hinsichtlich der Verkehrsmittelwahl zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, wie aus folgender Grafik ersichtlich wird:

Übersicht 9: Vergleich der Verkehrsmittelwahl (Österreich ohne Wien) <sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> Daten aus 1996. Siehe auch Verkehrsclub Österreich in Kapitel 8.

Quelle: Marecsek 2005.

Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Muster bei der Wahl von Verkehrsmitteln hängen auch von den Möglichkeiten ab. Während 88% der Männer einen Führerschein besitzen, sind es nur 63% der Frauen. Insbesondere bei älteren Frauen ist der Anteil an Führerscheinbesitzerinnen gering: er beträgt 20% bei den Frauen über 64 Jahre. Auch der Autobesitz ist ungleich verteilt. 72% der Autos sind im Besitz von Männern, 28%

gehören Frauen. Obwohl dies nicht mit der Verfügbarkeit eines Autos zu verwechseln ist, die höher sein dürfte, kann vermutet werden, dass Frauen dennoch in geringerem Ausmaß als Männer tatsächlich ein Auto zur Verfügung steht.

### **Geschlechtsspezifische Muster der Verkehrsmittelwahl:**

- Männer zwischen 20 und 60 Jahren legen einen Großteil der Wege im Auto zurück.
- Bei Frauen überwiegt das Gehen, Radfahren und das Benützen öffentlicher Verkehrsmittel.

### **Die Situation in Tulln fasst Marecsek wie folgt zusammen:**

- In Tulln wird viel Geld vorwiegend für die Benützung von Autos ausgegeben.
- Es gibt in Tulln unzureichende innerstädtische öffentliche Verkehrsmittel.
- Die Bushaltestellen zu anderen Orten sind für Viele nicht leicht erreichbar.
- Stufen, Stiegen, Treppen, Hindernisse auf dem Gehsteig – die Straßen und Wohnbauten sind nicht für Fuß-, Rad-, RollstuhlfahrerInnen oder Eltern mit Kleinkindern ausgerichtet.
- Die schlechte Versorgung schränkt die Mobilitätschancen von Frauen ein.

### **(2) Subventionen der Sportvereine**

Die Subventionen an Sportvereine wurden aufgeschlüsselt danach, ob in den Vereinen (nahezu) ausschließlich Männer aktiv sind oder es sich um gemischte Vereine handelt. Daraus ergeben sich folgende Informationen:

#### *Übersicht 10: Subventionen an Sportvereine, in denen nur Männer aktiv sind*

FC Blau-Weiß	370,-
FC Tulln	9.500,-
SV Neuaigen	730,-
zuzügl. einmalig	2.000,-
SV Donau Langenlebarn	3.600,-
Heeresfluggruppe Habicht	370,-
Heeressportverein	370,-
Heeressportverein Kraftsport	1.450,-
Heeressportverein Orientierungslauf	80,-
Eisenbahnersportverein Tulln	80,-
Eisschützenklub Langenlebarn	150,-
Modellsportklub Albatros	220,-
Segelfliegerclub Tulln	370,-
EHC Tulln	720,-

<b>Summe:</b>	<b>20.010,-</b>
Sportplatz FC Tulln (zusätzl.)	<b>134.101,-</b>

*Quelle: Marecsek 2005*

#### *Übersicht 11: Subventionen an gemischte Sportvereine*

ATSV Tulln	500,-
BBC Tulln	720,-
Kneipp-Verein	80,-
Freizeit Tennis Club Tulln	370,-
Tennisclub Tulln	80,-
Tischtennisverein Tulln	290,-
Triathlon Tulln	200,-



Naturfreunde, Ortsgruppe Tulln	80,-
NÖ Berg- u. Sportunion Tulln-Turner	370,-
SV Neuaigen Tennis	220,-
Tangun Taekwondo Club Tulln	290,-
Alpenverein (mit Paddelsportclub)	720,-
zuzüglich einmalig	1.300,-
Asahi Union Budokan Austria	80,-
<b>Summe:</b>	<b>20.810,-</b>

Quelle: Marecsek 2005.

Diese Auflistung und Kategorisierung der Subventionen zeigt, dass für reine Männervereine allein an laufenden Subventionen gleich viel ausgegeben wird, wie für gemischte Vereine (wo anzunehmen ist, dass der Männeranteil zum Teil weit über 50% liegt). Werden die öffentlichen Ausgaben für den Sportplatz hinzugerechnet, sind die **Ausgaben für Mönnersportvereine mehr als sieben mal höher** als für gemischte Vereine. Ein Vergleich der Subventionen für Sportvereine mit jenen für andere Vereine zeigt, dass die Gelder sehr ungleich verteilt werden. Während Sportvereine insgesamt mehr als 175.000,- Euro erhalten werden Jugend- und Kulturvereine mit 19.800,- Euro und Soziale und sonstige Vereine mit 24.120,- Euro subventioniert.

#### **Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen und Veränderungen**

Aus den Ergebnissen über die Subventionsvergabe folgert Marecsek, dass bei der Vergabe von Subventionen nachvollziehbare Kriterien in Form eines Punktesystems angewandt werden sollten. Ein Kriterium davon sollte der Frauenanteil an den Mitgliedern in den Vereinen sein.

Im Verkehrsbereich fordert Marecsek eine Beteiligung von Frauen an der Verkehrsplanung. Frauengerechte Verkehrsorganisation heißt:

- Hindernisse abbauen und den Straßenraum barrierefrei gestalten.
- Die von der Straßenraumgestaltung ausgehende strukturelle Gewalt abbauen; der öffentliche Raum muss eine angstfreie und damit komfortable und sichere Benutzbarkeit bieten.
- FußgängerInnen, Rad- und öffentlicher Verkehr müssen stärker gefördert werden um den geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bedarf und Bedürfnissen gerecht zu werden.

In Tulln hatten die Analysen zunächst keine Auswirkungen auf politische Entscheidungen, was die Initiatorin darauf zurückführt, dass keine Öffentlichkeitsarbeit zu den Ergebnissen gemacht wurde.

#### **Kritik und eigene weiterführende Interpretation**

Diese Initiative ist ein Beitrag zur Sensibilisierung der GemeindepölitikerInnen und der Bevölkerung über geschlechtsspezifische Aspekte des Budgets. Die aufgezeigte Situation kann ein erster Hinweis dafür sein, wo Handlungsbedarf besteht. Mit der Präsentation der Ergebnisse könnte eine öffentliche Diskussion über die Berücksichtigung von Frauen- und Männerinteressen in der Gemeindepölitik angeregt werden. Es ist dies ein Beispiel, wie ohne allzu viel Aufwand und Detailwissen, aufschlussreiche Zusammenhänge aufgezeigt werden können.

Allerdings wäre in weiterer Folge eine vertiefende Analyse notwendig. Im Sportbereich wäre beispielsweise zu erheben, wie viele aktive Mitglieder (nach Mädchen/Frauen bzw. Buben/Männer) die einzelnen Vereine tatsächlich haben. Ebenso ist von Relevanz, welche Sportarten in öffentlich bereitgestellten Anlagen ausgeübt werden und welche in

privaten. Auch wäre zu erheben, wie kostenintensiv unterschiedliche Sportarten sind. Dies könnte evt. bei der Höhe der Subventionen berücksichtigt werden. Eine Analyse dahingehend, welche Anträge angenommen, welche abgelehnt und bei welchen wie viel gekürzt wurde könnte zusätzliche Informationen über das Entscheidungsverhalten des Gemeinderates liefern.

Die politischen Schlussfolgerungen können verschieden sein. Die gleichmäßigere Aufteilung der Mittel auf Männer und Frauen ist ein Aspekt. Gleichzeitig wäre aber zu diskutieren, wie die Gemeinde die gesellschaftlich geprägten Muster der Sportwahl verändern kann. Beispielsweise wäre die Förderung von Mädchen- und Frauenfußball eine Möglichkeit, traditionelle Muster des Freizeitverhaltens aufzubrechen<sup>15</sup>. Auch die Aufwertung von Sportarten, die vorwiegend von Mädchen bzw. Frauen ausgeübt werden, beispielsweise durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, wäre ein Weg.

#### Kontakte zur GB-Initiative

Kontaktadresse von Liane Marecsek: [liane.marecsek@gruene.at](mailto:liane.marecsek@gruene.at)

#### Verwendete Literatur

Liane Marecsek (2005), Gender Budgeting, Foliensatz zur Präsentation der Ergebnisse der Analyse des Tullner Gemeindebudgets.

#### Fachbegriffe:

Ordentlicher Haushalt (o.H.): Im ordentlichen Haushalt sind die aus den ordentlichen Einnahmen zu bestreitenden Ausgaben angeführt.

Außerordentlicher Haushalt (a. H.): Im außerordentlichen Haushalt sind jene Ausgaben angeführt, die der Art nach nur vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich überschreiten und ganz oder teilweise durch außerordentliche Einnahmen bedeckt werden müssen.

## **D4 Erfassung von Beschäftigungswirkungen**

### Beispiel Biel I: Beschäftigungswirkungen im öffentlichen Dienst

**Kernfrage: Werden durch die Personalausgaben der Gemeinde Biel eher Arbeitsplätze für Frauen oder für Männer geschaffen? – Wie wirken sich die Einsparungen auf die im Gemeindedienst beschäftigten Frauen und Männer aus?**

#### Hintergrund der Gender Budget-Initiative

Die restriktive Budgetpolitik der Schweiz in den 90er-Jahren veranlasste die **Frauen des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste** (VPOD) im März 1994, eine Studie zu den Wirkungen der Budgetkürzungen auf Frauen und Männer in Auftrag zu geben. Nachdem das unabhängige Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) eine Vorstudie unternommen hatte, kam die **Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten** als weitere Auftraggeberin für eine umfassendere Studie hinzu. Diese Untersuchung mit dem Titel „**An den Frauen sparen?**“ wurde 1996 publiziert.

#### Was wurde gemacht

Untersucht wurden die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Sparpolitik der Jahre 1985 bis 1994 auf die durch öffentliche Ausgaben hervorgerufene Beschäftigung<sup>16</sup>. Dazu wurde der Frage nachgegangen, **ob eine bestimmte Ausgabe eher Arbeitsplätze für Frauen oder eher für Männer schafft** und durch die Einsparungen eher Frauen- oder Männerarbeitsplätze reduziert wurden. Die Untersuchung bezog sich auf das Budget des Bundes sowie auf die Budgets des Kantons Bern und der Gemeinde Biel. Hier dargestellt wird vor allem die Analyse für die Gemeinde Biel.



**Welche Daten standen zur Verfügung** Die Untersuchung beruhte auf den öffentlich zugänglichen Budgets der Gemeinde, die nach Aufgabengruppen gegliedert sind, und auf den Personalstatistiken des Personalamtes von Biel.

**Vorgangsweise** In einem ersten Teil der Studie wurde ermittelt, wie sich die Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Gemeinde von 1984 bis 1994 insgesamt entwickelt hat<sup>17</sup> – wobei vor allem die Entwicklung der absoluten Anzahl sowie der Anteile der Frauen und Männer betrachtet wurde. Zur „Messung“ der Beschäftigung wurden drei unterschiedliche Kriterien herangezogen:

- Beschäftigte: Anzahl der beschäftigten Personen nach Geschlecht
- Erwerbsvolumen: Anzahl der in Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse nach Geschlecht
- Erwerbseinkommen: monatliche Durchschnittslöhne für Vollzeitstellen nach Geschlecht (bzw. sofern nicht vorhanden die Einkommenseinstufungen)

Die Erfassung der Beschäftigung in Vollzeitstellen ist deshalb von Bedeutung, da aus der Anzahl der Beschäftigten nicht hervorgeht, wie viele der Frauen und Männer in Teilzeit tätig sind, meist aber große Unterschiede zwischen den Teilzeitquoten der Frauen und der Männer bestehen.

Betrachtet wurden die Veränderungsraten dieser drei Maßzahlen für die Gemeinde Biel über den Zeitraum 1985 bis 1994, die mit den entsprechenden Veränderungsraten des Kantons, des Bundes sowie mit jenen der Gesamtwirtschaft verglichen wurden.

**Ergebnisse und deren Darstellung** Die Budgetkürzungen in der Gemeinde Biel in den Jahren 1991 bis 1994 schlugen sich deutlich in der Beschäftigungsentwicklung innerhalb der Verwaltung der Gemeinde nieder, wie Übersicht 12 zeigt.

*Übersicht 12: Beschäftigte in der Verwaltung der Gemeinde Biel nach Geschlecht, 1991- 1994*

Jahr	Erwerbsstellen				Erwerbsvolumen			
	Frauen absolut	Veränd. in % zum Vorjahr	Männer absolut	Veränd. in % zum Vorjahr	Frauen absolut	Veränd. in % zum Vorjahr	Männer absolut	Veränd. in % zum Vorjahr
<b>1991</b>	611	-	1.024	-	442	-	975	-
<b>1992</b>	587	-3,9	996	-2,7	426	-3,6	934	-4,2
<b>1993</b>	594	1,2	948	-4,8	425	-0,2	894	-4,3
<b>1994</b>	597	0,5	939	-0,9	423	-0,5	890	-0,4

Quelle: Bauer, Baumann 1996: 61ff, eigene Darstellung.

Von 1991 auf 1992 ging die Zahl der beschäftigten Frauen um 3,9%, jene der Männer um 2,7% zurück. Im darauf folgenden Jahr setzte sich der Stellenabbau bei den Männern weiter fort (-4,8%), die Zahl der beschäftigten Frauen nahm aber wieder zu (+1,2%). Betrachtet man allerdings das Erwerbsvolumen, zeigt sich, dass nach 1992 auch das Beschäftigungsausmaß von Frauen zurückging, obwohl die Anzahl der Stellen wieder zunahm. Das bedeutet, dass Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse von Frauen vielfach in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden. Es reduzierte sich die Anzahl der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse von Frauen von 1991 bis 1994 um 17,1%, jene der Männer um 9,8%.

	<p>Das Erwerbsvolumen von Frauen ging im selben Zeitraum um rund 4%, das der Männer um rund 9% zurück. Es zeigt sich also, dass die Sparmaßnahmen einen Rückgang der Beschäftigten verursachten, der Männer stärker traf als Frauen.</p> <p>Insgesamt veränderte sich dadurch die Zusammensetzung der MitarbeiterInnen in der Verwaltung der Gemeinde Biel leicht zugunsten der Frauen. Der Frauenanteil an den Erwerbsstellen erhöhte sich zwischen 1991 und 1994 um 1,5%, ihr Anteil am Erwerbsvolumen stieg um einen Prozentpunkt. Bezüglich des Erwerbseinkommen waren für Biel keine Daten vorhanden. Veränderungen des Frauenanteils an den Beschäftigten nach Besoldungsklassen zeigen aber, dass der Frauenanteil in der untersten Besoldungsklasse mit 6,8 Prozentpunkten wesentlich stärker gestiegen ist als in den höheren Besoldungsklassen mit nur 2,8 Prozentpunkten.</p>
<b>Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen und Veränderungen</b>	<p>Die Studie „An den Frauen sparen?“ löste eine Reihe von öffentlichen Aktivitäten auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene in der Schweiz aus. Da die Studie methodische Grundlagen für Gender Budgeting lieferte und die Machbarkeit geschlechtsspezifischer Budgetanalysen belegte, forderten ParlamentarierInnen und Gleichstellungsbeauftragte mit Nachdruck weitere Gender Budget Arbeiten. In zahlreichen Kantonen und Gemeinden kam es auch zu Nachfolgeinitiativen – wobei darauf Wert gelegt wurde, dass diese von der öffentlichen Hand finanziert wurden.</p>
<b>Kritik und eigene weiterführende Interpretation</b>	<p>Eine qualitative Erweiterung der Analyse der Beschäftigungswirkungen könnte gemacht werden, indem auch die hierarchischen Positionen (z.B. Abteilungsleitung) sowie der Tätigkeitsbereich (z.B. Sekretariat) der beschäftigten Frauen und Männer dargestellt wird. Ebenso zu analysieren wäre, ob für Frauen und Männer Unterschiede in den Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, in deren sozialrechtlicher Stellung sowie in der Stabilität ihrer Beschäftigungsverhältnisse bestehen.</p>
<b>Kontakte zur GB-Initiative</b>	<p>Schweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten: E-mail: <a href="mailto:info@equality.ch">info@equality.ch</a>; Web: <a href="http://www.equality.ch">http://www.equality.ch</a></p>
<b>Verwendete und weiterführende Literatur</b>	<p>Bauer, Tobias; Baumann, Beat (1996): An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen. Studie des BASS im Auftrag des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste und der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Bestellmöglichkeit: <a href="http://www.buerobass.ch">http://www.buerobass.ch</a></p>

## Beispiel Biel II: Indirekte Beschäftigungswirkungen der öffentlichen Hand

**Kernfrage: In welchem Ausmaß profitieren Frauen und Männer von Sachausgaben der öffentlichen Hand für Materialeinkäufe und zugekaufte Dienstleistungen?**

<b>Hintergrund der Gender Budget Initiative</b>	<p>In der im vorangehenden Beispiel Biel I vorgestellten Studie „An den Frauen sparen“ wurden neben den Beschäftigungswirkungen der Personalausgaben auch jene Beschäftigungswirkungen ermittelt, die von den Sachausgaben des Bundes, der Kantone sowie der Gemeinden ausgehen.</p>
<b>Was wurde gemacht</b>	<p>Konkret wurde untersucht, welche geschlechtsspezifischen Beschäftigungsimpulse die Sachausgaben der öffentlichen Hand auslösen. Dazu wurde <b>die Anzahl der durch die Ausgaben des Bundes im Jahr 1994 hervorgerufenen Frauen – und Männerarbeitsplätze geschätzt.</b></p>

**Welche Daten standen zur Verfügung** Die Grundlage für die Ermittlung der Beschäftigungswirkungen bildeten die Beschäftigungsstatistiken des Bundes. Diese Statistiken geben das Volumen der Materialeinkäufe des Bundes nach Branchen an. Sie unterscheiden im Übrigen auch, zu welchen Anteilen die Materialien im Inland und im Ausland gekauft werden.

**Vorgehensweise** Über das Volumen der Ausgaben des Bundes für Materialeinkäufe nach Branchen kann – mit Hilfe von branchenspezifischen Wertschöpfungsdaten – die Anzahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze je Branche ziemlich genau errechnet werden. Aus Angaben über die Verhältnisse der Frauen und Männer unter den Beschäftigten je Branche lässt sich die Anzahl der tatsächlich ausgelösten Stellen nach Geschlecht errechnen. Die Abschätzung der Beschäftigungsimpulse der übrigen Sachausgaben des Bundes (Dienstleistungen, davon ein großer Teil Bauleistungen) konnte nur näherungsweise durchgeführt werden, da zu diesen Ausgaben keine genauen Aufzeichnungen vorlagen. Es wurde dafür aber nach der gleichen Methode wie für die Ermittlung der Beschäftigungswirkungen der Materialeinkäufe vorgegangen.

**Ergebnisse und deren Darstellung** Insgesamt beschaffte der Bund 1994 Güter im Wert von 7,6 Mrd. Franken, die sich nach den wichtigsten Branchen wie folgt aufteilten: 35% auf Elektronik und Elektrotechnik, 17% auf Fahrzeuge, 15% auf Maschinen, 6% auf Metalle, 5% auf Software für EDV, 3% auf Chemie, 2% auf Textilien und 17% auf alle übrigen Branchen.

Von den 7,6 Mrd. Franken wurden 6,4 Mrd. im Inland beschäftigungswirksam, was bedeutet, dass durch die Materialeinkäufe des Bundes rund 60.000 Vollzeitstellen ausgelöst wurden (siehe Übersicht 13). Insgesamt entfielen aber nur etwa 14.000 dieser Stellen (24%) auf Frauenarbeitsplätze, da deren Beschäftigungsanteil in den quantitativ bedeutenden Branchen sehr gering ist. Werden Teilzeitarbeitsplätze in die Betrachtung miteinbezogen, entfallen etwas mehr, nämlich rund 27% der Stellen auf Frauen.

*Übersicht 13: Beschäftigungswirkungen der Beschaffungen des Bundes in ausgewählten Branchen, 1994*

Branche	Ausgaben in Mio. Fr	Ausgelöste Beschäftigung			
		Stelleneinheiten		Beschäftigte	
		Total	Frauenanteil in %	Total	Frauenanteil in %
Nahrungsmittel	20	159	32	168	36
Textilien	173	2.502	40	2.638	43
Bekleidung	74	1.066	76	1.147	78
Holz und Kork	51	584	9	600	12
Wäscherei	16	135	63	169	74
Bergbau	6	48	9	49	10
Software/EDV	339	1.380	25	1.480	31
Elektronik	2.567	24.216	26	25.536	28
Summe	6.383	59.866	24	62.722	27

Quelle: Baumann, Bauer 1996, S. 68.

Werden diese Ergebnisse für den Bund auf die in den Budgets der Kantone und Gemeinden ausgewiesenen Sachausgaben umgelegt, zeigt sich, dass diese „indirekten“ Beschäftigungseffekte der staatlichen Sachausgaben beachtlich sind: Mit einem

Volumen von 33 Mrd. Franken wurden 1994 rund 350.000 Stellen ausgelöst, was etwa 10% der gesamten Beschäftigung in der Schweiz entspricht. Aber nur jede Fünfte der durch die öffentlichen Ausgaben hervorgerufenen Stellen ist durch Frauen besetzt, was daran liegt, dass die staatlichen Sachausgaben weitgehend in Branchen mit unterdurchschnittlich hohen Frauenanteilen fließen.

## Wie kann der Analysezugang zur Ermittlung der Beschäftigungswirkungen auf Gemeindeebene umgesetzt werden?

Dieser Analysezugang lässt sich in Gemeinden relativ leicht umsetzen – vorausgesetzt der Zugang zu den erforderlichen Personaldaten ist gegeben. Es geht hier darum, zu erfassen, wie viele Arbeitsplätze durch die Personalausgaben der Gemeinde für Frauen und für Männer geschaffen werden. Damit gemeint sind meist nicht nur die Beschäftigten im Gemeindeamt per se, sondern auch andere Gemeindebedienstete (Friedhof, Straßenreinigung usw.), sofern diese Leistungen nicht ausgelagert sind und zugekauft werden.

Es sind aber nicht nur die Köpfe zu zählen, sondern auch, zu welchen Anteilen Frauen und Männer teilzeitbeschäftigt sind, zu welchen Anteilen Frauen und Männer in Führungspositionen vertreten sind und wie es mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten (geringfügig Beschäftigte, freie DienstnehmerInnen) aussieht. Eine einfache Tabelle, wie in Übersicht 14 dargestellt, kann helfen, die Beschäftigungssituation systematisch zu erfassen.

Übersicht 14: Erfassung der Beschäftigungssituation im Gemeindedienst

Einstufung/ Abteilungen	Anzahl der Be- schäftigten	davon weiblich	davon Teilzeit- Beschäftigte	davon weibliche Teil- zeitbeschäftigte
Summe				

Quelle: eigene Darstellung.

Die Tabelle lässt sich einerseits nach (besoldungsrechtlichen) Einstufungen ausfüllen, wozu in die erste Spalte die verschiedenen Einstufungen eingetragen werden. Dabei wird sichtbar, inwiefern Frauen in den „oberen“ Gehaltsgruppen vertreten sind. Obige Tabelle könnte, soweit zugänglich, um Personalausgaben (Anteile Frauen/Männer) erweitert werden.

Zusätzlich kann die Tabelle so ausgefüllt werden, dass die beschäftigten Personen je Abteilung (oder Dienststelle) erfasst werden, was allerdings nur für größere Gemeinden und Stadtgemeinden relevant sein wird. Dazu werden in die erste Spalte die verschiedenen Abteilungen (Dienststellen) eingetragen. Daraus zeigt sich, in welchen Bereichen Frauen und Männer tätig sind und ob sich darin geschlechtsspezifische Muster zeigen. Je Abteilung wäre auch noch anzuführen, ob die Abteilungsleitung ein Mann oder eine Frau ausübt.

Die immer wieder zu stellende Frage bei der Auswertung lautet: Trägt die Beschäftigungsstruktur im Gemeindedienst zur Gleichstellung der Geschlechter bei und haben Frauen und Männer gleichwertige Positionen inne?

Indirekte Beschäftigungswirkungen, also die Anzahl der Arbeitsplätze, die durch Sachausgaben oder zugekaufte Dienstleistungen bzw. Subventionen hervorgerufen werden, können auf Gemeindeebene nur teilweise erfasst werden. Durchführbar ist zumindest die Ermittlung der Beschäftigungswirkung bei der Vergabe von Aufträgen, wenn also Dienstleistungen zugekauft werden. Dabei könnte die Gemeinde von den Unternehmen eine Darlegung ihrer Beschäftigungssituation (ähnlich dem obigen Raster) verlangen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Betrieben (Repräsentation der MitarbeiterInnen in Führungspositionen) könnte auch ein Kriterium für die Vergabe von Aufträgen werden – sofern mehrere Anbieter zur Auswahl stehen, was in kleineren Gemeinden ebenfalls

nicht immer gegeben ist. Dadurch könnte auf Gemeindeebene zumindest ein kleiner Schritt zur Förderung der Gleichstellung getan werden.

Schwieriger und etwas mühevoller ist es, wenn die Gender Budget-Initiative nicht innerhalb der Gemeindeverwaltung durchgeführt wird, da dann von den einzelnen Unternehmen Informationen über die Beschäftigungsstruktur eingeholt werden müssten. Hier muss überlegt werden ob sich der Aufwand lohnt – und ob die Ergebnisse für die Zielsetzung der Initiative relevant sind.

Ähnlich vorgegangen werden kann zur Erfassung der Arbeitsplätze in jenen Einrichtungen und Vereinen bzw. Betrieben, die von der Gemeinde Subventionen erhalten. Auch hier kann wieder obiges Raster verwendet werden. Besonders wenn Subventionen gestrichen werden, ist die Frage zu stellen, ob hier Frauen- oder Männerarbeitsplätze verloren gehen. Aber auch, ob dadurch möglicherweise ein Arbeitsplatz in eine ehrenamtliche Tätigkeit (besonders in Vereinen) umgewandelt wird. In diesem Zusammenhang wäre bei der Erfassung der Beschäftigten in subventionierten Einrichtungen auch mitzuerheben, in welchem Ausmaß Frauen und Männer ehrenamtlich tätig sind, da erfahrungsgemäß Frauen häufiger unentgeltlich Arbeiten (z.B. in Erwachsenenbildungseinrichtungen) als Männer, die eher bezahlt in den Einrichtungen tätig sind.

## **D5 Unbezahlte Arbeit ins Blickfeld rücken**

### **Beispiel Basel-Stadt I: Das Volumen der unbezahlten Arbeit sichtbar machen**

**Kernfrage: Welche Tätigkeiten werden in Basel Stadt bezahlt, welche unbezahlt geleistet – und wie verteilt sich das Volumen dieser Arbeiten auf Frauen und Männer?**

<b>Der Kanton Basel-Stadt als Beispiel</b>	Der Kanton Basel-Stadt ist der fast kleinste Kanton der Schweiz und besteht nur aus der Stadt Basel selbst und zwei weiteren Gemeinden. Insgesamt hat der Kanton etwa 164 000 EinwohnerInnen.
<b>Hintergrund der Gender Budget Initiative</b>	Die Untersuchung der Auswirkungen der staatlichen Ausgabenveränderungen auf die unbezahlte Arbeit ist ein Teilprojekt der groß angelegten Studie „Geschlechterdifferenzierte Ausgabeninzidenzanalyse für den Kanton Basel-Stadt“, die vom Gleichstellungsbüro Basel-Stadt in Auftrag gegeben wurde. Die Zustimmung zu diesem Projekt wurde im Jahr 2000 im Großen Rat (= Parlament) des Kantons Basel-Stadt ganz knapp erreicht, obwohl die Regierung eine Ablehnung des Projektes empfohlen hatte. Unterstützt wurde die Initiative vom Frauenrat, der bei den Mitgliedern des Großen Rates intensiv für das Projekt lobbyierte.
<b>Was wurde gemacht</b>	Hintergrund für diese Initiative war, dass die Sparmaßnahmen der 90er Jahre in der Schweiz mit einem Rückgang öffentlicher Leistungen verbunden waren. Die Untersuchung geht daher der Frage nach, ob und inwiefern die öffentlichen Leistungskürzungen im Kantonalen Bereich – und damit zu den Frauen – rückverlagert werden und dies eine Ausdehnung ihrer unbezahlt geleisteten Arbeit bedeutet. Dazu wurde  A) das Volumen der unbezahlt geleisteten Arbeit der Bevölkerung des Kantons für das Jahr 2000 aufgezeigt, um die enormen Größenordnungen überhaupt einmal sichtbar zu machen;  B) die Entwicklung jener Ausgaben des Kantons, für die angenommen wird, dass sie Auswirkungen auf unbezahlte Arbeit haben, für den Zeitraum 1990 bis 2000 unter

sucht. In den Bereichen „Spitäler“ und „Kindertagesbetreuung“ wurde den Auswirkungen der Budgetentscheidungen detailliert nachgegangen.

### Welche Daten standen zur Verfügung

Zur Verfügung standen Daten über die Zeitverwendung der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt aus 2000. Diese Daten wurden aus der so genannten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) entnommen, die jährlich über telefonische Befragungen zur bezahlten und alle drei Jahre auch zur unbezahlten Arbeit erhoben werden. Ebenso verwendet wurden die Wirtschaftsstatistiken sowie die Rechnungsabschlüsse des Kantons.

Folgend wird nur die Analyse zu Punkt A) dargestellt, die Vorgangsweise und die Ergebnisse zu Punkt B) finden sich im Beispiel Basel-Stadt II.

### Vorgangsweise

Um die Größenordnung und damit die Bedeutung der unbezahlten Arbeit für das Funktionieren des Lebens und Wirtschaftens des Kantons Basel-Stadt auf zu zeigen, wurde zunächst dargestellt, **welche Arten der unbezahlten Arbeit Frauen und Männer leisten und wie hoch der zeitliche Aufwand dafür jeweils ist**. Dazu wurde für die verschiedenen unbezahlten Tätigkeiten (z.B. Mahlzeiten zubereiten, Kinder begleiten) jeweils das von Frauen und Männern erbrachte Arbeitsvolumen (in Mio. Stunden) dargestellt.

In einem nächsten Schritt wurden die einzelnen **Tätigkeiten mit einem Stundensatz** (Schweizer Franken) **bewertet**. Dabei orientierte man sich daran, wie viel es kosten würde, wenn man diese Arbeit zukaufen müsste. Verwendet wurden Durchschnittslöhne (Bruttoeinkommen plus ArbeitgeberInnenbeiträge zur Sozialversicherung) der jeweiligen beruflichen Tätigkeiten (z.B. KöchIn, Reinigungsfrau/mann, Bügeldienst, ErzieherIn....)<sup>18</sup>

Die **unbezahlten Tätigkeiten wurden daraufhin in die vier Kategorien**

- Hausarbeit
- Betreuungsarbeit im Haushalt
- Hilfe in anderen Haushalten
- Ehrenamtliche und freiwillige Arbeit (z.B. in Vereinen)

**zusammengefasst**, um die Verteilung der sichtbaren und der weniger sichtbaren unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen deutlich zu machen.

In einem dritten Schritt wurde der Wert der unbezahlten Arbeit (für einzelne Tätigkeiten sowie in Summe) dem Wert der bezahlten Arbeit (in den verschiedenen Branchen sowie in Summe) gegenüber gestellt.

### Ergebnisse und deren Darstellung

Die Auswertung der Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit nach Geschlecht zeigt, dass **Frauen durchschnittlich fast doppelt so viele Stunden (133h) an unbezahlter Arbeiten verrichten als Männer** dies tun (74h), wie Übersicht 15 zeigt. Es zeigt sich bei fast allen unbezahlten Tätigkeiten, dass Frauen dafür mehr Zeit verwenden als Männer; die Zubereitung von Mahlzeiten oder das Putzen der Wohnung wird beispielsweise zu 2/3 von Frauen erledigt.

*Übersicht 15: Unbezahlte Arbeit der EinwohnerInnen (ab 15 J.) von Basel-Stadt im Jahr 2000 in Mio. Stunden und in Mio. Schweizer Franken (Fr)*

Art der unbezahlten Arbeit	Frauen		Männer		Frauen	Männer
	Mio. Std.	Wert in Mio. Fr	Mio. Std.	Wert in Mio. Fr		
Mahlzeiten bereiten	33	820	13	324	71,7	28,3
Wohnung putzen	20	516	8	194	71,4	28,6



Einkäufe, Post	13	329	9	219	59,1	40,9
Abwaschen, Tisch decken	13	329	6	150	68,4	31,6
Hilfe bei Hausaufgaben, Spazieren gehen	11	408	7	273	61,1	38,9
Wäsche bügeln	10	244	2	54	83,3	16,7
Administrative Arbeiten	4	149	5	182	44,4	55,6
Handwerkliches (Reparieren, Stricken)	5	144	4	122	55,6	44,4
Freiwillige, ehrenamtl. Arbeit	3	100	5	196	37,5	62,5
Nachbarschaftshilfe	5	145	3	79	62,5	37,5
Kinder füttern, waschen	4	138	1	32	80,0	20,0
<b>Summe unbezahlte Arbeit</b>	<b>133</b>	<b>3614</b>	<b>72</b>	<b>2066</b>	<b>64,9</b>	<b>35,1</b>

Quelle: *Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen 2003:119*

Die unbezahlte Arbeit von Frauen aus Basel-Stadt im Jahr 2000 entspricht einem Wert von 3,61 Mr. Franken, womit der Wert um knapp 4/5 höher als ist der Gesamtwert der von Männern geleisteten unbezahlten Arbeit.

Werden die unbezahlten Tätigkeiten in vier Kategorien zusammengefasst zeigt sich, dass nur rund 3,5% der unbezahlten Tätigkeiten als ehrenamtliche Arbeit in zivilgesellschaftlichen Organisationen anfällt. Die restlichen 96,5% entfallen auf die Haus- und Betreuungsarbeit im eigenen Haushalt oder bei Verwandten, Bekannten oder NachbarInnen. Diese Arbeit wird oft übersehen – und in diesen drei Bereichen überwiegt auch deutlich der Einsatz von Frauen, während für ehrenamtliche Arbeit (auch in Interessensverbänden, Sport, Politik) Männer mehr Zeit aufbringen.

Übersicht 16: *Unbezahlte Arbeit der EinwohnerInnen (ab 15 Jahre) von Basel-Stadt im Jahr 2000 nach Kategorien*

Art der unbezahlten Arbeit nach Kategorien	Frauen		Männer	
	Mio. Std.	in %	Mio. Std.	in %
<b>Hausarbeit</b>	109	82,0	56	77,8
<b>Betreuungsarbeit</b>	17	12,8	9	12,5
<b>Hilfe in anderen Haushalten<sup>1)</sup></b>	5	3,8	3	4,2
<b>Ehrenamtliche u. freiwillige Arbeit</b>	3	2,3	5	6,9
<b>Summe unbezahlte Arbeit</b>	<b>133</b>	<b>100,0</b>	<b>72</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Bezeichnet auch als informelle unbezahlte Arbeit.

Quelle: *Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen 2003:120*

Die Last der unbezahlten Arbeit ist aber nicht nur zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt, sondern **Frauen und Männer mit Kindern** (unter 15 Jahren) **leisten weit mehr unbezahlte Arbeit als Personen ohne Kinder**. Beispielsweise sind 9,5% der Bevölkerung in Basel-Stadt Frauen mit Kindern, diese verrichten aber 22% der gesamten Hausarbeit und 54% der gesamten Betreuungsarbeit. Sind Kinder im Haushalt, so verdoppelt sich die Belastung durch unbezahlte Arbeit für Frauen, für Männer steigt sie dagegen um nur 40%. Auffällig ist auch, dass Männer mit Kindern um ein Viertel weniger Haushaltsarbeit leisten als Männer ohne Kinder, was vermutlich daran liegt, dass sie sich, wenn sie sich um die Kinder kümmern, weniger Zeit für Hausarbeit nehmen.

Übersicht 17: Unbezahlte Arbeit der EinwohnerInnen in Basel-Stadt mit und ohne Kinder unter 15 Jahren<sup>1)</sup> (Stunden pro Jahr und pro arbeitender Person)

Art der unbezahlten Arbeit	Personen OHNE Kinder		Personen MIT Kindern	
	Stunden pro Woche pro Person		Stunden pro Woche pro Person	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Hausarbeit	21,7	14,6	33,4	11,2
Betreuungsarbeit	7,1	4,9	17,3	10,0
<b>Insgesamt</b>	<b>22,4</b>	<b>15,2</b>	<b>50,8</b>	<b>21,2</b>

1) Durchschnittswerte pro Kopf, bei Betreuungsarbeit nur jene Personen, die tatsächlich Betreuungsarbeit leisten  
Quelle: Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen 2003:122

Wird nun die unbezahlt geleistete Arbeit mit der bezahlten Arbeit des Kantons verglichen, zeigt sich, dass die **EinwohnerInnen um rund 30 Mio. Stunden pro Jahr mehr unbezahlt tätig sind als bezahlt**: Die Hausarbeit allein (164 Mio. Std.) beansprucht fast so viel Zeit wie die gesamte Erwerbsarbeit (173 Mio. Std.). Es wird auch mehr Zeit fürs Spielen und Hausaufgaben machen mit Kindern verwendet als von Basel-StädterInnen im Unterrichtswesen gearbeitet wird. Daran wird auch deutlich, welche finanziellen Anstrengungen es bräuchte, müssten die unbezahlt geleisteten Arbeiten zugekauft werden.

#### Kritik und eigene weiter führende Interpretation

Bei der Auswahl jener Bereiche, die Auswirkungen auf unbezahlte Arbeit haben, wurden die Bereiche Verkehrs- und Stadtplanung, öffentliche Verkehrsmittel usw. nicht miteinbezogen. Die Verkehrs- und Stadtplanungspolitik beeinflusst aber sehr stark, wie viel Zeit für die Erledigung der Haus- und Betreuungsarbeit verwendet werden muss. Denn es müssen viele Wege getätigt werden, vor allem, weil Frauen oft auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und täglich mehrere Wege zurücklegen müssen. Daher spielen die Entfernungen zu Geschäften, Ämtern, ArztInnen, Parkanlagen, Schulen, Sportplatz, Kindergarten usw. eine große Rolle.

#### Kontakte zur GB-Initiative

Gleichstellungsbüro Basel-Stadt: [gbs@bs.ch](mailto:gbs@bs.ch); [www.gleichstellung.bs.ch](http://www.gleichstellung.bs.ch)  
ProjektbearbeiterInnen: Andrea Pfeifer, Mascha Madörin

#### Verwendete und Weiter führende Literatur

Gleichstellungsbüro, Statistisches Amt und Frauenrat des Kantons Basel-Stadt (2003): Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt. Basel, S. 107-150.

Mascha Madörin (2005): Gender Budgeting: Einfach ist es in keiner Phase, aber machbar. Erfahrungen mit geschlechterrelevanten Analysen der Staatsausgaben in Basel und Zürich. In: Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen. Tagungsdokumentation. MA 57-Frauen. Stadt Wien. 2005, S. 28-33.



## Beispiel Basel-Stadt II: Auswirkung von Budgetkürzungen auf unbezahlte Arbeit

**Kernfrage: Geht das Sparen an öffentlichen Leistungen mit einer Ausweitung der unbezahlten Betreuungs- und Pflegearbeit von Frauen einher?**

### Hintergrund der Gender Budget-Initiative

Die Hintergründe für diese Initiative wurden bereits in Beispiel Basel-Stadt I (siehe vorhergehendes Beispiel) dargestellt. Hier werden der Analysezugang sowie die Ergebnisse der Untersuchung über die Entwicklung der Ausgaben zwischen 1990 und 2000 und deren Auswirkungen auf die unbezahlte Arbeit im Pflege- und Betreuungsbereich dargestellt.

### Vorgangsweise

Für diesen Teil der Untersuchung wurde in einem ersten Schritt **zwischen Ausgabe-posten, welche für die unbezahlte Arbeit von Bedeutung sind** und solchen, die dafür **eher nicht bedeutsam sind, differenziert**. Für diese Unterscheidung wurden Ergebnisse einer Studie sowie ExpertInnenmeinungen herangezogen. Als bedeutsam für Wirkungen auf unbezahlte Arbeit wurden die Bereiche Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit sowie Soziale Wohlfahrt definiert, wobei darin wiederum bestimmte Unterbereiche ausgewählt wurden.<sup>19</sup>

In einem zweiten Schritt wurde im Zeitverlauf dargestellt, **wie sich die Ausgaben zwischen 1990 und 2000** – für die funktionalen Bereiche mit und ohne vermutete Effekte auf unbezahlte Arbeit – **entwickelt haben**. Weitergehend wurde untersucht, in welchen Bereichen am stärksten/am wenigsten gespart wurde.

In einem dritten Schritt wurden zwei Teilbereiche, in denen die Ausgaben im untersuchten Zeitraum langsamer wuchsen als die Gesamtausgaben bzw. die Ausgaben zurückgingen, herausgegriffen und detaillierter untersucht:

- Für die Ausgaben im Gesundheitswesen für Spitäler wurde der Frage nachgegangen, für welche Spitäler konkret weniger ausgegeben wurde, was der Grund für die Einsparungen war und wie sich dagegen die Ausgaben für ambulante Krankenpflege entwickelt haben.
- Für die Detailuntersuchung der Tagesbetreuung von Kindern (Krippen, Tagesheime, Tagesfamilien) wurden die Ausgaben im Zeitraum 1995 – 2002 herangezogen. Gefragt wurde, wie sich das Angebot und die Nachfrage für Betreuungsplätze und die Höhe der Elternbeiträge entwickelt haben und inwiefern dies mit dem Bedarf übereinstimmt.

### Ergebnisse und deren Darstellung

#### Detailanalyse Spitäler

Der Zeitvergleich ergab, dass die Ausgaben für Spitäler zwischen 1990 und 2000 gegenüber den Gesamtausgaben nur unterdurchschnittlich anstiegen und ab 1999 sogar zurückgingen, während die Ausgaben für ambulante Krankenpflege stark zunahmen. Rückgängig waren allerdings nur die Personalausgaben (ab 1996), die Sachausgaben blieben konstant bzw. nahmen sogar leicht zu. Der Grund für den Rückgang der Personalkosten lag zu einem gewissen Teil an Umstrukturierungen (Finanzierungsänderungen, Umwandlung von Langzeit- und Geriatriebetten in Spitälern in Pflegeheimbetten, wodurch das Personal nicht mehr im Spitalsbudget aufschien), allerdings wurde auch – mit der Begründung der Strukturanpassung – die Anzahl an Akutbetten bis 2002 um fast ein Drittel reduziert. Als Folge dessen verbesserte sich die Auslastung der Spitalbetten, was aber mit einer markanten Verkürzung der Pflagezeit in öffentlichen Spitälern pro PatientIn von 19 Tage auf 13 Tage (zwischen 1990 und 2000) einherging. Dies ist wahrschein-

lich zum Teil auch auf die Ausgliederung der Langzeit- und Geriatriebetten sowie auf den technischen Fortschritt (z.B. können bestimmte Operationen ambulant durchgeführt werden) zurückzuführen. Trotzdem wird vermutet, dass auch zulasten von privater, ambulanter Betreuungsarbeit, die meist von Frauen verrichtet wird, eingespart wurde. Diese Annahme wird auch durch die Tatsache, dass nicht verheiratete Personen durchschnittlich länger im Spital bleiben als verheiratete Personen, unterstützt. Ob die Reduktion der Ausgaben für Spitäler zu mehr unbezahlter Versorgungs- und Pflegearbeit von Bekannten und Angehörigen geführt hat, konnte insgesamt zwar nicht eindeutig beantwortet werden. Die diesbezüglichen Vermutungen konnten aber bekräftigt werden. Hier wären noch tiefergehende Analysen nötig.

### **Detailanalyse Kindertagesbetreuung**

Im Zeitvergleich wurde beobachtet, dass die Ausgaben für Kindertagesbetreuung von 1990 bis 1998 deutlich stärker wuchsen (in %) als die Gesamtausgaben, danach jedoch geringere Zuwächse zu verzeichnen waren. Dementsprechend veränderte sich auch das Angebot an Betreuungsplätzen in Kinderkrippen und Tagesheimen: Die Zahl der bewilligten Betreuungsplätze in subventionierten Einrichtungen nahm um 7,3% (1995-2002) ab, während die Plätze in nicht subventionierten Einrichtungen um 41,3% zunahmen. Es fand also eine Verlagerung von subventionierten zu nicht subventionierten Angeboten statt – für die allerdings kostendeckende Elternbeiträge eingehoben werden mussten, was sich nicht alle Eltern leisten konnten.

Bemerkenswerter Weise stieg aber nicht nur in den nicht subventionierten Institutionen die Zahl der betreuten Kinder (+30%), sondern auch in den subventionierten Einrichtungen (+11%). Dies lag daran, dass dort zunehmend teilzeitliche Kinderbetreuung erfolgte, und daher die Reduktion der Ganztagesplätze mit einer Zunahme an betreuten Kindern einhergehen konnte. Dieses Faktum sowie der Rückgang der Kinderanzahlen im Kanton insgesamt waren die Gründe dafür, dass zwischen 1995 und 2001 der Anteil der Kinder zwischen 0-14, die einen Betreuungsplatz hatten, von 6,7% auf 9,3% anstieg.

Anhand von Wartelisten (für Kinderbetreuungsplätze) lässt sich aber ablesen, dass trotz Kinderanzahlrückgang die Nachfrage nach Betreuungsplätzen dem Abbau der Plätze entgegensteht: Die Nachfrage stieg zwischen 1990 und 1992, ging dann bis 1994 zurück<sup>20</sup> und schnellte danach wieder in die Höhe.

In Bezug auf die durch Wartelisten abgebildete Nachfrage muss gesagt werden, dass die tatsächliche Nachfrage immer noch etwas größer ist als die durch Wartelisten abgebildete, und zwar aus folgenden Gründen: Viele Eltern lassen sich gar nicht erst auf eine Warteliste setzen, beispielsweise weil sie von der Länge der Liste abgeschreckt sind, weil sie mit den Öffnungszeiten und den Preisen der vorhandenen Einrichtungen nicht zufrieden sind oder zu wenig Informationen über Vorhandene Betreuungsmöglichkeiten haben. Eine Schätzung des Erziehungsdepartments kam zum Ergebnis, dass insgesamt nur 60% der benötigten Betreuungsplätze vorhanden sind.

Auch die Anzahl der subventionierten Tagesfamilien verringerte sich zwischen 1998 und 2002, obwohl die Nachfrage nach diesen Plätzen (2001 wären um 50% mehr Plätze nötig gewesen) sehr hoch war.

Fazit: Trotz Ausbaustopp erhöhte sich der Anteil der betreuten Kinder (Betreuungsquote), weil es weniger Kinder in diesem Alter gab und weil private Einrichtungen diese Einsparungen auffingen. Die unbezahlt geleistete Arbeit von Frauen wurde daher insgesamt nicht erhöht. Vermutlich verschob sich aber die unbezahlte Arbeit zwischen den Bevöl-

kerungsgruppen, da sich nun nur noch Familien mit mittleren und höheren Einkommen (und solche mit Firmenkinderkrippenplatz) die privaten, weil teureren, Betreuungsangebote leisten können.

Da aber aus den Wartelisten, Befragungen und Bedarfsabschätzungen eine stark unbefriedigte Nachfrage nach Betreuungsreinrichtungen abzulesen ist – und unter Sparen auch das Nichtanbieten von nachgefragten Leistungen zu verstehen ist – kann gesagt werden, dass der Ausbaustopp dazu führte, **dass Frauen mehr unbezahlte Arbeit leisten mussten, als sie tatsächlich wollten**

#### **Anknüpfungspunkte für politische Maßnahmen**

Ein ausreichendes Angebot von Plätzen der Kinderbetreuung, sei es in Krippen, Kindergärten oder Horten, stellt immer eine Entlastung der Eltern – meist der Mütter – dar, da diese dadurch freier entscheiden können, wie viel der Betreuungsarbeit sie selbst übernehmen wollen. Darüber hinaus profitieren auch die Kinder auf vielfältige Weise vom Besuch von qualitativ hochwertigen Betreuungseinrichtungen. Es werden dadurch ihre sozialen Fähigkeiten ausgebaut, aber auch das schulische Lernen wird verbessert. Ein Rückgang der Kinderanzahlen, wie er derzeit überall verzeichnet wird, sollte daher nicht dazu führen, Betreuungsplätze einzusparen. Vielmehr sollte darin die Chance gesehen werden, einem größeren Anteil der Kinder einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Dadurch werden übrigens auch Arbeitsplätze im Bereich der Kinderbetreuung geschaffen bzw. erhalten.

### **Wie kann der Analysezugang zur Erfassung der unbezahlten Arbeit auf Gemeindeebene umgesetzt werden?**

Die Umsetzung der Erfassung der unbezahlten Arbeit in Gemeinden stellt eine gewisse Herausforderung dar, da einerseits für Österreich nur sehr grobe Daten über die unbezahlt geleistete Arbeit<sup>21</sup> vorliegen, andererseits die Zusammenhänge – also welche Leistung bzw. welche Ausgabe der Gemeinde Auswirkungen auf die unbezahlte Arbeit hat – geschätzt werden müssen.

Es wird also auf Gemeindeebene nicht möglich sein genau zu messen, wie viel unbezahlte Arbeit die Frauen und Männer pro Woche verrichten. Aber es wird möglich sein aufzuzeigen, welche Ausgaben und welche politischen Maßnahmen der Gemeinde sich auf die von Frauen und Männern verrichtete unbezahlte Arbeit auswirken. Und das stellt eine ausreichende Grundlage dar, um politisch etwas zu bewegen, sprich für oder gegen ein Projekt, eine Maßnahme argumentieren zu können und das Thema der unbezahlten Arbeit überhaupt in die Diskussion einzubringen.

### **Welche Ausgabenbereiche haben Einfluss auf die unbezahlt geleistete Arbeit?**

Um dingfest zu machen, welche Ausgaben auf Gemeindeebene sich auf die unbezahlte Arbeit auswirken, wird vorgeschlagen, sich an den Erkenntnissen der Schweizer Studie „An den Frauen sparen?“ zu orientieren. In der

Studie wird angenommen, dass sich Ausgaben und politische Maßnahmen, die in den folgenden Aufgabenbereichen durchgeführt werden, auf die unbezahlte Arbeit auswirken:

- Aufgabenbereich **Bildung und Freizeit**: Kindergärten, Horte, Bibliotheken, Kinderkrippen, Erwachsenenbildung, Ganztagschulen, Sportanlagen;
- Aufgabenbereich **Kultur**: Parkanlagen, Wanderwege, Kirche;

- Aufgabenbereich **Soziale Wohlfahrt**: Jugendschutz, Invalidität, Altersheime, Fürsorge;
- Aufgabenbereich **Gesundheit**: Spitäler, Kranken- und Pflegeheime, Ambulante Krankenpflege, Alkohol- und Drogenbekämpfung, Schulgesundheitsdienst;
- Aufgabenbereich **Verkehr**: Stadt- und Ortsplanung, öffentliche Verkehrsmittel, Straßenbau.

Diese Liste stellt eine erste Orientierung dar und kann in den jeweiligen Aufgabenbereichen auch noch um weitere Ausgaben, die in der Gemeinde anfallen, konkretisiert und erweitert werden (z.B. Ausgaben für „Essen auf Rädern“).

### **Erfassung der Auswirkungen einzelner budgetpolitischer Maßnahmen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern**

Werden nun in einem dieser angeführten Aufgaben- und Ausgabenbereiche in der Gemeinde Überlegungen zu Einsparungen, zum Ausbau oder sonstigen Veränderungen angestellt, kann ermittelt werden, auf welche Art der unbezahlten Arbeit sich diese Ausgaben auswirken und ob es sich um vorwiegend von Frauen oder vorwiegend von Männern verrichtete Tätigkeiten handelt. Dadurch lässt sich zeigen, zu wessen Gunsten oder zu wessen Lasten geplant und budgetiert wird.

Um die Auswirkungen einer Ausgabe bzw. politischen Maßnahme (z.B. Subventionen für „Essen auf Rädern“) auf die unbezahlten Tätigkeiten systematisch zu erfassen, kann das in Übersicht 18 dargestellte einfache Raster herangezogen werden.

In den Zeilen des Rasters angeführt sind unbezahlte Tätigkeiten, die im alltäglichen Leben im Haushalt, in der Nachbarschaftshilfe oder in ehrenamtlicher Arbeit verrichtet werden. Die Liste der unbezahlten Tätigkeiten sollte möglichst vollständig sein und kann noch entsprechend ergänzt werden. Nun ist für eine bestimmte Ausgabe oder politische Maßnahme zu überlegen, wie sich diese auf das Volumen der verschiedenen unbezahlten Tätigkeiten auswirkt. Wird also durch diese Maßnahme eine Zunahme oder eine Verringerung des Arbeitsaufwandes für einzelne unbezahlte Arbeiten erwartet?

Anhand der in der zweiten Spalte eingeführten Abkürzungen „f“, „o“ und „m“ kann abgelesen werden, ob von dieser Zunahme oder Abnahme eher Frauen oder Männer betroffen wären.<sup>22</sup> Die Zuordnung zu den Abkürzungen erfolgte aufgrund von Daten aus Basel, da für Österreich keine so detaillierten Erhebungen vorhanden sind. Es liegen aber einige Anhaltspunkte vor, dass die Situation in der Schweiz der in Österreich sehr ähnlich ist.<sup>23</sup>

Übersicht 18: Raster zur Erfassung der Wirkungen von einzelnen budgetpolitischen Maßnahmen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern

Art der unbezahlten Arbeit	Wer verrichtet diese Arbeit? <sup>1)</sup>	Wie wirken sich die politischen Maßnahmen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern aus?		
		vermehrter Zeitaufwand ist zu erwarten für	Zeiteinsparungen sind zu erwarten für	es sind keine Auswirkungen zu erwarten
Hausarbeit (Mahlzeiten bereiten, Abwaschen, Tisch decken, Wäsche bügeln)	f			
Einkaufen gehen	o			
Amtswege, Erledigungen	o			
Administrative Arbeiten	o			
Kinderbetreuung zu Hause	f			
Unterstützung bei Hausaufgaben etc.	f			
Kinder zu Schule, Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten etc. bringen	f			
Begleitung zu Arztbesuchen	f			
Betreuung/Pflege Erwachsener im Haushalt	f			
Wohnung aufräumen, putzen	f			
Handwerkliche Arbeit (Reparaturen, Stricken)	o			
Informelle unbezahlte Arbeit (Nachbarschaftshilfe)	f			
Ehrenamtliche Arbeit in Schule, Kindergarten etc. <sup>2)</sup>	?			
Ehrenamtliche Arbeit in Vereinen	m			
Kinder waschen und füttern	f			
...				
...				

1) f: Arbeit wird überwiegend von Frauen geleistet; m: Arbeit wird überwiegend von Männern geleistet; o: Arbeit wird von Frauen und Männern zu annähernd gleichen Teilen geleistet.

2) Es liegen keine Daten vor, ob Frauen oder Männer diese Arbeit überwiegend verrichten. Sie könnten durch Befragungen von LehrerInnen und KindergärtnerInnen ermittelt werden.

Quelle: eigene Erstellung.

Wenn nun beispielsweise untersucht wird, wie sich Subventionen für „Essen auf Rädern“ auf die unbezahlte Arbeit der Frauen und Männer auswirken, wäre anhand des Rasters zu überlegen, welche Tätigkeiten dadurch in geringerem Ausmaß unbezahlt zu verrichten wären. Beispielsweise würde sich dadurch die von Familienangehörigen erledigte, unbezahlte Betreuungsarbeit verringern. Das könnte anhand des Rasters auch dargestellt werden. (siehe Übersicht 19)

Übersicht 19: Auswirkungen der Erhöhung des Angebotes von „Essen auf Rädern“ auf die unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern (Auszug aus dem obigen Raster)

Art der unbezahlten Arbeit	Wer verrichtet diese Arbeit? 1)	vermehrter Zeitaufwand ist zu erwarten für	Zeiteinsparungen sind zu erwarten für	es sind keine Auswirkungen zu erwarten
Hausarbeit (Mahlzeiten bereiten, Abwaschen, Tisch decken, Wäsche bügeln)	f		f	
Einkaufen gehen	o		o	
Amtswege, Erledigungen	o	o		
Administrative Arbeiten	o			o
Kinderbetreuung zu Hause	f			f
Unterstützung bei Hausaufgaben etc.	f			f
Kinder zu Schule, Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten etc. bringen	f			f
Betreuung/Pflege Erwachsener im Haushalt	f		f	
Wohnung aufräumen, putzen	f		f	

1) f: Arbeit wird überwiegend von Frauen geleistet; m: Arbeit wird überwiegend von Männern geleistet; o: Arbeit wird von Frauen und Männern zu annähernd gleichen Teilen geleistet.

Quelle: eigene Erstellung.

Auch wenn die Kategorisierungen nur sehr grob sind wird doch deutlich sichtbar, dass durch diese budgetpolitische Maßnahme sich Zeiteinsparungen für Frauen ergeben. Die von Frauen unbezahlt zu leistende Arbeit wird dadurch verringert, was besonders wenn man die Arbeitsbelastung von Frauen (siehe Kapitel 7) kennt, enorm wichtig ist. Beim hier dargestellten Beispiel sind die Zusammenhänge noch relativ einfach ersichtlich und wären unter Umständen auch ohne Raster zu vermuten gewesen, bei anderen budgetpolitischen Maßnahmen, die nicht so offensichtlich mit unbezahlter Arbeit in Zusammenhang stehen, kann das Raster aber wertvolle Dienste zur systematischen Erfassung der Wirkungen leisten. Über eine Summierung der „f“ und „m“ in den einzelnen Spalten könnte auch abgewogen werden, ob eine Maßnahme eher zu einer Ausdehnung oder einer Reduzierung der Arbeit – von Frauen oder von Männern – führt.



**E** **Integration von Gender Budgeting  
in der Gemeindepolitik  
(Beschlüsse im Gemeinderat)**

## **Integration von Gender Budgeting in der Gemeindepolitik (Beschlüsse im Gemeinderat)**

Initiativen zu geschlechtergerechter Budgetgestaltung werden auf Gemeindeebene vielfach von einzelnen GemeinderätInnen, (frauen-)politischen Gruppen oder anderen gesellschaftlichen Initiativen gestartet. Solche Aktivitäten aus der Opposition oder von außen sind wichtig, um die Diskussion in Gang zu setzen.

Aber eine kontinuierliche Arbeit zum Thema ohne Unterstützung durch die Verwaltung wird mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sein. Es braucht einerseits ausreichende Kapazitäten, Zeit und Geld, um die Analysen durchzuführen. Andererseits wird es vielleicht schwierig, Detailinformationen und Daten zu beschaffen. All das erschwert die Aufrechterhaltung von Gender Budgeting Aktivitäten über einen längeren Zeitraum hinweg. Daher kann es sinnvoll sein, zu Beginn auch einen Fokus der Arbeit auf eine Verankerung von Gender Budgeting innerhalb der Verwaltung der Gemeinde zu legen. Das kann v.a. heißen, dass begleitend zu den Budgetvoranschlägen regelmäßig Informationen zu den Wirkungen der Ausgaben, die als Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat dienen können, ausgearbeitet werden.

Gender Budgeting tatsächlich in die Gemeindepolitik zu integrieren wird ein voraussichtlich langer Weg sein. Wesentlich ist es, entsprechende **Beschlüsse des Gemeinde- bzw. Stadtrates** zu erreichen. Für die Gestaltung dieses Prozesses gibt es keine Patentrezepte, denn die Situation vor Ort wird ausschlaggebend dafür sein, wie die Umsetzung jeweils konkret in die Wege geleitet wird. Folgend werden hier einige grundlegende Überlegungen für eine strategische Vorgehensweise dargelegt, die als Anhaltspunkte dienen können:

### **Überlegungen zur Vorgangsweise bei der Umsetzung von geschlechtergerechter Budgetpolitik in der Gemeindepolitik und zur Vorbereitung von Anträgen bzw. Beschlüssen im Gemeinderat**

#### **Intensive Vorbereitung des Themas**

Vor dem Einbringen eines Antrages zur Umsetzung von Gender Budgeting in den Gemeinderat sollte bereits eine Diskussion über das Thema, sowohl innerhalb des Gemeinderates als auch in der Öffentlichkeit (Veranstaltungen, Berichte in den Medien) in Gang gebracht werden. Ausgangspunkt dafür könnte eine exemplarische Analyse eines ausgewählten Bereiches sein.

#### **Rückenwind durch Initiativen von außen**

Unterstützung der GemeinderätInnen durch eine Initiative von außen (z.B. Zusammenschluss von frauenpolitisch Aktiven, Vereinen, engagierten Frauen und Männern) könnte die Arbeit erleichtern.

#### **Parteiübergreifende Zusammenarbeit**

Für die Umsetzung von geschlechtergerechter Budgetpolitik ist parteiübergreifende Zusammenarbeit wichtig. Daher ist bereits früh das Gespräch mit Frauen (und Männern) aus anderen Parteien zu suchen. Auch Unterstützung aus der Verwaltung (z.B. Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte oder Finanzverantwortliche) kann hilfreich sein.

#### **Einbringen von Anträgen zur Umsetzung von Gender Budgeting in der Gemeinde**

Ein Antrag (oder mehrere Teilanträge) sollte klar die Zielsetzung zum Ausdruck bringen und die Formulierung sollte darauf bedacht nehmen, dass einmalige Übungen meist ohne nachhaltigen Effekt verpuffen und eine langfristige Umsetzung angestrebt wird.

#### **Mögliche Bestandteile eines Antrages:**

- Was wird gemacht?
- Wer wird beauftragt?
- Bereitstellung budgetärer Mittel für die Arbeiten
- In welcher Form werden Ergebnisse präsentiert (z.B. Bericht an den Gemeinderat, der auch öffentlich präsentiert wird)



- Kontinuität (nicht einmalig, sondern jährlich mit dem Budget vorzulegen)
- Erarbeitung von Statistiken nach Geschlecht in allen Bereichen
- Umsetzung der Analysen in politische Veränderungen
- Wissensvermittlung für Verwaltung (z.B. Schulungen)
- Öffentlichkeit und Anregung breiterer Partizipation

Für die Einstiegsphase wäre die externe Vergabe eines Pilotprojektes zu überlegen. Vorteil wäre, dass externe ExpertInnen damit Wissen über mögliche Herangehensweisen einbringen. Andererseits kann eine Erarbeitung in der Gemeinde selbst das Engagement erhöhen. Als Unterstützung könnte in der Anfangsphase einE ExpertIn eventuell als BeraterIn herangezogen werden.

Wie aus gegenständlichem Leitfaden ersichtlich, gibt es eine breite Palette an möglichen Ansätzen. Wird die Gender Budget Arbeit von der Gemeindeverwaltung selbst durchgeführt, können beispielsweise im ersten Jahr ausgewählte Budgetkapitel analysiert werden. Dabei ist darauf bedacht zu nehmen, dass auch Bereiche mit großem Budgetvolumen einbezogen werden. Diese erste Phase könnte dazu dienen, Methoden zu erproben, die vorhandenen Statistiken dahingehend zu prüfen, inwieweit sie nach Geschlecht aufgeschlüsselte Informationen liefern sowie Gleichstellungsindikatoren für die analysierten Bereiche zu entwickeln.

Die obige Liste mit möglichen Bestandteilen soll Anhaltspunkte dafür geben, was im Antrag stehen kann, die konkrete Auswahl hängt vom jeweiligen Vorhaben ab. Für die Begründung des Antrages können Elemente aus Kapitel G (Argumentationshilfen) verwendet werden.

### **Umsetzung in der Verwaltung**

Für den Erfolg des Projektes ist es wichtig, dass die Personen, die konkret mit der Erarbeitung der Analysen und Unterlagen beauftragt sind, Gleichstellungsanliegen gegenüber aufgeschlossen sind und ausreichend Wissen über geschlechtergerechte Budgetgestaltung und mögliche Herangehensweise zur Verfügung gestellt bekommen. Daher ist – je nach Gemeindesituation – anwendungsorientierte Schulungen oder die Möglichkeit zu Konsultationen mit ExpertInnen besonders in der Anfangsphase sicherzustellen.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Sowohl in der Anfangsphase, um das Thema zu lancieren, als auch bei Vorliegen von Ergebnissen der Analyse ist intensive Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Liegen erste Gender Budgeting Unterlagen vor, ist es wesentlich, bereits bei der Darstellung der Ergebnisse auf mögliche Veränderungen in der Gemeindepolitik zu achten. Denn Ziel ist ja eine geschlechtergerechte Gestaltung des Budgets und der Politiken. Anhand von Beispielen sollen Ungleichgewichte aufgezeigt und nötige politische Maßnahmen erarbeitet werden.

### **Kontinuierliche Begleitung des Themas**

Die Verabschiedung eines Antrages zur Einführung von geschlechtergerechter Budgetgestaltung ist zwar ein wichtiges Etappenziel, aber die Erfahrung zeigt, dass Gender Budgeting nicht allein der Verwaltung überlassen werden darf. Es besteht die Gefahr, dass das Instrument als Plattform für die Präsentation der politischen Arbeit der Mehrheit umgewandelt wird und grundlegende Veränderungen ausbleiben. Daher wäre es ideal, wenn die offizielle Arbeit von einer Gruppe von ausserhalb begleitet und beobachtet wird. Idealerweise könnte dies von einem Frauennetzwerk oder einer frauenpolitisch engagierten Gruppe übernommen werden. Wenn nicht, liegt diese Aufgabe in den Händen der Oppositionspartei(en).

## Beispiel Wien: (Beschluss-)Antrag im Wiener Gemeinderat durch die Grünen

### Hintergrund

Die Gemeinderätin Dr.<sup>in</sup> Monika Vana (GRÜNE) brachte sowohl am 24. 11. 2003 als auch am 17. 12. 2004 in die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien Anträge zum Thema Gender Budgeting ein. Beide Anträge wurden abgelehnt, haben aber trotzdem dazu beigetragen, dass ein Gender Budgeting Pilotprojekt, durchgeführt von der Wiener Verwaltung (unter Koordination der Frauenabteilung), in die Wege geleitet wurde. Der Wortlaut der Anträge wird folgend angeführt:

### Antragstexte

#### **Antrag**

#### ***Betreffend Gender Budgeting für Wien***

#### ***BEGRÜNDUNG***

Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Mit seiner Budgeterstellung übt Wien Lenkungs- und Verteilungsfunktionen aus. Bei der Budgeterstellung wird im Allgemeinen von einer „Geschlechtslosigkeit“ des Budgets ausgegangen, obwohl die unterschiedliche Lebenssituation und verschiedenen Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern jeweils andere Betroffenheiten zur Folge haben. Welche Auswirkungen finanzpolitische Maßnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben, ob sie beispielsweise Ungleichheiten verringern oder verstärken, werden in der Regel nicht gestellt.

Wien hat sich zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Ressorts der Stadt Wien verpflichtet (Beschluss vom 5.12.2001). Die Entwicklung eines gendergerechten Wiener Budgets ist als instrumenteller Bestandteil des Gender Mainstreaming unverzichtbarer Teil des Prozesses.

Vorbildfunktion für Gender Budgeting hat die Stadt Berlin, wo per Beschluss der Landeskommision bereits an der Entwicklung und Implementierung gendergerechter Budgets gearbeitet wird.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

#### ***BESCHLUSSANTRAG:***

*Der Gemeinderat der Stadt Wien möge einen Plan zur Implementierung eines „Gender Budgeting“-Prozesses in Wien nach dem Vorbild der Stadt Berlin erstellen lassen.*

*In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung des Antrags an den Gemeinderatsausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal.*

*Wien, am 24.11.2003*

Ein Jahr später wurde wiederum ein Antrag eingebracht. Konkreter Anlass war eine kurz zuvor vom Frauenbüro der Stadt Wien organisierte Fachtagung zum Thema Gender Budgeting. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

#### ***A N T R A G***

*der Gemeinderätin Dr. Monika Vana (GRÜNE)*

*eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 17.12.2004*

#### ***betreffend Gender Budgeting***

#### ***B E G R Ü N D U N G***

*Die Stadt Wien bekennt sich zum Grundsatz des Gender Mainstreaming und ist verpflichtet, Gender Mainstreaming auf Ebene der Gemeinde und der Bezirke durchzuführen (Antrag der Wiener Grünen Dezember 2001). Ein wesentlicher Bestandteil von Gender Mainstreaming*

ming in der öffentlichen Verwaltung ist Gender Budgeting. Gender Budgeting ist ein Prozess, der die Verteilungswirkungen des Budgets (einnahmen- und ausgabenseitig) nach geschlechtsspezifischen Indikatoren untersucht, mit dem Ziel, Benachteiligung von Frauen zu beseitigen und Geschlechtergerechtigkeit des Budgets herzustellen. Gender Budgeting ist kein separates Budget, sondern die Erweiterung des Gesamtbudgets um die Geschlechterperspektive. In allen Stadien der Budgeterstellung ist die Geschlechterperspektive einzu- binden.

Unter dem Titel „Gender Budgeting – Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen“ hat am 15. 12. eine Enquete der Stadt Wien stattgefunden, bei der in verschiedenen europäischen Städten angewandte Modelle von Gender Budgeting vorgestellt und diskutiert wurden.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gemäß § 35 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

**ANTRAG:**

Gender Budgeting soll als Teil des Budgetstellungsprozesses auf Ebene der Gemeinde Wien verankert werden. Für die Umsetzung von Gender Budgeting sollen materielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Pilotprojekte zu Gender Budgeting sollen in verschiedenen Bezirken durchgeführt werden.

In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Intergration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal.

Wien, am 17.12.2004

## Beispiel Meidling: Antrag im Bezirksrat des 12. Wr. Gemeindebezirkes

### Hintergrund

Die Grüne Bezirksrätin Veronika Reininger hat im Jahr 2002 begonnen, Initiativen zu setzen, um Gender Budgeting auf Bezirksebene zu verankern. Ein entsprechender Antrag im Frühjahr 2002 wurde im Finanzausschuss nicht richtig behandelt und es wurde auch keine Diskussion darüber geführt. Mit Amtsübernahme der Bezirksvorsteherin Gabriele Votava (SPÖ) im März 2003 wurde Gender Mainstreaming verstärkt thematisiert und damit auch Gender Budgeting wieder aufgegriffen. Anfang 2004 wurde eine Expertin in den Finanzausschuss geladen, um das Konzept grundsätzlich zu erläutern. In der Folge wurde im Finanzausschuss ein gemeinsamer Antrag formuliert, der von der Bezirksvertretung einstimmig angenommen wurde. Aufgrund dieser Initiativen und um ähnliche Initiativen in anderen Bezirken zunächst zurückzustellen, wurde der 12. Wiener Gemeindebezirk als Gender Budgeting Pilotbezirk in Wien ausgewählt. Die Frauenabteilung der Stadt Wien begleitet den Prozess Gendergerechte Budgeterstellung in Zusammenarbeit mit anderen Magistratsstellen. Im Herbst 2005 liegen erste Ergebnisse vor.

### Antragstext

Der Text des gemeinsamen Antrages lautet:

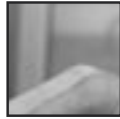
*Der Finanzausschuss der Bezirksvertretung des 12. Wiener Gemeindebezirkes hat sich in seiner Sitzung am 20. Februar 2004 mit dem Thema „gendergerechtes Budget“ auseinandergesetzt und bekennt sich grundsätzlich zu einer „gendergerechten“ Erstellung und Handhabung des Bezirksbudgets.*

*Er empfiehlt daher der Bezirksvertretung des 12. Wiener Gemeindebezirkes einhellig folgenden Antrag zum Beschluss zu erheben.*

#### **ANTRAG**

*Die für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenfragen zuständige Magistratsabteilung 57<sup>24</sup> wird ersucht, allenfalls unter Beiziehung relevant erscheinender anderer Fachdienststellen, zeitgerecht jene koordinativen Maßnahmen und Schritte zu setzen, die eine gendergerechte Erstellung des Bezirksbudgets 2006 ermöglichen.*

*Darüber hinaus wird die Magistratsabteilung 57 ersucht, bereits im Budgetjahr 2005 im Anlassfall, also projektbezogen den zuständigen Bezirksgremien mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.*



**E** **Möglichkeiten und Grenzen  
von Gender Budgeting**

## □□ **F** Möglichkeiten und Grenzen von Gender Budgeting

Geschlechtergerechte Budgetgestaltung als politische Strategie zielt darauf ab, Frauenpolitik bzw. Geschlechterpolitik und Budgetpolitik zu verknüpfen. Damit sollen Frauen- und Gleichstellungsanliegen vom Rand ins Zentrum politischen Handelns gebracht werden. Gender Budgeting ist daher eine potentiell sehr wirkungsvolle Strategie, um die Situation von Frauen (und Männern) zu thematisieren, gegebene Geschlechterverhältnisse und Schief lagen ins Blickfeld zu bringen und Veränderungen zu erreichen.

Allerdings lauern auf dem Weg der Umsetzung von Gender Budgeting einige Stolpersteine. Diese zu kennen mag helfen, sie zu vermeiden.

### **Stolperstein Reduktion auf das Zählen von Köpfen (Mann/Frau)**

Die Auswirkungen der Budgetverteilung auf Frauen und Männer zu analysieren, heißt nicht, sich ausschließlich auf die Erfassung der Anzahl der Frauen und Männer, die eine bestimmte Leistung beanspruchen, zu beschränken. Zusätzlich wäre, soweit es je nach Bereich möglich und sinnvoll ist, eine weitere Differenzierung der LeistungsbezieherInnen vorzunehmen, beispielsweise auch nach Altersgruppen. Darüber hinaus ist es aber besonders wichtig, die Geschlechterverhältnisse im Blickfeld zu behalten. Das bedeutet, dass die Analyse um die Auswirkungen der Inanspruchnahme einer Leistung auf die Geschlechterverhältnisse sowie auf die Lebenssituation von Frauen und Männern bereichert werden sollte. Dass Frauen und Männer in unserer Gesellschaft unterschiedliche Rollen und Positionen innehaben, ist wesentlich für die Analyse und daher immer mitzubedenken.

Beispielsweise ist bei einer Analyse der Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln festzustellen, dass mehrheitlich Frauen die Nutzerinnen sind. Allerdings ist diese Feststellung vor dem Hintergrund zu sehen, dass Frauen weniger mobil sind in dem Sinn, dass sie zu einem geringeren Prozentsatz einen Führerschein besitzen, das kann mit traditionellem Rollenverständnis, geringerem Einkommen etc. zusammenhängen. Sie haben weniger Zugang zu einem Auto als Männer. Der Mann ist mit dem Familienauto unterwegs. Unter Umständen ist es Frauen aufgrund eines geringen Einkommens nicht möglich, sich ein Auto zu leisten (AlleinerzieherInnen sind durchschnittlich zu rund 30% armutsgefährdet). Und gleichzeitig haben Frauen aber einen anderen, zum Teil höheren Mobilitätsbedarf: Durch ihre Aufgaben in der Kinder- bzw. evt. auch in der Altenbetreuung – zusätzlich zur Erwerbsarbeit – haben sie täglich mehrere Wege, zum Teil vernetzte Wege zu erledigen. Unzureichende öffentliche Verbindungen könnten Frauen auch daran hindern, einen guten – etwas weiter entfernten – Arbeitsplatz anzunehmen, wodurch ihre Einkommensmöglichkeiten ebenso wie ihre Wahlmöglichkeiten eingeschränkt werden. Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass vernetztes Denken und analysieren nötig ist.

### **Stolperstein isolierte Analyse**

Ausgangspunkt für die Analyse sind sicherlich einzelne Politikbereiche (z.B. Sport, Verkehr) bzw. einzelne öffentliche Leistungen, die von der Gemeinde mitfinanziert werden (z.B. Kindergärten). Es ist aber wichtig, darauf zu achten, dass diese Einzelbetrachtung nicht isoliert bleibt, sondern auch die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Politikbereichen berücksichtigt werden.

Dabei ist zu bedenken, dass die Gemeinde in vielen Bereichen nur begrenzte Kompetenzen hat und auch das Land oder der Bund an der Ausgestaltung und der Finanzierung von Leistungen beteiligt sind. Für solche Bereiche wird es sinnvoll sein, den Blick über die Gemeindekompetenzen hinaus zu erweitern. Ausgehend von den Mitteln, die die Gemeinde für einzelnen öffentlichen Institutionen bzw. Leistungen bereitstellt, könnte daher auch untersucht werden, welche anderen Ebenen ebenfalls Gelder beisteuern und welche Gestaltungskompetenzen damit verbunden sind. Es bietet sich an zu ermitteln, welchen Anteil der Kosten für die betrachtete Leistung oder Institution die Gemeinde selbst trägt und welche Anteile von anderen Trägern (Bund, Land oder auch private Beiträge, z.B. Eintrittsgelder bei Schwimmbädern, Elternbeiträge bei Kindergärten) übernommen werden. Oft wird dabei noch deutlicher sichtbar, dass in der Gemeinde nur begrenzter Handlungsspielraum vorhanden ist. Es sollte dennoch – auch für die Ausarbeitung von politischen Maßnahmen – der gesamthafte Blick beibehalten werden. Eventuell kann vom Gemeinderat aus in diesem Zusammenhang ein Forderungspaket an das Land/an den Bund verabschiedet werden. Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit steigert naturgemäß die Effektivität derartiger Aktivitäten.

### **Stolperstein technisches Verfahren ohne politischen Inhalt**

Die Anwendung einzelner Analysemethoden mag ein komplexes Unterfangen sein, das aufwändige Arbeiten impliziert, wie beispielsweise die Auswertung von Statistiken oder die Durchführung neuer Erhebungen, um die notwendigen Datengrundlagen zu bekommen. Nichtsdestotrotz stellt die Analyse an sich aber noch nicht das Ergebnis von Gender Budgeting dar: Die Analyse ist wesentlich, um Informationen über Wirkungszusammenhänge öffentlicher Leistungen zu erfassen. Diese sind aber erst die Grundlage für den politischen Gehalt von Gender Budgeting. Im Anschluss daran sind daher Aktivitäten zu setzen, um die Veränderung der Geschlechterverhältnisse zur Erhöhung der Geschlechtergerechtigkeit in Gang zu setzen. Das sollte niemals vergessen werden.

### **Stolperstein Stehenbleiben im Stadium von Pilotprojekten**

Es besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass Gender Budgeting im Stadium von Pilotprojekten stecken bleibt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. So kann es, wenn das anfängliche Interesse für Gender Budgeting abflaut, unter Umständen schwieriger werden, Mehrheiten für weitere Beschlüsse zu bekommen.

Auch können die Komplexität des Themas, das Fehlen von Daten, aufwändige Datenerfassung - die zum Teil auch händischer Auszählungen bedürfen - sowie andere eventuell auftretende Schwierigkeiten in der Durchführung entmutigend wirken.

Aus den Ergebnissen von ersten Initiativen könnte bei etablierten Gruppierungen langsam die Erkenntnis durchsickern, dass Geschlechtergerechte Budgetgestaltung tatsächlich weitreichende politische Implikationen im Sinne von Veränderungen der Politiken und der Umschichtung von Ressourcen bedeuten. Wenn diese einen „Angriff“ auf herkömmliche, gut vertretene Interessen etc. darstellen, wird die Unterstützung für Gender Budgeting geringer und es ist zunehmender Gegenwind zu erwarten.

### **Stolperstein Vereinnahmung/Verwässerung**

Insbesondere wenn es gelingt, die Umsetzung von Gender Budgeting in die offizielle Politik der Verwaltung zu integrieren, wird die Gefahr besonders groß, dass Gender Budgeting zur Schönfärbung der Gleichstellungspolitik missbraucht wird. Damit das nicht passiert, ist Kontrolle durch die Opposition und die Zivilgesellschaft erforderlich.

### **Stolperstein Verfestigung von Geschlechterrollen**

Bei der Erarbeitung der zu setzenden Maßnahmen ist darauf zu achten, dass damit nicht die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfestigt wird, sondern dass die Überwindung dieser angestrebt wird. So wird beispielsweise oft die Rolle der Frau als Mutter in den Vordergrund gestellt. In diesem Zusammenhang ist übrigens auch darauf zu achten, dass Leistungen für Kinder nicht Frauen zugerechnet werden. Die Mütterberatung ist eine Leistung, die vor allem auf die Gesundheit der Kleinkinder abzielt, daher sollte dies nicht zu Leistungen gezählt werden, die Frauen zugute kommen. Auch die Stillberatung in diesem Zusammenhang, die zwar Mütter in Anspruch nehmen, zielt auf das Wohl der Säuglinge ab.

Im Zuge von Gender Budgeting sollte besonders darauf geachtet werden, dass es nicht zur Reduktion von Frauen und Männern auf bestimmte Rollen kommt. Frauen als Mütter haben zwar das Bedürfnis, mit dem Kinderwagen möglichst barrierefrei voranzukommen. Aber das heißt nicht, dass abgeschrägte Gehsteigkanten frauengerecht sind und der Gleichstellung dienen. In diesem Zusammenhang wäre vielmehr zu überlegen, welche Maßnahmen im Rahmen der Gemeindepolitik zu setzen wären, um zu fördern, dass Männer ihre Rolle als Väter und Betreuer der Kinder verstärkt wahrnehmen. Andererseits könnten beispielsweise auch Maßnahmen um Frauen verstärkt an Entscheidungen in der Gemeinde teilhaben zu lassen, traditionelle Rollenmuster in Bewegung bringen.

Das Thema Geschlechtergerechte Budgetgestaltung aufzugreifen und umzusetzen ist ein ambitioniertes Projekt, das langen Atem braucht. Aber es hat politische Sprengkraft insofern, als nachhaltige Veränderungen in Gang gebracht werden können. Der Weg lohnt sich!







**G** **Argumentationshilfen für  
Gender Budgeting**

### **Argumentationshilfen für die politische Durchsetzung von Gender Budgeting auf Gemeindeebene**

Gender Budgeting hat international bereits 1984 – in Australien, und zwar auf Regierungsebene – Einzug in die öffentliche Haushaltspolitik genommen. Mittlerweile ist dieses Konzept weltweit verbreitet und wird in vielen Ländern auf allen Kontinenten umgesetzt. Dabei gibt es eine breite Vielfalt an AkteurInnen. Vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, Regierungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, GewerkschafterInnen, ParlamentarierInnen und WissenschaftlerInnen sind an der Durchführung beteiligt.

In Österreich wurde Gender Budgeting mit Ende 2004 auch in den Entwurf des Österreich-Konvents zur Reform der österreichischen Verfassung in die Bestimmungen zur Finanzverfassung eingearbeitet.<sup>25</sup> Dennoch braucht es – und zwar nicht nur auf kommunaler Ebene – immer noch sehr viel an Lobbyarbeit und Argumentationseinsatz, um politische EntscheidungsträgerInnen davon zu überzeugen, dass Gender Budgeting ein sinnvolles Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument darstellt.

### **Transparenz in der Finanzpolitik – Gender Budgeting als Steuerungsinstrument für die Politik**

Erstaunlich aber wahr: Laufend werden budgetpolitische Beschlüsse gefasst, über deren Wirkungen und deren NutznießerInnen es oft nur sehr vage Vorstellungen gibt. Mittels geschlechtssensibler Budgetanalysen wird untersucht, in welche Bereiche die Gemeindeausgaben fließen und welche Bevölkerungsgruppen davon jeweils profitieren bzw. woher die Gemeinde einnahmen stammen und welche Bevölkerungsgruppen damit belastet werden. Erst dieses Wissen ermöglicht es, die Mittel zielgruppengenau und damit effektiver einzusetzen.

### **Entscheidungsgrundlagen für GemeinderätInnen liefern**

Damit GemeinderätInnen die Anliegen der Bevölkerung vertreten können, benötigen sie Information darüber, wem bestimmte Gemeindeausgaben zugute kommen, welche Bevölkerungsgruppen von bestimmten Projekten profitieren, und welche dadurch benachteiligt werden. Gender Budgeting liefert dieses Wissen und gibt darüber hinaus noch Auskunft, inwiefern einzelne Projekte auf die herrschenden Geschlechterrollen und -normen wirken. Zusätzlich ist zu beachten, dass Finanzausschüsse meist männerdominiert sind. Durch die Beschäftigung mit Budgets (aus der Gleichstellungsperspektive) erhalten alle, und insbesondere verstärkt auch Gemeinderätinnen Grundlagen und zusätzliches Wissen für Finanzentscheidungen.

### **Moderne Verwaltungsführung - Gender Budgeting als Teil der wirkungsorientierten Verwaltung**

Mittlerweile sind so genannte „moderne“ Verwaltungsansätze wie New Public Management (NPM) bzw. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung sehr populär. Zunehmend werden deren Grundsätze wie Kosten- und Leistungsbewusstsein, Controlling, Transparenz und Partizipation etc. Bestandteil der Diskussionen auf allen Ebenen. Gender Budgeting ist in diesem Zusammenhang ein Instrument, das zur Umsetzung dieser Grundsätze beitragen kann. Durch Gender Budgeting Analysen können detaillierte geschlechtsspezifische Informationen über Wirkungen, Kosten und Leistungen erarbeitet werden. Insofern kann Gender Budgeting einen Beitrag zur Umsetzung von Verwaltungsreformen und von neuen Ansätzen wie NPM und Wirkungsorientierte Verwaltungsführung darstellen.

### **Durch Transparenz Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen**

Gender Budgeting verschafft Transparenz über die Wirkungen von budgetpolitischen Maßnahmen auf Mädchen/Frauen und Buben/Männer sowie auch hinsichtlich der Erreichung von Gleichstellung. Diese Informationen tragen zu mehr Klarheit über und Einblicke in politische Entscheidungen und deren Konsequenzen bei. Die öffentliche Darstellung und Diskussion dieser Einsichten und Themen schafft die Basis für mehr Informationen und Bewusstsein in der Bevölkerung. Dadurch kann Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen werden. Schlussendlich ist Transparenz neben Partizipation, d.h. verstärkte Einbeziehung und Teilhabe der Bevölkerung, einer der Grundsätze moderner Verwaltungsführung. Gender Budgeting ist ein Beitrag dazu, dass diese Begriffe nicht leere Worthülsen bleiben, sondern in der aktuellen Gemeindepolitik konkret umgesetzt werden.

## Bevölkerung bei Entscheidungsfindung mitwirken lassen

Gender Budgeting bietet die Möglichkeit, den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung besser entsprechen zu können, indem sie in Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Öffentliche Veranstaltungen beispielsweise bieten neben der Mitwirkung an Entscheidungen (z.B. Prioritäten, was an öffentlicher Infrastruktur gewünscht wird) auch die Möglichkeit, bisher unbekannte Anliegen der Bevölkerung einfließen lassen zu können. Damit können unterrepräsentierte Interessen (z.B. von Frauen) öffentlich artikuliert und – zumindest theoretisch – besser eingebunden werden.

## Umsetzung rechtlicher und politischer Verpflichtungen

Das Ziel der Gleichstellung in der Politik umzusetzen ist kein gönnerhafter Akt, der vom Willen und den Entscheidungen einzelner politischer AkteurInnen abhängt, sondern eine rechtliche und politische Verpflichtung, die Österreich auf internationaler Ebene eingegangen ist und innerstaatlich mehrfach bekräftigt hat.

### - Internationale Verpflichtungen

Österreich hat sich auf internationaler Ebene mit der Unterzeichnung der Pekingener Aktionsplattform und der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>26</sup> zur Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen verpflichtet. Gender Budgeting wurde bei der 4. Weltfrauenkonferenz der UNO im Jahr 1995 in Peking in der Abschlusserklärung und Aktionsplattform, die alle teilnehmenden Staaten, darunter auch Österreich, beschlossen haben, als wichtiger Bestandteil der staatlichen Bemühungen um Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit verabschiedet.

Das wird unter Punkt 345 (Finanzielle Arrangements) der Pekingener Aktionsplattform folgendermaßen formuliert: Es muss „eine politische Verpflichtung sein, die für die Machtgleichstellung der Frau erforderlichen Humanressourcen und Finanzmittel bereitzustellen. **Dies wird die Einbeziehung eines geschlechtsbezogenen Ansatzes in Haushaltsentscheidungen über die zu verfolgenden Politiken und Programme und die ausreichende Finanzierung gezielter Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern erfordern.** Wenn die Aktionsplattform umgesetzt werden soll, müssen Finanzmittel aus allen Quellen und Bereichen verfügbar gemacht werden.“

Punkt 346 lautet: „Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der strategischen Ziele der Aktionsplattform liegt bei den Regierungen. Zur Erreichung dieser Ziele sollten die Regierungen darangehen, **systematisch zu überprüfen, in welchem Maße Ausgaben des öffentlichen Sektors Frauen zugute kommen, den Staatshaushalt so anzupassen, dass Frauen gleicher Zugang zu den Ausgaben des öffentlichen Sektors gewährleistet ist, sowohl zur Steigerung der Produktionskapazität als auch zur Deckung sozialer Bedürfnisse**, und die bei anderen Gipfeltreffen und Konferenzen der Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erfüllen. Im Hinblick auf die Aufstellung erfolgreicher einzelstaatlicher Strategien zur Umsetzung der Aktionsplattform sollten die Regierungen ausreichende Mittel zuweisen, namentlich auch Mittel zur Durchführung von Analysen geschlechtsspezifischer Auswirkungen.“

### - Verpflichtungen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Auf EU-Ebene ist Gender Mainstreaming ein zentrales Thema europäischer Gleichstellungspolitik. Durch den Vertrag von Amsterdam (1997) wird die horizontale Strategie des Gender Mainstreaming<sup>27</sup> in das Primärrecht der EU (die „Verfassung“) aufgenommen. Artikel 2 legt Gleichstellung als Gemeinschaftsaufgabe fest. Artikel 3 konkretisiert GM als Auftrag und Aufgabe der EU:

- Artikel 2: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion (...) in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, **die Gleichstellung von Männern und Frauen**, (...) den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“

- Artikel 3: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten (Anmerkung: den gemeinschaftlich geregelten Bereichen) **wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.**“

Gender Budgeting stellt eine Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Budgetpolitik dar (siehe dazu auch anschließende Argumentationshilfe ‚Gender Budgeting als Kern von Gender Mainstreaming‘).

#### **- Verpflichtungen auf nationaler Ebene**

Diese internationalen Vorgaben sind auf nationaler Ebene umzusetzen und zu konkretisieren. Mit der Verpflichtung der EU ist Gender Mainstreaming auch für die öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten ein verbindliches Prinzip.

In Artikel 7 (Absatz 2) der Österreichischen Bundesverfassung ist die Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männer und das Diskriminierungsverbot fest geschrieben. Mittels Gender Budgeting kann überprüft werden, inwiefern dies auch eingehalten wird und wie die Ressourcenverteilung dazu beiträgt (oder auch nicht).

#### **- Verpflichtungen auf Landesebene**

In Oberösterreich wurde im Arbeitsübereinkommen für die Jahre 2003 bis 2009 zwischen Grünen und ÖVP die Durchführung einer Gender Budget-Analyse vereinbart. Dort heisst es, dass „die Gendergerechtigkeit des Landesbudgets in gemeinsam ausgewählten Bereichen „durch eine Studie überprüft und in der Folge nach Möglichkeit berücksichtigt“ wird. Die Anwendung von Gender Budgeting kann aber auch aus dem Bekenntnis der oberösterreichischen Landesregierung zur Strategie des Gender Mainstreaming (Februar 2002) abgeleitet werden.

### **Gender Budgeting als Kern der Umsetzung von Gender Mainstreaming**

Das Prinzip, Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in alle Politikfelder zu integrieren, wurde vor ca. 20 Jahren auf internationaler Ebene eingeführt und mittlerweile als verbindliches Konzept sowohl von den Vereinten Nationen (UNO) als auch von der EU angenommen. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming in den nationalen Politiken auf allen Ebenen zu entwickeln.

Gender Budgeting stellt die Konkretisierung von Gender Mainstreaming in der Budgetpolitik, dem Kern staatlichen Handelns dar. Dementsprechend bedeuten die politischen und rechtlichen Verpflichtungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming gleichzeitig eine Verpflichtung zur Umsetzung von Gender Budgeting.

Andererseits sollte die Abwesenheit einer Gender Mainstreaming Strategie nicht als Grund bzw. Vorwand für eine ablehnende Haltung gegenüber Gender Budgeting gelten. Das Konzept von Gender Budgeting entwickelte sich auch unabhängig und parallel zu Gender Mainstreaming und ist dementsprechend auch losgelöst davon umzusetzen. Umgekehrt kann Gender Budgeting als ein Einstieg für Gender Mainstreaming genutzt werden, indem zentrale Politikbereiche unter der Gleichstellungsperspektive behandelt werden.

### **Effizienzsteigerung durch Gender Budgeting - Gesamtwirtschaftliche und ökonomische Fehlplanungen vermeiden**

Gender Budgeting untersucht auch mittel- und langfristige Effekte, die sich aus der gegenwärtigen Ausgaben- und Einnahmgestaltung allgemein und speziell für Frauen und Männer und deren Lebensrealitäten ergeben. Vor allem die Einbeziehung der unbezahlten Arbeit in die Budgetanalyse ermöglicht es, dass Entscheidungen getroffen werden, die auch gesamtwirtschaftlich effizienter sind: Bisher wurde das Ausmaß an Betreuungs- und Pflegearbeit, die vor allem von Frauen im privaten Bereich ungesehen und unbezahlt verrichtet wurde, bei ökonomischen Entscheidungen, beispielsweise bei Investitionen in öffentliche Infrastruktur etc. kaum berücksichtigt. Man(n) ging stets davon aus, dass diese privat geleistete Versorgungsarbeit immerwährend und in einem unerschöpflichen Volumen zur Verfügung steht. Durch den demographischen Wandel und gesellschaftlich veränderte Werthaltungen<sup>28</sup> steigt das Volumen dieser Arbeitsbelastung nun aber dermaßen an, dass es von Frauen nicht mehr getragen werden kann und will. Eines der Anzeichen dieser kurzfristigen Fehlplanungen ist der derzeitige Mangel an Pflegepersonal sowie auch der Rückgang an Geburten. Würden die Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf die unbezahlte Arbeit und auf die Geschlechterrollen berücksichtigt werden, könnten solche gesamtwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Fehlplanungen vermieden werden.

## **Politische Willenserklärungen auch überprüfen können – Gender Budgeting als Rechenschaftsbericht**

Ein politisches, verbales Bekenntnis zur Gleichstellung allein reicht nicht aus, sondern es muss auch überprüft werden, ob ein solches Ziel tatsächlich verfolgt – und inwiefern erreicht wird. Ansonsten können die PolitikerInnen nicht einmal selbst wissen, inwieweit diese Willenserklärung auch umgesetzt wird, geschweige denn die WählerInnen.

## **Historisch gewachsene Budgetstrukturen hinterfragen und aufbrechen**

Gender Budgeting hinterfragt grundsätzlich die historische Fortschreibung von Budgetansätzen, da die Ausgabenvolumina in verschiedenen Bereichen immer wieder zueinander in Relation gesetzt werden und nachgefragt wird, warum für wen wie viel an Ressourcen eingesetzt wird. Dadurch werden historisch gewachsene Strukturen aufgebrochen – und da historisch gewachsenes nur selten Frauen zugute kommt – wird somit eine Umstrukturierung, die eine Verbesserung der Geschlechterverhältnisse ermöglicht, eingeleitet.

## **Zahlen und Fakten – wie es um die tatsächliche Gleichstellung in Oberösterreich steht**

Ein weiteres und nicht vom Tisch zu weisendes Argument für Gender Budgeting stellen empirischen Daten über die unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Position von Frauen und Männern dar. Nicht die Tatsache des unterschiedlichen biologischen Geschlechtes zwischen Frauen und Männern macht Gender Budgeting erforderlich, sondern das Faktum, dass Frauen und Männern in unserer Gesellschaft unterschiedliche Rollen und Aufgaben zugewiesen werden, die mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Beteiligung am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben verbunden sind. Diese „gender“spezifischen Unterschiede zeigen sich beispielsweise in der ungleichen Verteilung von Macht- und Entscheidungsfunktionen, in der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern aber auch darin, dass Frauen strukturell geringere Mitsprache- und Repräsentationsmöglichkeiten finden. Aufgrund dieser verschiedenen Ausgangssituation ist es kaum möglich, dass Budgetentscheidungen, obwohl sie geschlechtsneutral formuliert sind, auch tatsächlich geschlechtsneutral wirken. Vielmehr treffen sie Frauen und Männer unterschiedlich hart (z.B. Einsparungen von öffentlichen Dienstleistungen) oder aber begünstigen Frauen und Männer unterschiedlich stark (z.B. Senkung des Spitzensteuersatzes). Im Folgenden wird das Ausmaß der bestehenden geschlechtsspezifischen Differenzen in Oberösterreich – wo dazu keine Daten verfügbar sind für Österreich – dargestellt.

## **Unbezahlte Arbeit – Arbeitsbelastung von Frauen und Männern**

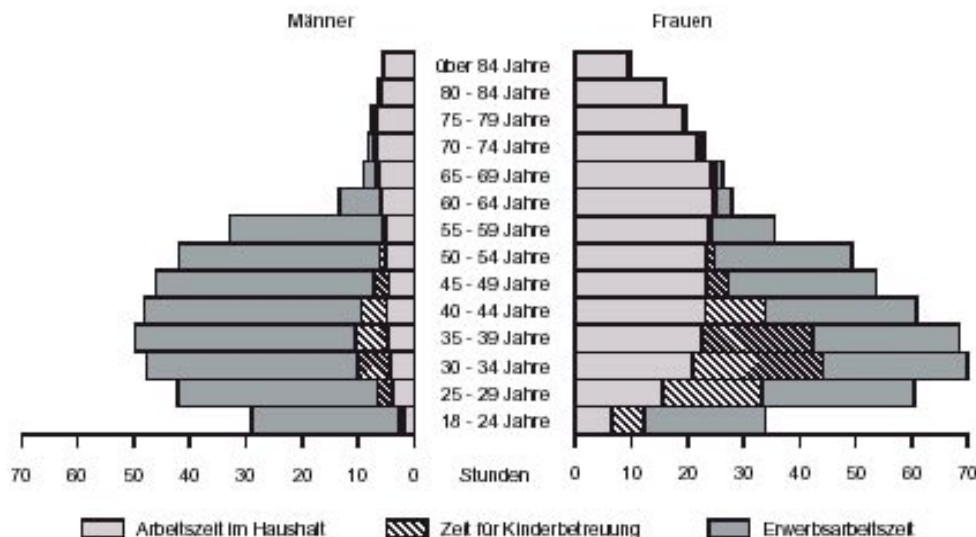
Einen der wesentlichsten Unterschiede, der aber gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich kaum Beachtung findet, stellt die **ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit** zwischen Frauen und Männern dar. Unbezahlte Arbeit wird oft gar nicht wahrgenommen, auch wenn sie einen enormen Anteil der Gesamtarbeitszeit der Bevölkerung ausmacht. Sattete 45% der in Oberösterreich insgesamt geleisteten Arbeitsstunden, die sich wöchentlich auf etwa 44,2 Mio. Stunden belaufen, entfallen auf unbezahlte Tätigkeiten, dagegen nur 55% auf bezahlte Erwerbsarbeit. Mehr als vier Fünftel (83%) dieser unbezahlten Arbeitszeit, die Haushaltsführung und Kinderbetreuung umfasst, wird von Frauen erbracht. Umgerechnet auf die Bevölkerung ab 18 Jahren ergibt sich daraus, dass oberösterreichische Frauen durchschnittlich 30 Stunden pro Woche, oberösterreichische Männer hingegen nur Fünftel davon, nämlich 6,5 Stunden wöchentlich an unbezahlter Haushalts- und Kinderbetreuungsarbeit leisten.

Daraus resultiert auch eine enorm **ungleiche Verteilung der Gesamtarbeitsbelastung** zwischen Frauen und Männern, da die oberösterreichischen Frauen zusätzlich durchschnittlich noch 17,3, die oberösterreichischen Männer noch 28,8 Stunden an Erwerbsarbeit pro Woche verrichten. Die durchschnittliche **wöchentliche Arbeitsbelastung von Männern beträgt daher 35,3 Stunden, jene der Frauen dagegen 47,3 Stunden**. Bezogen auf das Gesamtvolumen der verrichteten Arbeit bedeutet das, dass Frauen, die etwa 51% der oberösterreichischen Bevölkerung ausmachen, 59% der gesamten Arbeit erledigen! Dabei verrichten sie mehr als vier Fünftel (83%) der unbezahlten Arbeit und knappe zwei Fünftel (39%) der bezahlten Arbeit.

Wie Übersicht 20 zeigt, hängt die durchschnittliche Arbeitsbelastung pro Person auch vom Alter ab, wobei Männer in allen Altersgruppen – bis auf die Gruppe der 55- bis 59-Jährigen – signifikant weniger Stunden pro Woche arbeiten als Frauen. **Am stärksten belastet sind Frauen im Alter von 30 bis 34 Jahren, sie arbeiten durchschnittlich 70 Stunden pro Woche**, Männer derselben Altersgruppe hingegen nur etwa 48 Stunden. Die stärkste

Arbeitsbelastung für Männer besteht im Alter von 35 bis 39 Jahren, sie liegt aber mit etwa 50 Arbeitsstunden pro Woche weit unter dem Spitzenwert der Frauen. Der Grund für die hohe Arbeitsbelastung von Frauen, besonders zwischen 25 bis 44 Jahren, stellt die zusätzlich zur Hausarbeit zu leistende Kinderbetreuungsarbeit dar, die in nur geringem Ausmaß von Männern übernommen wird, wie die Übersicht auch deutlich zeigt.

Übersicht 20: Durchschnittlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit von Frauen und Männern nach Alter, Österreich 2002.



Quelle: Statistik Austria 2003, S. 20.

Die Arbeitsbelastung von Frauen hängt aber auch von der Anzahl der Kinder und vom Haushaltstyp ab. Demnach arbeiten berufstätige Mütter mit Kindern, die mit einem Partner zusammen leben durchschnittlich 71,8 Stunden pro Woche, berufstätige Alleinerzieherinnen geringfügig weniger, nämlich 68,5 Stunden pro Woche.

### Verteilung der bezahlten Arbeit – Erwerbsquoten

Mit der hohen Belastung von Frauen durch unbezahlte Arbeit einher geht deren geringere Beteiligung am Erwerbsleben: Haushaltsführung und Kinderbetreuung stellen die am häufigsten genannten Gründe dar die Frauen angeben, wenn sie gefragt werden, warum sie einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder nicht berufstätig sind. Die Erwerbsquote der Männer im Alter von 15 bis 60 Jahren betrug 2001 85,6%, jene der Frauen in diesem Alter lag hingegen nur bei 65,4%. Während die Erwerbsquoten der Männer in allen Altersgruppen gleichmäßig hoch sind, weisen Frauen im Alter von 25- bis 45-Jahre wesentlich geringere Erwerbsquoten auf als jüngere oder ältere Frauen. Darin spiegeln sich wiederum die oben angeführten Angaben zur Belastung mit Familienarbeit wider. Auch die Teilzeitquoten zeigen diese ungleiche Arbeitsverteilung: 2001 gingen in Oberösterreich 34% aller erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nach, womit Oberösterreich im Bundesländervergleich die dritthöchste Teilzeitquote bei Frauen aufweist. Von den erwerbstätigen Männern in Oberösterreich übten nur 2,9% eine Teilzeitbeschäftigung aus. Die von Männern angegebenen Gründe, warum sie teilzeitbeschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, unterscheiden sich ebenfalls von jenen der Frauen. Am häufigsten nennen Männer gesundheitliche Gründe oder aber verweisen auf eine laufende Ausbildung.

### Verteilung der Einkommen

Mit der geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen verbunden ist auch ein Einkommensverlust, der nicht nur in der Zeit, in der die Frauen nicht erwerbstätig sind sowie in den Jahren, in denen sie einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, besteht. Die Berufsunterbrechungen haben auch auf das danach erzielte Einkommen negative Auswirkungen, unter anderem weil Aufstiegschancen nicht genutzt werden konnten, Berufserfahrungsjahre fehlen und Gehaltsvorrückungen unterbrochen wurden. Das durchschnittliche **Bruttojahreseinkommen** der unselbständigen Erwerbstätigen Männer in Oberösterreich 2001 betrug 29.706 Euro, jenes der Frauen lag bei



16.138 Euro<sup>29</sup>. Das bedeutet, dass Männer durchschnittlich 184% dessen verdienen, was Frauen erhalten. Am gravierendsten sind die Unterschiede bei den ArbeiterInnen, wo Männer durchschnittlich knapp mehr als das Doppelte der Frauen verdienen (!), bei den BeamtInnen sind die Einkommensunterschiede am geringsten. Diese Einkommensnachteile von Frauen schlagen sich auch in geringeren Arbeitslosenzahlungen und geringeren Pensionen nieder. Die **Alterspension** (Medianpension) der oberösterreichischen Männer war 2001 um 2,7 mal höher als jene der Frauen.

Nicht verwunderlich ist daher auch, dass Frauen in einem höheren Ausmaß **von Armut gefährdet** sind als Männer. Während in Österreich 12% der Bevölkerung (880.000 Personen) als armutsgefährdet gelten, betrifft dies zwar 15% aller Frauen, aber nur 9% aller Männer. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende (Armutsgefährdungsquote 31%), die zumeist weiblich sind, und alleinstehende Frauen mit Pensionsbezug (Armutsgefährdungsquote 26%).

Aus diesen wenigen Daten wird bereits sichtbar, wie gravierend sich die Lebenssituation von Frauen und Männern unterscheidet. Die Liste der angeführten Fakten ließe sich aber noch lange weiterführen, beispielsweise um die Anzahl der weiblichen und männlichen BürgermeisterInnen, um die hierarchischen Positionen der männlichen und weiblichen Beschäftigten, um die Anzahl der Frauen und Männer, die unbezahlte Pflegearbeit für Angehörige leisten oder um die Anzahl der weiblichen und männlichen LandespolitikerInnen. Es zeigt sich dabei, dass die geschlechtsspezifischen Differenzen fast immer zu Lasten von Frauen bestehen und von A bis Z alle Lebensbereiche durchziehen. Aus diesem Grund müssen auch die budgetären Maßnahmen auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Bedürfnisse von Frauen und Männern abgestimmt sein, da die Wirkungen von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen maßgeblich dazu beitragen können, die Kluft zwischen der sozialen und ökonomischen Situation von Frauen und Männern – und damit das Maß der Gleichstellung – zu vergrößern oder zu verringern.







**Weiterführende Materialien**

### **Materialien zum Thema Gender Budgeting aus Österreich**

Beigewum (Hrsg) (2002): **Frauen macht Budgets**. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Verlag Mandelbaum. Wien.

*Das Buch bietet eine fundierte Einführung zu Gender Budgeting und zeigt großteils die theoretischen Grundlagen des Konzeptes auf. Es ist zu beziehen über [www.beigewum.at](http://www.beigewum.at) und im gut sortierten Buchhandel erhältlich.*

Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela (2004): **Gender Budgeting**. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien.

*Dieses Handbuch zeigt anhand von zahlreichen internationalen Beispielen, wie geschlechtergerechte Budgetgestaltung umgesetzt werden kann und gibt Anstöße und Motivation, um initiativ zu werden. Es ist zu beziehen über die Wirtschaftsuniversität Wien, Tel: 01/31 336/4515 oder [Luise.Gubitzer@wu-wien.ac.at](mailto:Luise.Gubitzer@wu-wien.ac.at)*

Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrginnen) (2004): **Frauen und Budget**. Frankfurt am Main.

*Das Buch ist die Dokumentation einer Ringvorlesung an der Wirtschaftsuniversität Wien zum Thema Frauen und Budget. Der Sammelband umfasst sowohl Artikel, die den theoretischen Hintergrund und die Rahmenbedingungen von Gender Budgeting beleuchten, als auch Beiträge zur Analyse von ausgewählten Bereichen des Bundesbudgets aus der Geschlechterperspektive.*

Frauenbüro der Stadt Wien (2005): **Gender Budgeting 2004**. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien.

Download unter: <https://www.wien.gv.at/ma57/forms/download.htm> *Dokumentation einer vom Frauenbüro der Stadt Wien veranstalteten Tagung Ende Dezember 2004, die sehr lesenswerte Beiträge zur Praxis von Gender Budgeting in der Schweiz und in Berlin enthält, ebenso wie einen Überblick über den Stand der Umsetzung von Gender Budgeting in Österreich und die Dokumentation von interessanten Diskussionsrunden zum Thema.*

Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrginnen): **Gender Budgeting**. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Reihe Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung. Hrsg. v. Hauch, Gabriella. Innsbruck, München (u.a.), Studienverlag 2005.

### **Materialien zum Thema Budget**

Holzer, Raimund (2004): **Budget und Rechnungsabschluss in meiner Gemeinde**. Edition ZuDritt. Attnang-Puchheim.

*Dieser Leitfaden bietet einen Überblick über die wichtigsten Grundbegriffe kommunaler Budgetpolitik. Neben den Grundsätzen der Budgeterstellung, den Bestandteilen des Haushaltsvoranschlages, beinhaltet er auch grundlegende Informationen über Rücklagen- und Schuldenpolitik einer Gemeinde, sowie Wissenswertes über den Rechnungsabschluss. Der Arbeitsbehelf (66 Seiten) ist über die Grüne Bildungswerkstatt Oberösterreich. zu beziehen.*

Die Grüne Bildungswerkstatt (Hrg.) (2003): **Materialien zur öffentlichen Finanzwirtschaft und Budgetierung**. Verfasst von Helfried Bauer und Bruno Rossmann. Wien, September 2003.

*Diese Publikation bietet eine gut verständliche Einführung in die öffentliche Finanzwirtschaft. Mit zahlreichen Übersichten werden die Gliederung und der Aufbau des österreichischen (Bundes-) Budgets dargestellt. Für alle, die immer schon die komplexe Struktur von Budgets kennen lernen wollten. 85 Seiten.*

Download: [http://gbw.gruene.at/texte/dokument\\_29650.pdf](http://gbw.gruene.at/texte/dokument_29650.pdf)

## Materialien für Daten zur geschlechtsspezifischen Situation

Statistik Austria (2003): **Geschlechtsspezifische Disparitäten**. Wien.

*Diese Publikation enthält statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in verschiedenen Lebensbereichen (z.B. Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Gesundheit). Der Großteil der Daten bezieht sich allerdings auf Gesamtösterreich. Die Publikation kann über das BMSG kostenlos bezogen oder von der Homepage heruntergeladen werden: <http://www.bmsg.gv.at>*

Statistik Austria (2003): **Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Pflege**. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. Wien.

*Diese Publikation enthält Daten über das Volumen der in Österreich (teilweise auch nach Bundesländern getrennt ausgewertet) unbezahlt geleisteten Arbeit in Haushalten und im Bereich der Kinderbetreuung. Auch sind Daten über die Nutzung und die Zufriedenheit von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie über die Pflege von Angehörigen enthalten. Der Bericht ist über das BMSG kostenlos zu beziehen. Die Daten können auch abgerufen werden unter <http://www.familie.bmsg.gv.at>*

Verkehrsclub Österreich (VCÖ) (Hrsg) (1996): **Frauen und Mobilität**. Reihe Wissenschaft und Verkehr 3/1996. Wien.

*Dieser kleine Bericht enthält Daten und Informationen – leider bereits aus 1996 – über die Verkehrsmittelwahl und die Mobilität von Frauen und Männern.*

Land Oberösterreich: **Daten zur Bevölkerung Oberösterreichs** sind auf der Homepage des Landes Oberösterreich unter [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at) zu finden, die größtenteils auch je Gemeinde abgerufen werden können. Nicht alle – aber einige davon sind nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

### Weiterführende Links

Homepage über die **«Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin»**,  
<http://www.gender.de/budgets>

Gender Budget Initiative München (2004): **Haushalt für alle!** Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt. Dokumentation der Fachtagung vom 27.11.2004 in München,  
Download: [http://www.frauenakademie.de/dokument/gender\\_budget1.htm](http://www.frauenakademie.de/dokument/gender_budget1.htm)

## (Footnotes)

<sup>1</sup> Obwohl Gender Budgeting sich grundsätzlich sowohl auf Einnahmen als auch Ausgaben bezieht, wird in diesem Leitfaden nur auf die Ausgabenseite eingegangen. Das liegt u.a. darin begründet, dass der Handlungsspielraum auf der Einnahmenseite für Gemeinden eng begrenzt ist.

<sup>2</sup> Bergmann/Gubitzer/Klatzer/Klawatsch-Treitl/Neumayr (2004), siehe auch Kapitel 8, weiterführende Materialien.

<sup>3</sup> Die Broschüre „Budget und Rechnungsabschluss in meiner Gemeinde“ von Raimund Holzer in der Reihe Grüne Kommunalpolitik bietet eine kompakte Einführung ins Thema (siehe Kapitel 8, Weiterführende Materialien).

<sup>4</sup> In einem nächsten – komplexeren – Schritt kann errechnet werden, wie viele Vollzeitarbeitsplätze und Tage in diesen Branchen durch diese Ausgabe in etwa geschaffen wurden. Die Errechnung der Vollzeitarbeitsplätze und Tage erfolgt nach branchentypischen Beschäftigungsmultiplikatoren.

<sup>5</sup> [www.baumgarten.or.at](http://www.baumgarten.or.at)

<sup>6</sup> Diese Maßzahlen eignen sich auch für den Vergleich zwischen Gemeinden und können für die Entscheidung von jungen Familien, sich in einer bestimmten Gemeinde anzusiedeln, eine Rolle spielen.

<sup>7</sup> Für die Analyse einzelner Kapitel des Tullner Gemeindebudgets siehe Beispiel Tulln II in Abschnitt 4.2.

<sup>8</sup> Die Bezeichnung VB 10 etc. steht für die besoldungsrechtliche Einstufung, je höher die Zahl desto höher das Einkommen.

<sup>9</sup> Erfahrungen von Gender-ExpertInnen zeigen, dass eine einzige Frau in einem männerdominierten Ausschuss oder Gremium nicht viel bewirken kann, sondern eher darum zu kämpfen hat, ihre Position nicht zu verlieren. Sind aber mehrere Frauen vertreten, können sie durch gegenseitige Unterstützung auch größere Projekte bzw. frauenspezifische Anliegen durchbringen.

<sup>10</sup> Zusätzlich wurde auch die Beschäftigungsstruktur in den VHS nach Männern und Frauen (Anstellungsverhältnis, Position, pädagogisches Personal oder Verwaltungspersonal) analysiert, worauf hier aber nicht näher eingegangen wird.

<sup>11</sup> In Produkthaushalten sind die Ausgaben für einzelne Leistungen (Produkte) zusammengefasst dargestellt, sodass zugeordnet werden kann, wie hoch die Ausgaben pro erstellter öffentlicher Leistung sind.

<sup>12</sup> In Berlin gibt es auf Bezirksebene sogenannte Produktbudgets, in denen jeweils Ausgaben für einzelne Leistungen zusammengefasst sind. Einzelne Leistungen werden als Produkte bezeichnet.

<sup>13</sup> Die direkte Sportförderung, Subventionen an Vereine, ist in Berlin Aufgabe der Berliner Senatsverwaltung und wird daher hier nicht berücksichtigt.

<sup>14</sup> Die Förderung von Frauenfußball war beispielsweise eines der Ergebnisse eines Gender Mainstreaming Prozesses in der Gemeinde Baumgarten im Burgenland,

<sup>15</sup> Neben der geschlechtsspezifischen Analyse der Beschäftigungswirkungen wurde in der Studie auch der Frage nachgegangen, ob eine bestimmte Ausgabe eher Frauen oder Männer zugute kommt (Erfassung der BezieherInnen einer öffentlichen Leistung) und weiters, ob aufgrund der Sparmaßnahmen mehr weibliche unbezahlte Arbeit geleistet werden muss. Diese beiden Aspekte der Studie werden in diesem Beispiel aus Biel nicht dargestellt, sind aber anhand von anderen Beispielen in diesen Leitfaden illustriert.

<sup>16</sup> Wobei die Jahre 1985 bis 1991 eine Aufschwungphase mit wachsenden Budgets, die Jahre 1991 bis 1994 eine Rezessionsphase mit stagnierenden Budgets darstellten.

<sup>17</sup> Die Bewertung nach den üblichen Löhnen beinhaltet allerdings das Problem, dass die Bezahlung in diesen „Care“-Berufen, die größtenteils auch typische Frauenberufe sind, im Vergleich zu anderen Berufen relativ niedrig ist. Auch darin spiegelt sich wieder einmal das Ungleichgewicht der gesellschaftlichen Bewertung von Arbeit, die oftmals zu Lasten von Frauen erfolgt.

<sup>18</sup> Als relevante Unterbereiche gelten z.B. die Ausgaben für Kindergärten, Bibliotheken, Parkanlagen und Wanderwege, Ausgaben für Spitäler, Kranken- und Pflegeheime, Psychiatrische Kliniken, Ambulante Krankenpflege, Alkohol-, Drogenbekämpfung, den Schulgesundheitsdienst, für Jugendschutz, Invalidität, Altersheime und Fürsorge. Allerdings kann für keinen dieser Bereiche exakt gesagt werden, wie stark und wie direkt der Einfluss dieser Posten auf die zu leistende unbezahlte Arbeit konkret ist.

<sup>19</sup> Die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen scheint konjunkturell bedingt zu sein, da 1994 die Arbeitslosigkeit in Basel ihren Höhepunkt erreicht hatte und Frauen sich in dieser Zeit aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und die Kinderbetreuung selbst übernommen haben.

<sup>20</sup> Verfügbar sind nur Daten über die unbezahlte Hausarbeit und die Kinderbetreuung, die aber nicht weiter aufgeschlüsselt sind. Siehe dazu auch den Bericht „Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Pflege“ im Materialteil Kapitel 8.

<sup>21</sup> „f“ bedeutet, dass die Arbeit überwiegend (zu 60-100%) von Frauen, „o“ bedeutet, dass die Arbeit in etwa gleichem Ausmaß von Frauen und Männer (Frauen übernehmen 41-59%) und „m“ bedeutet, dass die Arbeit überwiegend von Männern erledigt wird (Frauen übernehmen nur 0-40%).

<sup>22</sup> Unbezahlte Hausarbeit wird in der Schweiz zu 77%, in Österreich zu 85% von Frauen erledigt. Tätigkeiten im Bereich der Kinderbetreuung (Hilfe bei Hausaufgaben, spielen, spazieren gehen) werden in der Schweiz zu 76% von Frauen, in Oberösterreich wird Kinderbetreuung zu rund 77% von Frauen erledigt (Statistik Austria 2003, Gleichstellungsbüro, Statistisches Amt und Frauenrat des Kantons Basel-Stadt 2003). Da die Kategorien sehr grob sind ergeben sich für die Schweiz und für Oberösterreich für diese Tätigkeiten keine Unterschiede hinsichtlich der Zuordnung, was deshalb auch für alle anderen Tätigkeiten angenommen wird.

<sup>23</sup> Die Magistratsabteilung 57 (MA 57) ist die Frauenabteilung der Stadt Wien.

<sup>24</sup> Nachzulesen in: Klatzer, Elisabeth (2005): Finanzverfassung und Gender. Die Finanzverfassungsreform als emanzipatorisches Projekt?, in: Graf, Daniela/Breiner, Franz (Hg) (2005): Projekt Österreich. In welcher Verfassung ist die Republik?, Czernin Verlag, Wien. Materialien und Berichte des Österreich-Konvents sind abrufbar auf [www.konvent.gv.at](http://www.konvent.gv.at)

<sup>25</sup> International bekannt unter dem für die englische Bezeichnung stehenden Kürzel CEDAW.

<sup>26</sup> Gender Mainstreaming bedeutet die Einbeziehung des Blickwinkels der Gleichstellung von Frauen und Männern in alle Politikbereiche sowie eine Veränderung der Entscheidungsprozesse und Politiken im Hinblick auf die Erreichung des Gleichstellungszieles. In der weit verbreiteten Definition des Europarates lautet das folgendermaßen: Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse und Entscheidungen, mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle Politiken auf allen Ebenen und in allen Phasen durch die normalerweise an politischen Entscheidungsprozessen involvierten AkteurInnen einzubeziehen.

<sup>27</sup> Zunahme des Anteils der älteren und damit auch pflegebedürftigen Bevölkerung, keine bis kaum zunehmende Bereitschaft von Männern, Pflege- und Versorgungstätigkeiten zu übernehmen, abnehmende Bereitschaft von Frauen, Pflege- und Versorgungstätigkeiten zu übernehmen, Auflösung von Mehrgenerationshaushalten, zunehmende Berufstätigkeit von Frauen.

<sup>28</sup> Bruttojahreseinkommen aus Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen (Statistisches Jahrbuch 2004).





## **edition zuDritt** Der Verlag der Grünen Bildungswerkstatt OÖ

Die „edition zuDritt“ wurde 1999 gegründet und ist der Verlag der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich. Die Aufgabe dieses Verlages ist die Herausgabe von Publikationen, die sich mit der Politik der Grünen beschäftigen bzw. Aktivitäten und Themen der Grünen Bildungswerkstatt dokumentieren. Weiters werden damit auch Menschen unterstützt, die sich aktiv am gesellschaftspolitischen Geschehen beteiligen.

### **Neuerscheinungen**



**Andrew Kilpatrick:**  
**Sanfte Mobilität in der Gemeinde**

Ein Leitfaden für eine andere Verkehrspolitik  
in kleinen und mittleren Kommunen

Erscheint Ende Mai 2005,  
ca. 70 Seiten, A 4 broschürt, Preis: Euro 7,90 -  
Subskriptionspreis für Grüne Mitglieder Euro 5,50



**Rolf Moser:**  
**Das Handyhandbuch**

Kritische Bestandsaufnahme der Mobilfunktechnologie  
3. und vollkommen überarbeitete Auflage,

Erscheint Ende Mai 2005  
ca. 74 Seiten, A 4 broschürt, Preis Euro 7,90 -  
Subskriptionspreis für Grüne Mitglieder Euro 5,50

### **Vor kurzem erschienen:**



**Rainer Stangl**  
**Gentechnik in der Landwirtschaft**

Hintergründe, Risiken, gesetzliche Regelungen – Chancen für gentechnikfreie  
Lebensmittel aus gentechnikfreien Regionen

1. Auflage 2005, 64 Seiten, A 4 broschiert, Preis Euro 7,90 -  
Subskriptionspreis für Grüne Mitglieder: Euro 5,50



**Raimund Holzer**  
**Budget und Rechnungsabschluss in meiner Gemeinde**

Dieser Leitfaden bietet einen Überblick über die wichtigsten Grundbegriffe  
kommunaler Budgetpolitik.

1. Auflage: Dezember 2004, 66 Seiten, Paperback, A4, Euro 7,90 -  
Subskriptionspreis für Grüne Mitglieder: Euro 5,50

Das komplette Verlagsprogramm, sowie nähere Informationen, Bestell- und  
Downloadmöglichkeit zu allen edition zuDritt-Broschüren gibt es  
unter [www.ooe.gb.w.at](http://www.ooe.gb.w.at)



**Elisabeth KLATZER / Michaela NEUMAYR**

# **Das geschlechtergerechte Gemeindebudget**

**Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting  
auf kommunaler Ebene**

## **Zum Inhalt:**

Geschlechtergerechte Budgetgestaltung bedeutet die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in Budgets und Budgetprozessen. Das heißt, der Blickwinkel auf unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen und Männern ist in budgetpolitische Entscheidungen zu integrieren. Grundlegendes Ziel dabei ist es, die öffentlichen Gelder im Sinne einer Förderung der Gleichstellung einzusetzen. Basis ist die Analyse der Wirkungen der aktuellen Budgetverteilung auf Mädchen/Frauen und Buben/Männer sowie die Analyse der Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse. Aufbauend darauf soll es zu einer Umgestaltung von Einnahmen und Ausgaben kommen, um die Gleichstellungsziele und die Geschlechterdemokratie bestmöglich zu fördern.

Das Meta-Ziel einer Gender Budget Analyse ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

Der vorliegende Band zeigt geglückte Beispiele aus Europa, wo Gender Budgeting erfolgreich durchgeführt wurde und bietet manch wertvollen Handlungstipp.

## **Zu den Autorinnen:**

**MMag<sup>a</sup>. Michaela Neumayr**, Ökonomin und Wirtschaftspädagogin, arbeitet zu den Themen Gender Budgeting und Feministische Ökonomie (u.a. bis Sept. 2005 am WIFO). Gründungsmitglied der *Watchgroup – Gender und Öffentliche Finanzen* und Co-Autorin der Publikation *Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung*. Derzeit Studium an der Munich Graduate School of Economics und freiberuflich als Wissenschaftlerin tätig.

**Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Klatzer**, MPA Harvard University, Ökonomin, Arbeitsschwerpunkte als Wissenschaftlerin und Aktivistin: Feministische Ökonomie, Geschlechtergerechte Budgetpolitik und Globalisierung; Mitautorin der Publikationen *Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive* und *Gender Budgeting Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung*; Gründungsmitglied der *Watchgroup – Gender und Öffentliche Finanzen*; tätig in der Bundesverwaltung, u.a. im Bereich Gender Mainstreaming.